

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Juni 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Politisches Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besprechungszettel 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Wiederkäufer.

Als am Dienstag der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hoffmann, seine Rede gegen die unerhörte Zumutung der 3 1/2 Millionen-Liebesgabe für die Krone beendet hatte, erhob sich flugs der wohlfrisierte Minister der preussischen Finanzen, um wieder einmal seine Rede zu halten. Diese seine Rede hat Herr v. Rheinbaben bereits unzählige Male gehalten, und unzählige Male ist sie ihm während der letzten zwei Jahre von den sozialdemokratischen Rednern erbarmungslos zerzaust worden. Aber Herr v. Rheinbaben leiert, wie ein Phonograph, seine Rede nichtsdestoweniger jedesmal von neuem herunter, wenn es gilt, den Kassen- und Polizeistaat zu verherrlichen und die sozialen Verdienste der Hohenzollern in bengalischem Lichte erstrahlen zu lassen. Er weiß ja, daß die bürgerliche Presse von den sozialdemokratischen Widerlegungen niemals Notiz genommen hat und auch diesmal wieder das Ableiern der alten Waage als schlagende Entkräftigung der sozialdemokratischen Darlegungen preisen wird!

Herr v. Rheinbaben glaubte, die Liebesgabe für die Krone dadurch rechtfertigen zu können, daß er wieder einmal die Hebung der Lage der Arbeiterklasse ins Gespräch führte. Wenn die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten so erhebliche Lohnzulagen zu verzeichnen gehabt hätten, könne man doch auch der Krone die kleine Lohnaufbesserung von 3 1/2 Millionen gönnen! In der Tat: der preussische Finanzminister bewies den ersten Geschmach, die Steigerung des Durchschnittseinkommens der Eisenbahnarbeiter von 780 auf 1160 M. pro Jahr in einen Vergleich zu setzen zu dem „Lohn“, den die Krone in Preußen bezahlt! Er brachte es fertig, dies armselige Proletariereinkommen, das heutzutage gerade vor dem Verhungern schreit, zu vergleichen mit der Grunddotations, die heute schon für eine Familie annähernd 16 Millionen Mark beträgt! Er wagte das, trotzdem schon Genosse Hoffmann darauf hingewiesen hatte, daß schon heute die Krone vom Staate an einem Tage mehr erhält, als zahllose Arbeiter in 40 Jahren saueren Schaffens verdienen!

Der preussische Finanzminister sang dann ein hohes Lied auf die Steigerung des Einkommens der proletarischen Massen. Während noch 1895 weit über die Hälfte der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 900 M. beisehen habe, betrage der Anteil heute nur noch 45 Proz. Als ob das auch nur das geringste Beweise! Ist doch die Lebensmittelpreise in einem Maße gestiegen, daß heute — was selbst der Nationalliberale Verein in Dänemark vor einigen Jahren anerkannte — ein Einkommen von 1200 M. nicht mehr bedeutet, als vor einer Reihe von Jahren ein Einkommen von 900 M.! In Wirklichkeit hat sich also das Einkommen dieser Klasse nicht im mindesten gehoben. Dazu kommt, daß die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 900 M. auch deshalb so gewachsen ist, weil inzwischen für die Arbeitgeber die Steuerdenunziationspflicht gegenüber den Arbeitern eingeführt worden ist, wodurch die Einkommen unter 3000 M. in einem ganz anderen Maße herangezogen werden, als das Einkommen und das Vermögen der Reichen! Das weiß auch Herr v. Rheinbaben! Das ist ihm von sozialdemokratischer Seite wiederholt entgegnet worden! Er jongliert also mit seinen Zahlen wider besseres Wissen, nur um bei Scharfmachern und Reichsverbändlern Weifall zu finden!

Wenn Herr v. Rheinbaben ein wahrheitsgetreues Bild der sozialen Lage der Arbeiterklasse im Verhältnis zu der der besitzenden Klasse hätte geben wollen, hätte er auch sich über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse dieser besitzenden Klasse verbreiten müssen. Er hätte dann darlegen müssen, daß das Einkommen der besitzenden Klasse noch in einem ganz anderen Maße gewachsen ist, als das des Proletariats. Er hätte beispielsweise ausführen müssen, daß im Jahre 1903 das Einkommen der Rentisten mit mehr als 9500 Mark Einkommen nur 28 000 M. im Durchschnitt betrug, während es im Jahre 1908 bereits auf 30 000 M. angewachsen war! Er hätte weiter darauf hinweisen müssen, daß sich in Preußen das Vermögen immer mehr in den Händen einer wenig zahlreichen besitzenden Klasse konzentriert, daß sich beispielsweise von den 91 Milliarden Vermögen, die in Preußen im Jahre 1908 zur Vermögenssteuer herangezogen werden konnten, nicht weniger als 55 Milliarden im Besitze von nur 144 000 Rentisten befanden! Er hätte ausführen müssen, daß im Jahre 1908 8377 Millionen ein Vermögen von 22 1/2 Milliarden besaßen, während 1 200 000 kleine Rentisten zusammen nur 24 Milliarden ihr eigen nannten. Er hätte die Tatsache nicht verschweigen dürfen, daß sich seit 1895 das Vermögen der Handvoll Millionäre jährlich um 700 Millionen Mark vermehrt hat! Alle diese unwiderleglichen Tatsachen der amtlichen Statistik hat Herr v. Rheinbaben verschwiegen! Dagegen hat er seine uralten einseitigen Zahlenkolonnen auch diesmal wieder aufmarschieren lassen! Freilich, wenn Herr v. Rheinbaben nicht solch kläglicher Wiederkäufer wäre, wenn er die Einwendungen, die zahl-

mähigen Nachweise der sozialdemokratischen Gegner nicht aus Prinzip ignorierte, hätte er ja mit seiner anmutigen Zahlenjonglierkunst zur Freude der Geldadventurer des Dreiklassenparlamentes nicht glänzen können. Gäbe er der Wahrheit, den wirklichen Tatsachen die Ehre gegeben, so wäre es ihm auch nicht möglich gewesen, wieder einmal mit den Milliarden der sozialpolitischen Ausgaben für die Arbeiterklasse herumzurenommieren!

Wiederkäuern vom Schlage des Herrn Rheinbaben kann man nicht anders begegnen, als daß man ihnen längst widerlegten Behauptungen wieder einmal altbekannte Tatsachen entgegensetzt. Wir konstatieren also, daß nach der offiziellen Reichsstatistik für das Jahr 1907 für Krankenversicherung vom gesamten Unternehmertum für 12 Millionen Versicherte 87 Millionen Mark gezahlt worden sind. Das macht auf den Versicherten 7 Mark 25 Pfennige. Bei der Unfallversicherung wurden für 18,7 Millionen Versicherte 157,8 Millionen Mk. gezahlt, also 8 Mark 44 Pfennige für jeden Versicherten. Bei der Alters- und Invalidenversicherung endlich wurden für 13,9 Millionen Versicherte 80,6 Mill. Mark gezahlt, also 5 Mark 80 Pfennige für jeden Versicherten. Danach hatte der Unternehmer pro Jahr und pro Versicherten für die gesamte Arbeiterversicherung 21 Mk. 49 Pf. Beitrag zu leisten! Das macht auf den Tag und für den Arbeiter sieben deutsche Reichspfennige! Also einen Betrag, der den Mehrwert, der von den Unternehmern aus den Arbeitern herausgehunden wird, in seiner irgendwie fühlbaren Weise zu schmälern vermag! Es gehört also die ganze Skrupellosigkeit eines für die Unternehmerinteressen berufsmäßig tätigen Wiederkäufers dazu, von den Leistungen der Arbeiterversicherung ein so großes Wesen zu machen.

Wenn Herr von Rheinbaben nun auch prinzipiell sozialdemokratischen Darlegungen sein Ohr verschließt, so sollte er doch wenigstens konservative Argumenten auch dann zugänglich sein, wenn sie sich zufällig einmal mit sozialdemokratischen Auslassungen decken. Der freikonservative Reichstagsabgeordnete Schmidt (Altenburg) hat nämlich auf der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins G. V., die am 24. November 1907 in Dresden tagte, einen sozialpolitischen Vortrag gehalten, in dem er folgende Ausführungen machte:

„Keine Herren! Ich bin jetzt überzeugt, daß bei Ihnen allen zunächst, als diese soziale Gesetzgebung eingeführt wurde und als zum ersten Male die großen Beiträge für die Krankenversicherung und später vor allen Dingen für die Alters- und Invaliditätsversicherung gezahlt werden mußten, gar mancher gestöhnt hat. Heute aber werden diese Beiträge, die alljährlich in gleicher Höhe wiederzukommen, gebucht, sei es auf Lohnkonten, sei es auf Lohnkonto; denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und die werden selbstverständlich mit kalkuliert und erscheinen im Preise der Ware schließlich wieder. ... Jedenfalls ist soviel sicher, daß man von einem besonderen Drücken dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon deswegen, weil, wenn Sie die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes ansehen, sondern sich mal umrechnen als Prozentteil ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als 1/2 Proz. des Jahresumsatzes herauskommt. ... Keine Herren, das ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unrecht wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen können. ...“

Also nicht nur die Steuerziffern, die die enorme Reichumssteigerung der Unternehmerklasse beweisen, widerlegen das Märchen von den gewaltigen „Wohlthaten“ unserer Arbeiterversicherung, sondern auch die Ausführungen dieses freikonservativen Abgeordneten. Die Versicherungsbeiträge der Unternehmer werden einfach in den Lohn hineinkalkuliert und schmälern nicht im mindesten das Einkommen des Unternehmertums. Wenn aber Herr von Rheinbaben auf das Ausland hinweist, das nicht so glorreiche sozialpolitische Wohlthaten besäße, wie Deutschland in seiner Arbeiterversicherung, so hat ja Herr von Rheinbaben vollständig zu erwähnen vergessen, daß in England und Amerika ja die Löhne der Arbeiter auch beträchtlich höher sind als in Deutschland. Der preussische Finanzminister sollte auch hier wieder die Worte des freikonservativen Reichstagsabgeordneten Schmidt beherzigen, der da sagte:

„Zudem darf doch nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in allererster Linie zu konkurrieren haben, das heißt England und Amerika, so erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen, daß durchaus nicht gefolgert werden kann, daß wir im Nachteil sind.“

Wir glauben damit dem ministeriellen Wiederkäufer genug der Ehre einer Widerlegung angetan zu haben. Eine ausgiebigere Antwort wird ihm im Landtage zuteil werden. Natürlich geben wir uns nicht der Illusion hin, damit seine Phonographenwalze unbrauchbar gemacht zu haben. Herr v. Rheinbaben wird trotz alledem immer wieder seine reichsverbändlerisch aufgemachten Zahlen herumtschmurren. Uns genügt es, hin und wieder die „genialen“ Praktiken dieses Staatsmannes anzudeuten, der unter feinesgleichen in Preußen nicht nur als Stern erster Größe gilt, sondern auch wirklich gelten kann. Ein Beweis, von welcher Qualität unsere preussische Staatsregierung überhaupt ist!

Der nervöse Präsident.

Die Landtagsboten, die in den letzten Tagen durch Abwesenheit geglängelt hatten, waren am Dienstag wieder in ungewöhnlicher Anzahl versammelt. Galt es doch, der Krone einen Liebesdienst zu erweisen und sich nach oben hin in empfehlende Erinnerung zu bringen! Und da gibt es keinen Unterschied zwischen den Anhängern der bürgerlichen Parteien. Von Heydebrand bis Fischbeck war alles ein Herz und eine Seele, alle waren sie sich darin einig, daß dem König von Preußen die geforderte Zulage bewilligt werden müßte. Nur ob man das gleich tun, oder ob man, um die Form zu wahren, die Vorlage betr. die Erhöhung der Zivilliste an eine Kommission verweisen sollte, darüber gingen die Ansichten auseinander. Schließlich entschied man sich für Kommissionsberatung. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen, sie hatten die Vorlage auch nicht einmal einer kommissarischen Beratung für würdig.

Während sich die Sprecher der bürgerlichen Parteien mit kurzen Zustimmungserklärungen begnügten, hielt der sozialdemokratische Redner Genosse Hoffmann in groß angelegter Rede eine gründliche Abrechnung nicht nur mit der Krone, sondern auch mit der Regierung im allgemeinen, und auch die bürgerlichen Parteien, die gemeinsam mit der Regierung hinter verschlossenen Türen die Vorlage zusammengemogelt haben, belamen ihren Teil ab. In sein pointierten Worten übte unser Redner Kritik an dem ungewöhnlichen Verhalten der Regierung, die, anstatt vor dem Hause den Nachweis für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zivilliste zu erbringen, mit den Führern der bürgerlichen Parteien heimliche Konventikel abhalte. Gründlich zerprüfte er die sogenannten „Gründe“ der Regierung und überzeugend wies er nach, daß die Krone so gut gestellt ist, daß eine Erhöhung der Zivilliste völlig unangebracht sei. Der Präsident v. Schröder rückte nervös auf seinem Präsidentenstuhl hin und her. Da aber Hoffmann trotz aller Schärfe die Ordnungsrufe, die ihm der Präsident nur gar zu gern erteilt hätte, zu umgehen wußte, verließ sich Herr v. Schröder in seiner Hilflosigkeit schließlich dazu, unseren Genossen, weil er die Forderung des sozialdemokratischen Programms auf Wahl aller Beamten, auch des „ersten Dieners des Staates“ durch das Volk propagierte, des — Hochverrats zu bezichtigen. Herr v. Schröder pflegte sonst bessere Wege zu machen. Oder aber wollte er strebsamen Staatsanwälten für vorkommende Fälle einen Fingerzeig geben? Damit würde er ihnen freilich einen schlechten Dienst erweisen, denn ein Staatsanwalt, der wegen einer solchen Keußerung ein Verfahren wegen Hochverrats einleitet, würde selbst in Preußen unmöglich werden.

Raum hatte Hoffmann seine Rede beendet, da erhob sich Herr v. Rheinbaben — der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg hielt es nicht der Mühe für wert, den Verhandlungen beizuwohnen und holte zu einer Erwiderung aus, die sogar hinter dem üblichen Durchschnittsniveau ministerieller Reden weit, weit zurückblieb. Anstatt auf die Sache selbst einzugehen, produzierte er sich als Zahlenjongleur. Alle möglichen Zahlen, ungeordnet, wie sie ihn seine Geheimräte reichten, verlas er, um zu beweisen, wie gut die Arbeiter in Preußen gestellt sind. Der Herr v. Rheinbaben, der übrigens ganz dieselbe Rede schon einmal gehalten hat, hörte, der mußte glauben, daß die Arbeiter ein riesiges Einkommen haben, daß sie so gut wie keine Steuern zahlen und gegen alle Unfälle des Lebens durch die soziale Gesetzgebung gesichert sind. Es war eine echte Kriegervereinrede, die denn auch nach Art aller solcher Elaborate mit der Aufforderung an die bürgerlichen Parteien schloß, sich zusammenzuschließen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Die Antwort konnte dem Finanzminister nicht sofort erteilt werden, unser Redner erhielt nicht mehr das Wort. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Dernburgs Rücktritt.

Wenn das deutsche Bürgertum noch lernen wollte, aus dem Rücktritt Dernburgs ließe sich einiges lernen. Was war das für ein Jubel, als vor bald vier Jahren der damalige Direktor der Darmstädter Bank zum Kolonialdirektor gemacht wurde. Nationalliberale und Hochfreimüher fanden Kopf vor Entzücken. Ein Vertreter des Bürgertums — noch dazu ein Wörsenmann — Mitglied der Regierung und Eggelanz! War nicht wenigstens ein Stückchen politischer Macht erobert, nicht ein für Deutschland kolossales Fortschritt erzielt? Und heute?

Es ist eben die alte Geschichte: der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen, und im preussischen Abgeordnetenhause wird die Zivilliste erhöht. Herr Dernburg wurde Minister, weil er dem herrschenden Klüngel ein brauchbares Werkzeug schien, und Geschäfte zu erledigen wußte, mit denen ein jungerlicher Bureaunkrat nicht recht fertig werden konnte. Jetzt wird Dernburg fortgeschickt, weil es eben den Deuten oben so gefällt. Und wenn sich jetzt das Bürgertum zur Abwechslung vor Wut auf den Kopf stellt, so wird ihm das gar nichts nützen. Die herrschende Klasse tut, was sie will, und das wird auch so bleiben, so lange das Bürgertum nicht lernt, die politische Macht selbst in die Hand zu nehmen. Wenn es sich auch in Zukunft wie bisher stets davor fürchtet, ernste politische Kämpfe zu führen, weil diese nicht geführt werden können, ohne der Arbeiterklasse vollständigste politische Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung zuzugestehen, so werden die Junker auch ferner die Herren der Situation bleiben und die Herrschaft über das Bürgertum nach ihrem Gefallen üben.

Herr Dernburg erweist sich übrigens auch im Sturz als geschickter Wacker. Aus dem „Berliner Tageblatt“ erfährt man, daß Herr Dernburg sozusagen ein Freimüher war, der gegangen ist, weil die reaktionäre Politik des Herrn v. Bethmann ihn ein Verbleiben im Amte unmöglich machte. Das „Berl. Tageblatt“, dessen ständiger Mitarbeiter der Vater Dernburgs ist, ist nicht

wenig entrüstet über jeden Zweifel an dieser Prinzipienfestigkeit. Ohne die verwandtschaftlichen Gefühle des Blattes noch mehr verletzen zu wollen, fassen wir Dernburgs Austritt doch etwas nüchtern auf. Herr Dernburg sah eben ein, daß seine Uhr abgelaufen. Auf der einen Seite bedrängten ihn die Agrarier und das Zentrum immer stärker, auf der anderen ist Herr v. Bethmann-Hollweg nicht der Mann, um den Wünschen dieser seiner Gebieter zu wider zu sein. Und selbst wenn Herr Dernburg noch eine Gnadenfrist erhalten hätte, so wußte er doch, daß der schmachvolle Zusammenbruch dieser Regierung unausbleiblich ist, und er sah nicht ein, wozu er sich unnützlich kompromittieren sollte. Da er kein Bureaulaut ist, wartete er nicht geduldig die Kündigung ab, sondern kam seinen Gegnern zuvor und sicherte sich einen guten Abgang. Es war eine richtige Waiffespekulation. Allzuviel Begeisterung darf man deshalb nicht von uns verlangen.

Der schwarzblaue Block steht begrifflicherweise dem Rücktritt Dernburgs mit gemischten Gefühlen gegenüber. Unverhohlene Freude äußern nur die „Deutsche Tageszeitung“ und Herr Mathias Erzberger. Die übrigen Organe der Rechten aber sind weniger entzückt. Zwar daß sie den Eindringling los geworden, ist der konservativen Bureaukratie sicher sehr erwünscht, und auch das Zentrum kann jetzt seine Nase genießen. Aber der Zeitpunkt des Rücktritts ist den Herrschaften schon weniger angenehm. Dernburg war der letzte Rest aus der Wilow-Ära, der letzte, der in diesem Ministerium nicht als Parteigänger oder Laika des schwarzblauen Blocks galt. Die Bethmänner sind jetzt unter sich und der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien erhält neue Nahrung. Die politische Situation wird immer klarer. Die schwankenden und indifferenten Schichten, die bei den letzten Wahlen, von Wilow und Dernburg bedrückt, so vorzügliche Arbeit für die Reaktion verrichteten, haben eine neue Lektion erhalten. Begeisterung für die Regierung wird wirklich das letzte Gefühl sein, das bei den nächsten Reichstagswahlen die Wähler an die Urne treiben wird.

Nur soweit Dernburgs Rücktritt ein Symptom für die unumschränkte Herrschaft des schwarzblauen Blocks ist, hat sein Sturz größeres Interesse. Denn der wütende Kampf der Interessenten über die Ausbeutung der Kolonien läßt die Volksmassen wirklich kalt. Herr Dernburg hat sich die erbitterte Feindschaft der südwesafrikanischen Kolonisten zugezogen, weil er sie um den erloschenen Anteil der Beute brachte zugunsten der Kolonialgesellschaften und der hinter ihnen stehenden Banken. Daß Herr Dernburg dabei das Staatsinteresse nicht in vollem Umfange gewahrt hat, ist eine Behauptung, die nicht nur Herr Erzberger vertritt. Dabei es freilich schon richtig ist, daß bei der Politik der Agrarier für den Staat noch viel weniger abgefallen wäre.

Als Nachfolger Dernburgs wird der Unterstaatssekretär v. Lindequist, einer seiner „Schüler“, genannt.

Die Wahl an der Odermündung.

Aus dem Reichstagswahlkreis Hedermünde-Ufedom-Wollin werden uns von einem in der Agitation stehenden Genossen die folgenden ergänzenden Ausführungen zu unserem Artikel in Nr. 127 gemeldet:

„Am Donnerstag, den 9. Juni, wird abermals in einem ostelbischen Wahlkreis die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob die Partei der Junker und Agrarier noch Boden im Volke hat. Die eigentliche Domäne der Konservativen ist Hinterpommern; in Vorpommern haben sie von jeher weniger gut abgeschnitten und die Vertretung des genannten Kreises, der noch zu Vorpommern gehört, hat bisher immer zwischen konservativ und liberal gewechselt. Der Kreis Hedermünde grenzt an den Kreis Randow (Stettin Land) und ist stark industriell; der Kreis Ufedom-Wollin mit der Kreisstadt Swinemünde besteht aus den beiden Inseln Ufedom und Wollin, welche durch die drei Ausflüsse der Oder in die Ostsee (Peene, Swine, Diebenow) gebildet werden, hier gibt es wenig Industrie, aber die Bevölkerung ist durch den Verkehr mit Fremden, welche die zahlreichen Seebäder besuchen, nicht mehr so rückständig wie die Landbevölkerung im Binnenlande. Die schwarze Erde bildet hauptsächlich die Insel Wollin.

Die Wahlagitatorik ist noch niemals so intensiv betrieben wie diesmal. Die beiden bürgerlichen Kandidaten ziehen in Begleitung von Parteisekretären von Ort zu Ort. Der Sozialdemokratie wird die Agitation durch den Umstand erschwert, daß ihr nur in wenig Orten Versammlungslokale offen stehen. Doch ist dieser Mangel in der letzten Zeit dadurch ausgeglichen worden, daß Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten wurden, wozu die Witterung prächtig war. Noch nie waren die sozialdemokratischen Versammlungen so gut besucht wie gegenwärtig; in Dörfern, wo nie eine sozialdemokratische Versammlung stattfand, ja wo es bisher noch keinen Parteigenossen gab, kommen die Wähler massenhaft herbei und stimmen am Schluß in das Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie ein. Es ist eine wahre Lust zu agitieren.

Im Vordergrund der Agitation steht natürlich die Reichsfinanzreform, die eine tiefgehende Erbitterung erzeugt hat. Die Landleute begreifen auch ganz gut die Stellung unserer Partei zum Militarismus; so können eben die unsinnigen Rüstungen nicht weiter gehen, weil das Volk verarmt.

Für den konservativen Kandidaten agitieren die Angestellten des Bundes der Landwirte. Der Hansa-Bund hat auch schon einige Versammlungen abgehalten, die natürlich dem liberalen Kandidaten zugute kommen, aber er greift doch nicht so heftig in die Agitation ein, wie vermutet wurde. Der Bund der Landwirte hält als solcher keine Versammlungen ab; er würde damit sich nur selbst schädigen.

Die Sozialdemokratie darf auf guten Ertrag ihrer fleißigen Arbeit hoffen.

Der weiße Schrecken in Argentinien.

Die Jaheshundertfeier der Argentinischen Republik ist für ihre herrschende Klasse zum Vorwand geworden, ihr Schreckensregiment noch zu verhässeln, den an der Arbeiterschaft begangenen Verbrechen neue, nicht minder infame hinzuzufügen. Es ist notwendig, daß die ganze zivilisierte Welt erfährt, wie das mit Kulturfirmis überstrichene Barbarentum, dessen läugerische Jubiläumsschraffen leider auch europäische Freiheitsfreunde, die sogar Sozialisten besprochen haben, in seinem Herrschaftsgebiet wütet. Der mörderische und diebische Regierungsterror der südamerikanischen Republik muß ebenso an den Pranger gestellt werden wie der der zartlichen Zentersknechte. Das internationale Proletariat aber schuldet den tapferen Genossen jenseits des Äquators, in der gegen ihre Organisationen und ihre Personen entsetzten brutalen Hege, neben der moralischen auch schleunige materielle Hilfe.

Ueber die Lage in Argentinien unterrichtet uns nachstehender, vom 16. Mai datierter Bericht eines Genossen in Buenos Aires:

Es sind heute gerade sechs Monate verflossen, seitdem die Tyrannen von Argentinien wegen der Tötung des Polizeichefs Obersten Falcon den Ausnahmezustand erklärt haben. Sie werden sich noch der Brutalitäten erinnern, die die aus Polizeigenossen in Zivilkleidung, aus Offizieren und aus Stupern der indianischen Aristokratie zusammengesetzten schwarzen Wanden verübt haben. Diese wilden Horden, die damals die Lokale der Arbeiterorganisationen und die Werkstätte der „Protesta“ geplündert und zerstört hatten, haben nun ihre Gewalttaten erneuert.

Am 25. Mai werden 100 Jahre seit der Proklamierung unserer Republik verfloßen sein. Aus diesem Anlaß hat die Regierung eine Ausstellung organisiert und einige Feste vorbereitet. Die bei den Ausstellungsbauten beschäftigten Arbeiter traten in den Streik, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Andere ähnliche Konflikte kamen hinzu und es entstand eine richtige Agitation, als die Regierung, in der Furcht, daß die Ausstellung zum angezeigten Termin nicht eröffnet werden könnte, sich entschloß, den Ausnahmezustand über die ganze Republik zu verhängen.

Da geschah es, daß Offiziere — von den Ausländern zivilisierte Indianerabkömmlinge — Polizeigenossen in Zivil und einige Aristokraten in Lackstiefeln und Smoking, Scharen von Studenten, Lumpengefindel, abgestraften Verbrechern — darunter solchen, die man aus diesem Anlaß entlassen hatte, in Bewegung brachten. Sie formierten eine Kolonne, an deren Spitze eine Militärmusik marschierte und zogen wie vor sechs Monaten herum, um die Lokale der Arbeiterschaften zu verüsten. Sie zerstörten die Maschinen der Zeitungen „Protesta“ und „La Batalla“ und steckten hierauf die Werkstätten in Brand. Als die wilde Horde zur „Vanguardia“ — dem sozialistischen Tagesblatt — kam, glaubten die wenigen, in dem Augenblick anwesenden Genossen, daß die Polizei die Manifestanten verhinieren würde, die kundgegebenen Zerstörungsabsichten zu verwirklichen. Wie erstaunten wir aber, als wir die Polizisten das nichtswürdige Werk begünstigen sahen, indem sie die Strolche mit dem Revolver in der Faust in unser Lokal eindringen ließen!

Das, was nun geschah, zu schildern, ist einfach unmöglich. Unbeschreiblich der Zustand, worin sie die Maschinen zurückließen. Alles wurde zerstört, die Sehlästen umgeworfen, die Buchhandlung ausgeraubt, das Geld aus der Kasse fortgetragen. Nichts, absolut nichts blieb unbeschädigt. Der Schaden beträgt an 100 000 Frank.

Ueber 800 Genossen sind im Gefängnis, der Schrecken regiert von neuem in unserem berückigten Land. Arbeiterfamilien wurden brutalisiert. In den Arbeitervierteln verüßelten die schwarzen Wanden die Familienwohnungen und schlugen Frauen und Kinder.

Wir können nichts machen. Kein bürgerliches Blatt darf noch etwas schreiben. Selbst in den Straßen zu zirkulieren ist sehr gefährlich, da man den schwarzen Wanden zum Opfer fallen kann.

Wir brauchen Hilfe jeder Art. Wir bitten ganz Europa um moralische und materielle Unterstützung. Wir wollen die Befreiung. Helfet uns dazu! Verkündet der ganzen Welt, dem ganzen Proletariat, daß man in Argentinien nicht mehr leben kann! Niemand, dem seine Haut lieb ist, soll in dieses vom Wilden beherrschte Land kommen!

Unsere ganze Arbeit von 14 Jahren ist zerstört.

Im Namen der internationalen Solidarität bitten wir Euch um Geldopfer, um uns zu verteidigen und den Opfern zu helfen. Die Beiträge sind an das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel zu senden.

Rachtrag: Bestohlen und verbrannt sind noch: die Buchhandlung des Vertreters der „Modernen Schule“ von Barcelona, die Gewerkschaftslokale der Bäcker und Holzarbeiter, die russische Bibliothek, die Arbeiter-Selbsthilfsgenossenschaft. Es gibt Tote und Verwundete.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni 1910.

Wegen die Erhöhung der Zivilliste

wendet sich das Organ der rheinischen Großindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in außerordentlich scharfer Weise. Das preussische Volk bringt heute schon eine um Millionen höhere Summe für die Krone auf, als volkreichere Länder, wie Oesterreich, England und Rußland. Die Regierung habe selbst das Motiv der Sparsamkeit in allen Tonarten erklaren lassen, damit in den nächsten Jahren nicht noch schwerere Steuerlasten auf den Rücken des Volkes aufgebürdet zu werden brauchen. Es sei eine starke Leistung, die Vorlage mit der Abtretung der Kronomänen am Anfange des vorigen Jahrhunderts zu begründen. Diese Kronomänen gehörten von Rechts wegen überhaupt nicht den Monarchen, sondern dem Staate und seien von den einzelnen Fürsten widerrechtlich an sich gebracht worden. Auch sonst wäre mancherlei über die finanzielle Verlegenheit des Kaisers zu sagen. Sie entspringe zum Teil einer Repräsentation, die keine sachliche Berechtigung habe. Die Millionenerschöpfung der Siegesallee mit ihren steifen Denkmalspuppen, der unbegreifliche Ankauf des Marmor Schlosses auf Korsu und manches andere sei weder vom deutsch-nationalen, noch künstlerischen, noch vom repräsentativen Standpunkte aus zu rechtfertigen.

Die Steuerveranlagung.

Der Allmächtige in Preußen, der preussische Landrat, hat heute noch die überaus wichtigen Geschäfte der Steuerveranlagung in seiner Hand. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß, während dem Arbeiter jeder Pfennig seines Einkommens versteuert wird, die Grundbesitzer jährlich Tausende dem Staate vorenthalten können, ohne daß ihnen auch nur ein Härchen gekümmert wird. Gegen dieses Privileg der Landräte hat man wiederholt ankämpften versucht, aber stets mit negativem Resultat. Jetzt endlich soll diesem Zustande ein Ende gemacht werden. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, ist im Unterhaus die zur Veranlagung der preussischen Verwaltungsreform ein Antrag angenommen worden, wonach die Steuerverwaltung von den Landratsämtern abgetrennt und zu einer selbständigen Behörde ausgestaltet werden soll. Diesem Beschluß soll auch der Finanzminister zugestimmt haben. Sehr wahrscheinlich klingt diese Vorhersage nicht.

Ein dringendes Bedürfnis.

Die Klage, daß für Kulturaufgaben in Preußen zu wenig geschähe, ist offenbar ganz unberechtigt. Man lese nur, was

die „Berl. Polit. Nachr.“ über preussische Kulturbestrebungen zu melden wissen. Sie schreiben:

Im Etat der Generalordenskommission wird eine Erhöhung des Fonds für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien für das Rechnungsjahr 1911 angefordert werden. Der Fonds beläuft sich seit dem Jahre 1905 auf 220 000 Mark. Aber auch nach der damals vorgenommenen Erhöhung um 90 000 M. hat er sich nicht als ausreichend erwiesen. Regelmäßig haben sehr erhebliche Ueberschreitungen stattgefunden müssen, und zwar um rund 98 100 M. im Etatsjahr 1905, um 168 000 M. in 1906, um 161 000 M. in 1907 und um 137 800 M. in 1908. Auf Grund dieser Entwicklung war bereits für den Etat des laufenden Rechnungsjahres eine weitere Erhöhung dieses Fonds in Aussicht genommen. Sie mußte aber unterbleiben, da die fortwährend mangelnde Finanzlage und die unglückliche Gestaltung des Etats es notwendig machten, in allen Verwaltungen von einer Verstärkung der sächlichen Fonds mit ihren naturgemäß schwankenden Ausgaben grundsätzlich abzusehen. Nach einer in der Rechnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung des Kommissars des Staatsministeriums wird mit Bestimmtheit erwartet, daß eine angemessene Verstärkung des Fonds im Etat für 1911 sich ermöglichen lassen wird.

Hoffen wir das Beste! Was sollte aus der preussischen Kultur werden, wenn das Verdienst wegen Mangel an Mitteln nicht mit Orden belohnt werden könnte!

Die elsass-lothringische Verfassung.

Im Laufe des Juni werden sich der Staatssekretär Delbrück und Geh. Ober-Regierungsrat Gallenkamp nach Straßburg begeben, um mit der reichsländischen Regierung und Vertretern der Fraktionen des Landesauschusses Verhandlungen über den neuen Verfassungsentwurf abzuhalten. Den Besprechungen wird ein vorläufig schriftlich fixierter Entwurf zugrunde gelegt werden. Dabei soll, nach der „Straßburg. Post“, für das Wahlrecht neben dem Verhältnisverfahren auch der Gebanke des Pluralwahlrechts erörtert werden. Einer anderen Meldung zufolge sieht der Verfassungsentwurf ein Ausschalten des Bundesrats und des Reichstages aus der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen und dafür die Errichtung einer Ersten elsass-lothringischen Kammer, der Wahlrechtsentwurf die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auf Grund des Proportionalwahlverfahrens vor.

Die Zeugnisfoster.

Am 9. Juni soll der Reaktor Kowal in Järzke endlich aus der Zeugniszwangshaft entlassen werden, in der er sich nach sechs Monate weniger vier Tage befand. Kowal sollte in einem Disziplinarverfahren gegen einen Amtsgerichtsrat in Mauthal wegen eines veröffentlichten Artikels als Zeuge ausfragen, und wurde, da er das Redaktionsgeheimnis wachte und die Aussage verweigerte, am 18. Dezember 1909 in Zeugniszwangshaft genommen. Am 16. Juni hätte er aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Järzke entlassen werden müssen, da die Zeugniszwangshaft nicht länger als sechs Monate dauern darf. Auf das Geluch Kowals hat der Kommissar jetzt verfügt, daß Kowal am 9. Juni zu entlassen. Um ganze vier Tage hat man die Magistralzeit dieser Haft abgekürzt!

Die Strafprozessreform will die Möglichkeit des Zeugniszwanges gegen die Presse und Disziplinarvergehen ungeschmälert erhalten!

Zur Reichstagswahlwahl in Bschopau-Marienberg.

Die fortschrittliche Volkspartei beschloß, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Ein ungeheuerliches Kriegsgerichts Urteil.

An der strammen Haltung muß ein Soldat einen Vorgesetzten, auch wenn dieser in Zivil ist, erkennen. Also meint das Oberkriegsgericht Würzburg, das gegen den Artilleristen Wittenmeier verhandelte. W. befand sich in der Festsitzungszeit betrunken auf einem Ball, wo es Schieberlein gab, in die sich ein in Zivil anwesender Infanterieobergeant einmischte. Als der Letztere dem benebelten Soldaten einen Knopf abriß, beschimpfte ihn der Mann und führte ein paar Säbelhiebe nach ihm. Der Soldat wurde wegen tätlichen Vorgehens an einem Vorgesetzten angeklagt, das Kriegsgericht nahm jedoch lediglich Körperverletzung an, indem es dem Angeklagten Mauthal schenkte, daß er den Sergeanten nicht als Vorgesetzten erkannt habe. Aber das Oberkriegsgericht entschied, es liege ein tätliches Vorgehen vor, da Wittenmeier schon an der strammen Haltung des in Zivil befindlichen Sergeanten hätte sehen müssen, daß er einen Vorgesetzten vor sich habe. Und also erkannte das Oberkriegsgericht auf die entsehlige Strafe von zwei Jahren Gefängnis!!

Es sind schon grausamere Militärgerichts Urteile gefällt worden — ein ungeheuerlicheres aber wohl noch nicht!

Der Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie in Oberschlesien.

Am Sonnabend wurde das Vereinslokal in Reudorf, in dem ein Bierauschank für Mitglieder eingerichtet ist, zum fünften Male polizeilich geschlossen und die Mitglieder hinausgetrieben. Der Vertrauensmann Wajonk vom Vergarbeiterverband wollte aus einem Schrank noch wichtige Belege herausnehmen, er wurde dabei verhaftet und an beiden Händen gefesselt abgeführt. Ein armer Krüppel Tiesla, der sich durch Zeitungstragen ein paar Pfennige verdient, wollte seine Zeitungen mitnehmen, konnte aber, weil er lahm ist, nicht schnell genug herausgehen, darum wurde auch er verhaftet und durch zwei Polizisten abgeführt. Als der Vorliegende Genosse Wied eine Bemerkung machte, wurde auch er gefesselt abgeführt. Im ganzen Dorf herrschte große Empörung. Als am Sonntag die Genossen vom Gefängnis zur Polizei geführt wurden, belagerte eine große Menschenmenge die Straße. Die Genossen, die einzeln entlassen wurden, empfing man mit großer Begeisterung. — Zu bemerken ist noch, daß der Amtsrichter Jasinetz kein schriftliches Auschankverbot erließ und auch nicht mit Strafen drohte, er ging vielmehr von der ersten Minute an mit Gewalt vor.

Deutsches Pressrecht.

Die „Medlenburger Volkszeitung“, das sozialdemokratische Organ in Rostock hatte aus einem Gerichts Urteil ein paar Sätze zitiert, die das Verfahren eines dem Reichsverbandes ergebenen Redakteurs in Reusirely betrafen. Dieser verlangte darauf auf Grund des § 11 des Pressgesetzes den Abdruck weiterer Partien aus dem Gerichts Urteil. Diese sonderbare Verurteilung lehnte die „Medlenburger Volkszeitung“ natürlich ab. Jetzt wurde Genosse Franke dafür vom Amtsgericht zu 100 M. Geldstrafe und zur Publikation der „famosen Verurteilung“ verurteilt.

Das Urteil erscheint ganz unhaltbar! Wir nehmen an, daß die höhere Instanz es aufheben wird.

Hundert Millionen Ueberschuß.

In der Subjekt-Kommission des Abgeordnetenhauses machte der Minister v. Treittenbach die Mitteilung, daß der Reinkübr

Schuh der Eisenbahneinnahmen statt, wie im Etat für 1900 veranschlagt, 89 Millionen, in Wirklichkeit 188 Millionen beträgt, also um 100 Millionen überschritten ist. Ferner teilte der Minister mit, daß die Zuschüsse zur Eisenbahnarbeiterpensionskasse nicht, wie in Aussicht genommen, zum 1. April 1911, sondern vom 1. Juli 1910 ab geleistet werden sollen.

Der „Schmüffelparagraph“ in der Kirchengemeindeordnung.

München, 3. Juni. Eine sehr lebhaft debattierte Entscheidung hat heute in der Kammer über den sogenannten „Schmüffelparagraphen“ in der Kirchengemeindeordnung. Nach ihm soll die Kirchenbehörde das Recht haben, die Wahl von Kirchengemeindevorstellern als ungültig zu erklären, wenn diese durch ihr sittenloses Verhalten öffentliches Vergernis erregen oder ihre Unrichtigkeit offen zur Schau tragen.

Das Zentrum bestritt anfangs auf das entschiedenste, daß dieser Paragraph ohne weiteres gegen die Angehörigen anderer politischer Parteien angewendet werden könnte. Es würde lediglich die persönliche Qualität des Gewählten in Betracht gezogen, die politische Überzeugung bleibe außer Betracht. Liberale und Sozialdemokraten trauen der Geschichte nicht und Genosse v. Soltmar macht in einer wirkungsvollen Rede darauf aufmerksam, daß in päpstlichen Dokumenten Liberale und Sozialdemokraten als Kirchenfeinde bezeichnet werden, als „unrichtlich“ deshalb ohne weiteres als Vertreter der Kirchengemeinde zurückgewiesen werden können. Tatsächlich hat der Zentrumsführer Dr. Pichler im Ausschusse offen zugegeben, daß der Paragraph gemacht werde, um zu verhüten, daß, wie in einer Vorstadt Münchens, katholische Kirchengemeinden eine liberale oder gar sozialdemokratische Vertretung erhalten. Ein anderer Redner des Zentrums konstatierte dann noch ausdrücklich die Kirchenfeindschaft und Unrichtigkeit der Sozialdemokratie.

Von Interesse waren auch die Ausführungen des Zentrumsredners Held über die Frage der Trennung von Staat und Kirche. Er meint, daß nach seiner persönlichen Auffassung diese Frage sich ganz gut diskutieren lasse; nur müsse der Kirche das am Anfang des vorigen Jahrhunderts geraubte Vermögen wieder zurückgegeben werden. Genosse v. Soltmar bemerkt hierauf, daß man in diesem Falle aber weiter auch prüfen müßte, wie denn die Kirche zu diesem Vermögen gekommen sei.

Gegen die Zentrums-Kirchengemeindeordnung stimmen Liberale und Sozialdemokraten.

Die Wirkung der Rindholzsteuer

wird im Kasseler Handelskammerbericht also geschildert: Die Besteuerung der Rindhölzer hat den deutschen Fabriken einen unerschöpflichen Schaden gebracht. Denn neben der Einschränkung des Verbrauchs bei den Verbrauchern infolge der hohen Steuern, die etwa 200 Prozent des Wertes der Ware beträgt, hat die Unzulänglichkeit bei der Annahme der Steuern durch die weite Hinausschiebung des Eintritts ohne Nachversteuerung der im Privatbesitz befindlichen Vorräte vorher den Sturm nach Rindhölzern veranlaßt, der nur den ausländischen Fabriken zugute gekommen ist. Diese konnten die großen Mengen zu guten Preisen einführen, während die inländischen Fabriken, durch alle Lieferungsverträge gebunden, zu niedrigen Preisen liefern mußten und dadurch mehr als 50 Prozent im Ankauf genommen, Kaufstrafe zu besseren Preisen nicht annehmen konnten, um sich nicht Regressansprüchen auszusetzen. Mit der Schädigung der deutschen Rindholzindustrie, die dadurch herbeigeführt wurde, geht der ganz erhebliche Steuerausfall von Millionen Mark für das Reich Hand in Hand.

Der Entwurf des Schiffsahrtabgabengesetzes ist Montag dem Bundesrat zugegangen. Mitte dieses Monats sollen die Beratungen im Bundesratsauschuß beginnen und noch vor der Sommerpause des Bundesrats soll das Plenum den Entwurf erledigen, so daß der Reichstag bei seinem Wiederausammentritt die Vorlage fertig vorfindet.

Frankreich.

Die Vizepräsidenten.

Paris, 7. Juni. Die Kammer wählte heute zu Vizepräsidenten die Deputierten Etienne (Republikanische Linke) mit 218 Stimmen, Puech (Radikaler Sozialist) mit 204, Bertheaux (Radikaler Sozialist) mit 200, Drou (Radikaler) mit 200 Stimmen. Der Progressist Thierry erhielt 180 Stimmen.

Spanien.

Eine „anarchistische“ Schule.

Baragosa, 7. Juni. In einer Schule in Puebla de Alfinden wurden anarchische Schriften beschlagnahmt und die beiden Lehrer der Schule verhaftet.

In derselben Gemeinde veranfaßten 200 Bauern leidenschaftliche Protestkundgebungen gegen die Verhaftung eines Mannes, der die Behörden beleidigt haben sollte. Ein Teil der Manifestanten versuchte, geführt von einem Adjunkt, das Bürgermeisteramt und später das Gefängnis zu stürmen, wurde aber von der Gendarmerie daran gehindert.

England.

Kompromißverhandlungen.

London, 7. Juni. Zu den gestrigen Audienzen des Premierministers Asquith und des Ministers für die Kolonien Lord Crewe beim König bemerkt die Daily News, das Organ des Ministeriums, das sei Asquith' erste Audienz beim neuen König, der man offenbar politische Bedeutung zuschreiben dürfe. Eine bedeutsame politische Entwicklung sei jetzt möglich; die Regierung schide sich an, die konservativen Führer zu einer Konferenz über die Beilegung der konstitutionellen Krisis einzuladen.

Norwegen.

Ein Feind des Frauenwahlrechts.

Christiania, 7. Juni. Als dem König heute das Gesetz zur Sanktionierung vorgelegt wurde, welches den Frauen für die Kommunalwahlen ein erweitertes Stimmrecht verleiht, rief der Handelsminister Arlander, die Sanktionierung nicht zu vollziehen. Nachdem sich die übrigen Mitglieder der Regierung für die Sanktionierung ausgesprochen hatten, vollzog sie der König. Darauf reichte Arlander seine Demission ein, die angenommen wurde. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Branner, übernimmt für Arlander das Handelsministerium. Der Oberingenieur bei den Staatsbahnen, Darré Jensen, ist zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Der Personalwechsel bedeutet keinerlei Veränderung in der Regierungspolitik.

Türkei.

Die Kämpfe in Albanien.

Konstantinopel, 7. Juni. In Ipek und Djakova sind die Läden der Wuchsenmacher geschlossen und ihre Werkzeuge beschlagnahmt worden. Die zur Verteidigung eingerichteten Wohnungen mehrerer Flüchtlinge wurden niedergebrannt. Der Bevölkerung war zur vollständigen Auslieferung der Waffen eine Frist bis gestern abend gegeben worden.

Die offizielle Darstellung.

Konstantinopel, 7. Juni. Von amtlicher Stelle wird gemeldet: Die militärischen Maßnahmen im Vilajet Kossowa sind beendet. In den Bezirken von Kestüb, Pristina und Pringren sind über 6000 Waffenstücke abgeliefert worden. 30 Detaillone sind in Dja-

solva und Ipek versammelt, ohne auf Widerstand gestoßen zu sein. In diesen Ortschaften sind ebenfalls viele Waffen abgeliefert worden. Vollkommene Ruhe und Ordnung herrschen gegenwärtig im ganzen Vilajet, und die Behörden haben bereits die Volkszählung, Aufstellung des Katasters und die Rekrutierung in die Wege geleitet.

Amerika.

Ein Indianeraufstand.

Bera Cruz (Mexiko), 7. Juni. Insurgenten haben die Stadt Balladolid in Yukatan angegriffen und geplündert. Viele Einwohner sind getötet worden.

Bera Cruz (Mexiko), 7. Juni. Die Insurgenten die unter Führung der Maya-Indianer stehen, haben verschiedene Städte angegriffen. Die Zahl derer, die Balladolid angegriffen haben, wird auf 5000 beziffert. Der Chef der Polizei und die Beamten sind getötet, das Arsenal geplündert. Die Aufständischen haben die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen zerstört.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Dienstag, den 7. Juni.

Ueber den Ortslohn schlägt der Regierungsentwurf vor: Als Ortslohn gilt der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner. Er soll in folgender Weise festgesetzt werden: Die Gemeindebehörden und Krankenkassen machen dem Versicherungsamt Vorschläge, wie hoch der Ortslohn festzusetzen sei. Das Versicherungsamt gibt die Vorschläge mit einem Gutachten darüber an das Oberversicherungsamt. Dieses hört darüber noch die Invalidenversicherungsanstalten, setzt dann den Ortslohn fest und macht ihn öffentlich bekannt.

Besonders wichtig ist aber, daß wie gegenwärtig so auch nach dem neuen Gesetz der Ortslohn für Arbeiter und Arbeiterinnen über und unter 18 Jahren besonders festgesetzt werden soll. Dabei können die Kinder unter 16 Jahren (Jugendliche) in Kinder unter 14 Jahre und Kinder über 14 Jahre geschieden werden. Lehrlinge sollen zu den Arbeitern unter 16 Jahren gerechnet werden.

Demgegenüber beantragten die Sozialdemokraten, daß der Ortslohn für drei Altersgruppen festgesetzt wird: 14 bis 16 Jahre, 16 bis 20 Jahre, über 20 Jahre. Selbstverständlich reis besonders für männliche und für weibliche Arbeiter. Für Kinder unter 14 Jahren gilt der Ortslohn der 1. Altersgruppe. Eine solche weitere Unterscheidung ist unbedingt notwendig, denn durch die ganz geringen Löhne der jungen Leute von 16-20 Jahren wird der Ortslohn für alle Arbeiter unter 18 Jahre herabgedrückt. Die Folge davon ist eine schwere Schädigung der verheirateten Arbeiter, für die sich die Höhe der ihnen zustehenden Unterstützung nach dem Ortslohn richtet. Genosse Hoch, der den Antrag begründete, sprach die Hoffnung aus, daß dieser Antrag in der Kommission einstimmig angenommen werde, da doch keiner der Herren eine solche gar nicht zu rechtfertigende Schädigung verheirateter Arbeiter noch länger zulassen werde.

Es kam aber anders. Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten sich gegen den Antrag, weil sie die Notwendigkeit nicht anerkannten, die verheirateten Arbeiter vor der Schädigung zu bewahren.

Das Zentrum konnte nicht bestritten, daß der Antrag der Sozialdemokraten berechtigt ist. Es schlug aber vor, daß die Altersgrenzen etwas anders gebildet werden, nämlich 14-16, 16-21, über 21 Jahre. Diese Veränderung wurde dann auch gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Außerdem schlugen die Sozialdemokraten den Zusatz vor: Als Ortslohn darf für männliche Personen über 20 Jahre nicht weniger als 3 M., für weibliche Personen über 20 Jahre nicht weniger als 2 M. festgesetzt werden. Für diesen Zusatz trat aber außer den Antragstellern nur der Pole ein. Genosse Rolfe äußerte zwar, daß der Betrag gewiß nicht zu hoch sei. Im Agrarischen Handbuch werde genau vorgerechnet, daß eine Tagelöhnerfamilie in Klein-Spiegel, Besitz des Freiherrn von Wangenheim, 2009,40 M. Jahreseinkommen habe. Trotzdem bekämpften auch die Agrarier den Antrag der Sozialdemokraten.

Als Beschäftigungsort gilt nach der Vorlage der Ort, an dem die Beschäftigung tatsächlich stattfindet. Hier von sind mehrere Ausnahmen zugelassen für solche Arbeiter, die zeitweise außerhalb des Ortes beschäftigt werden, an dem der Betrieb seinen Sitz hat, Monteur usw. Für Versicherer, die an einer festen Arbeitsstätte (Betrieb, Dienststätte) beschäftigt werden, soll diese als Beschäftigungsort gelten, auch während die Versicherten außerhalb für den Arbeitgeber einzelne Arbeiten von geringer Dauer ausführen. Das Gleiche gilt für Versicherte, die von einer festen Arbeitsstätte aus nur mit einzelnen Arbeiten wechselnd in Bezirken verschiedener Orts- oder Landkantonen beschäftigt werden. Es gilt endlich für Versicherte, die nur für einzelne Arbeiten außerhalb der festen Arbeitsstätte angenommen sind, sofern diese und ihr Arbeitsort im Bezirke desselben Versicherungsamtes liegen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden die gesperrt gedruckten einschränkenden Worte gestrichen, um, wie Genosse Robert Schmidt nachtrug, diesen Arbeitern die Mitgliedschaft in der Krankenkasse an ihrem Wohnort unbedingt zu sichern.

Wenn eine Frau in dem Geschäft ihres Mannes oder der Mann in dem Geschäft seiner Frau beschäftigt ist, dann soll nach der Vorlage der Beschäftigte nicht versicherungspflichtig sein. Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in diesen Fällen die Versicherungspflicht nicht ausgeschlossen sein soll. Der Antrag wurde mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gaben hier wieder die Zentrumsabgeordneten.

Dagegen wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, daß andere Verwandtschaftsgrade zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Versicherungspflicht nicht ausschließen.

Darauf wurde mit der Beratung des 2. Buches, mit dem über die Krankenversicherung, begonnen. Der Entwurf schreibt die Versicherungspflicht im allgemeinen für die Personen vor, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden. Jedoch sollen Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen und andere Angestellte, die mit einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit berufsmäßig beschäftigt werden, nur dann versicherungspflichtig sein, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt.

Die Sozialdemokraten beantragten die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Lehrlinge, die ohne Entgelt beschäftigt werden und auf die selbständigen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen unter 5000 M. Ebenso forderten sie, daß für die Betriebsbeamten usw. die Versicherungspflicht bis zum Jahresgehalt von 5000 M. ausgedehnt wird.

Morgen Fortsetzung.

Verteidigung von Amts wegen.

Zu einer prinzipiell wichtigen Debatte kam es in der Justizkommission beim Beginn der Dienstag-Sitzung. Anlaß dazu gab ein Antrag Gröber, als § 127a folgende Bestimmung in die Straf-Prozess-Ordnung aufzunehmen: „Der in Untersuchungshaft befindliche Beschuldigte darf in Beziehung auf die zur Untersuchung stehende Tat nur durch den Richter vernommen werden.“ Durch diesen Antrag sollte der Schutz des verhafteten Beschuldigten vermehrt werden. Die Regierung wollte von dem Antrag nichts wissen, erst aus sachlichen Gründen, später aus Bedenken formaler Natur. Noch größer als die Regierungsvorworte wendeten sich ein nationalliberaler und antielementarischer Redner gegen den Antrag. Letzterer sah in dem Antrag nur ein Mißtrauen gegen die Staatsanwaltschaft, und zur Ver-

teidigung dafür kündigte er Anträge an, die sich gegen die Rechte der Verteidigung richten sollten. Von unseren Genossen wurde im Falle der Ablehnung des Antrages Gröber verlangt, die Garantien der richterlichen Vernehmungen auf staatsanwaltliche und polizeiliche auszuweiten. Schließlich wurde der Antrag Gröber mit 15 gegen 10 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Antisemiten, Konservativen, Nationalliberalen und Reichsparteiler.

Beim § 129, der u. a. bestimmt, daß ein Verhafteter u. d. r. zugleich dem nächsten Amtsrichter vorzuführen ist, beantragten die Sozialdemokraten, zu bestimmen, daß, wenn die Einlieferung verzögert wird, der an der Verzögerung die Schuld tragende Beamte dem Verhafteten gegenüber haftpflichtig ist. Der Staat hat für die Entschädigung zu haften. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen unserer Genossen und der Stimme des Abg. Träger abgelehnt.

Die §§ 130 bis 136 wurden unbenutzt angenommen. Damit war der achte Abschnitt erledigt.

Der Abschnitt 9 handelt von der Verteidigung, und § 138 bestimmt, daß als Verteidiger Rechtsanwält, die bei einem deutschen Gericht zugelassen sind, oder Rechtslehrer einer deutschen Hochschule gewählt werden können. Auch kann das Gericht andere Personen als Verteidiger zulassen. Auf eine Anfrage unserer Genossen — die prinzipiell für die völlige Freilassung der Ausübung der Verteidigung durch jedermann eintreten —, ob unter „anderen Personen“ auch Frauen gemeint sind, erklärten im Namen der Regierung der Geheimen Regierungsrat Wunder und v. Tischen-dorf, daß selbstverständlich auf Grund dieser Bestimmung auch weibliche Personen zur Verteidigung zugelassen werden können. Öffentlich machen die Gerichte von diesem Recht künftig den weitgehendsten Gebrauch; denn auch von den Regierungsvorstellern wurde anerkannt, daß insbesondere in dem Verfahren vor dem Jugendgericht Frauen als Verteidigerinnen nur zu begrüßen seien. In Vertretung eines Rechtsanwalts kann auch ein Rechtskundiger die Verteidigung führen, der die erste Prüfung im höheren Justizdienst bestanden hat und bereits ein Jahr in ihm beschäftigt gewesen ist. Nach dem bestehenden Recht waren zwei Vorbereitungsjahre erforderlich. Ueber diese Neuerung entspann sich eine längere Debatte. Die Kommission entschloß sich für ein Jahr Vorbereitungsdiens.

Nach dem § 139 muß dem Angeeschuldigten von Amts wegen ein Verteidiger gestellt werden, wenn die Sache vor dem Schwurgericht und vor dem Reichsgericht als erste Instanz verhandelt wird, oder auf Antrag, wenn die Tat ein Verbrechen darstellt und das Landgericht als erste Instanz zuständig ist. Dazu lag ein Antrag Gröber vor, daß dem Angeeschuldigten auf seinen Antrag auch dann ein Verteidiger zu stellen ist, wenn der Angeeschuldigte wegen eines Vergehens in Untersuchungshaft genommen ist. Ein polnischer Antrag wollte diese Bestimmung auch auf die Fälle ausdehnen, bei denen den Umständen nach auf eine Freiheitsstrafe von über ein Jahr zu erkennen sein wird. Unsere Genossen sprachen sich vor allen Dingen für den Antrag Gröber aus, denn er ist eine Wiederholung eines sozialdemokratischen Antrages, der zum § 116 gestellt und von der Kommissionsmehrheit abgelehnt war. Heute nahm die Kommission den Antrag gegen die Stimmen der Antisemiten, Konservativen, Nationalliberalen und Reichsparteiler an.

Aus der Partei.

Der separatistische Aufzug.

In der Generalversammlung des Wahlvereins „Vorwärts“ in Koblenz kam Genosse Viktor Adler auch auf den unersäglichen Kampf zu sprechen, den die tschechischen Separatisten gegen die Einheit der Gewerkschaftsorganisation angezettelt haben. Adler führte aus:

Im Hintergrund jeder politischen Frage steht in Oesterreich der nationale Krieg (Zwischenruf: Weider!), leider in einem Umfang, der alles Vorwärtskommen lähmt, jede parlamentarische Tätigkeit, jede Reform auf das Schwerste behindert und der vorläufig eine Aussicht auf Beilegung noch lange nicht bietet. Wenn ich davon spreche, so kann ich nicht an den Tatsachen vorbeigehen, die nun unsere tschechischen Genossen so erzeugen. In dem Bewußtsein, daß die Klasseninteressen der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation dieselben sind, haben wir im Parlament den einheitlichen sozialdemokratischen Verband und führen den einheitlichen politischen Klassenkampf. Das hindert natürlich nicht und hat nie gehindert, daß die speziellen Interessen eines Volkes von den Angehörigen dieses Volkes geltend gemacht werden, und auf politischem Gebiet, in der politischen Organisation haben wir diesem Bedürfnis nach einer autonomen Organisation bis aufs äußerste entsprochen und mit großem Erfolg. Wir haben unsere Organisation, die politische, die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche, eingerichtet nach den Bedürfnissen und den speziellen Zwecken, denen die einzelnen Organisationen dienen sollen. Für die politische Organisation wählen wir darum die Autonomie, weil es politische Fragen gibt, die von den einzelnen Nationen verschieden aufgeführt und behandelt werden können; für die wirtschaftliche Organisation wählen wir aber die zentralistische Form; denn der gewerkschaftliche Kampf des Proletariats verlangt seiner Natur nach eine einheitliche Organisation und es ist einfach wider die Natur des wirtschaftlichen Kampfes, ihn durch national getrennte Organisationen zu führen. Es ist wider den Zweck dieser Organisationen und wenn nun zu unserem großen Bedauern innerhalb der tschechischen Parteigenossen da ein Widerspruch aufsteht, dann bedauern wir das nicht als Deutsche, die dadurch etwa als Deutsche national geschädigt würden, sondern darum, weil das Klassenbewußt empfindende Proletariat in seinem Klasseninteresse geschädigt wird.

Nicht und Deutschen geht man ans Leben, wenn man die zentralistische internationale Gewerkschaft zerstört, sondern den gewerkschaftlichen Kampf trifft man in seinem Kern, wenn man das Prinzip, aus dem der gewerkschaftliche Kampf allein hervorgehen kann, wenn man die Einheit dieses Kampfes zerstört und hier trennt, was der Natur der Sache nach nur vereint wirksam kämpfen kann. (Beifall.) Daß es sich hier um einen Konflikt zwischen Tschechen und Tschechen handelt, geht schon daraus hervor, daß die tschechischen Gewerkschaften selbst getrennt sind in zentralistische und separatistische. Wir Deutschen sind dabei gewiß in der schwierigsten Lage, schon darum, weil wir das Bedürfnis haben, mit der gesamten tschechischen Partei solidarisch und in brüderlicher Einheit vorzugehen. Mit solcher Beugung können wir auch sagen, daß wir niemals Anlaß gegeben haben, sich über Einseitigkeit von uns mit Recht zu beschweren. Aber was können wir nun tun, wenn in die Gewerkschaften selber ein solcher Keil hineingetrieben wird? Ich bitte Sie, beharren Sie sich bei all diesen Dingen die mögliche Kaltblütigkeit, Besonnenheit und, ich gehe noch weiter, Nachgiebigkeit. Bedenken Sie, daß wir Deutschen in der günstigeren Lage sind; in unserem Hause brennt es nicht. Aber nicht bloß für uns brauchen wir Bestand und Ruhe, auch für die Tschechen. Wir haben die Funktion, den Kopf offenzuhalten und möglichst milde einzugreifen, und ich bin überzeugt, daß die tschechischen Genossen, die heute die höchsten Separatisten sind, zurückkehren werden zur zentralistischen Form der Gewerkschaften, weil sie erlitten werden, daß sie in der Natur der Sache liegt. Weider vielleicht erst nach langen Irrtümern. Wir wollen aber hoffen, daß es möglichst bald geschehe. (Beifall.)

An das Referat schloß sich eine längere Debatte. Genosse Schramm erklärte, Dr. Adler ganz beizustimmen, soweit es sich um Kaltblütigkeit und Besonnenheit handle; in der Nachgiebigkeit könne er ihm aber nicht folgen. Die Natur des gewerkschaftlichen Kampfes erheischt Einheitlichkeit und Zentralisation, und da gibt es keine Nachgiebigkeit. — Abgeordneter Böcker erklärte, daß die deutsche politische Organisation den Tschechen soweit als möglich entgegenkomme, und er konstatierte besonders, daß kein tschechischer Arbeiter beeinflusst wird, dem deutschen Wahlverein beizutreten.

Gewerkchaftliches.

Die Bauunternehmer zu den Einigungs-vorschlägen.

Auf der Konferenz der Bauunternehmer in Leipzig hat es sich größere Schwierigkeiten gemacht, bis ein Beschluß über die Einigungsvorschläge der Unparteiischen gefaßt werden konnte. Obgleich vereinbart war, daß bis 9 Uhr abends dem Reichsamt des Innern das Abstimmungsresultat der Parteien zugehen sollte, lief dort doch erst kurz vor 10 Uhr abends von den Unternehmern die Mitteilung über die Annahme der Vorschläge ein. Die Unternehmer hatten folgende Resolution gefaßt:

Der Deutsche Arbeitgeberbund steht in den von den Unparteiischen gemachten Vorschlägen keine die Arbeitgeber voll befriedigende Lösung der Tarifabschlusfrage. In Anbetracht dessen aber, daß die gewählte Form einen Fortschritt auf dem Wege zum erstrebten Reichsamt bedeutet und die vorgeschlagene Lösung des Hauptvertrages und der Lokaltarife aus den protokolllarischen Erklärungen und Erläuterungen erhellen läßt, daß der von den Arbeitgebern erstrebte dreijährige Friede tatsächlich gewährleistet wird, erklärt er sich mit den Vorschlägen einverstanden. Die Versammlung nimmt die Vorschläge der Unparteiischen an unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß sie auch von den Arbeitgebern bedingungslos angenommen werden.

Mit der Annahme des Vertragsmusters der Unparteiischen ist der erste Teil der Tarifbewegung beendet. Der zweite Teil beginnt nun mit der Festsetzung der Löhne an den einzelnen Orten und bei Zulassung der Akkordarbeit mit der Aufstellung von Akkordtarifen.

Bekanntlich haben die Bauarbeiter beim letzten Tarifabschluß und während der Zeit der Krise wenig oder keine Lohnerhöhungen bekommen. Der Lebensunterhalt ist aber in der Zeit gewaltig verteuert worden. Es wird also hier von der Einsicht der Unternehmer abhängen, die berechtigten Forderungen auf Lohnerhöhung für die Arbeiter anerkennen. Dazum wird bei den Unternehmern oftmals hapern. Die Festsetzung der Löhne wird also nicht so glatt gehen.

Kommt keine Einigung in der Lohnfrage drüßig zustande, so entscheidet das Tarifschiedsgericht, das zu gleichen Teilen aus Unternehmern, Arbeitern und Unparteiischen zusammengesetzt ist.

Erst nach endgültiger Erledigung der Lohnfrage kann dann von einem Frieden im Baugewerbe geredet werden.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holzbildhauer bei der Firma Reumann u. Bunar am Rauter Platz stand in einer am Montag im Gewerkschaftshause tagenden Branchenversammlung der Holzbildhauer zur Erörterung. Kampf schilderte im Auftrage der Branchenkommission die Entstehungsgeschichte des Konfliktes. Danach waren die Holzbildhauer schon im Frühjahr beim Einsetzen des besseren Geschäftsganges im Gewerbe bestritt, in allen Betrieben auf die seit Jahren konstant gebliebenen Lohnverhältnisse einzurufen, um ihre durch die gesteigerte Lebenshaltung ungünstig beeinflusste wirtschaftliche Lage zu verbessern. Es gelang auch in fast allen Betrieben, auf friedlichem Wege Lohnerhöhungen durchzusetzen. Bei der Firma Reumann u. Bunar war jedoch der Geschäftsgang noch ein zu schleppender; erst Mitte April trat eine Besserung darin ein, die sofort zum Vorgehen gegen die Firma benutzte wurde, um die dort noch außerordentlich niedrigen Löhne zu erhöhen. Anstatt die minimale Forderung einer Lohnerhöhung von 5 Proz. zu bewilligen, glaubte die Firma ihre Arbeiter verhöhnen zu dürfen, denn nicht anders könne das gemachte Zugeständnis von 2 Pf. Lohnaufschlag pro Stunde vom 1. Oktober d. J. ab aufgehoben werden. Die Arbeiter kamen um des lieben Friedens willen der Firma bis auf 3 Pf. für die Stunde per sofort entgegen. Die Firma lehnte es jedoch ab, darauf einzugehen. So kam es am 28. Mai zur Arbeits Einstellung der dort beschäftigten 12 Arbeiter. Da die Firma keinen Ersatz für die Ausständigen erhalten konnte, annoncierte sie noch kleinen selbständigen Holzbildhauern, die die Ausführung der Arbeiten in eigener Werkstatt übernehmen sollten. Hilfsbereit sprangen auch einige solcher Kleinhändler der Firma bei. Es legten dieserhalb auch die bei dem Holzbildhauermeister Kühne mund beschäftigten drei Arbeiter die Arbeit nieder, während es den beim Meister Kerner beschäftigten Arbeitern gelang, ihren Arbeitgeber zur Zurückgabe der Streikarbeit zu veranlassen. Dabingegen haben es der Kleinmeister Bergmann in der Oranienstraße, der Bildhauermeister Kampf und der Bildhauermeister Breittopf in Rixdorf, ein besonders frömmelnder christlicher Bruder, der zudem durch seine Lehrlingsausbildung eine gewisse Verühmtheit erlangt hat, vorgezogen, den Ausständigen in den Rücken zu fallen. Alle Versuche der Streikleitung, diese Herren von ihrem Tun abzubringen, scheiterten an dem bei ihnen ausgeprägten Mangel an Solidaritätsgefühl. Aber trotz dieser „Ausreißer“ wird die Firma Reumann u. Bunar ihre ausständigen Arbeiter nicht lange erdulden können. Schon am Montag machte sie den erneuten Versuch einer Verständigung mit denselben. Sie erklärte sich bereit, die 2 Pf. Zulage pro Stunde nunmehr sofort zu zahlen, doch war auch dieses Zugeständnis zu gering, um die Zustimmung der Arbeiter zu finden. Bei dieser Verhandlung gaben die Firmeninhaber ihrer Entrüstung über die an diesem Tage im „Vorwärts“ erschienene Notiz über den Streik in heftigen Worten Ausdruck. Man müsse sich darüber wundern, meinte der Referent, welche Rücksichtnahme die gegen ihre Arbeiter so rücksichtslos vorgehende Firma von ihren Arbeitern im Kampfe erwartet. Die Diskussionredner waren sich allesamt einig in der Verurteilung des Verhaltens der Firma Reumann u. Bunar, während das Vorgehen der streikenden Arbeiter allgemeine Sympathie und Anerkennung fand.

Buchbinder, Steinarbeiter, Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen! Die Firma H. Büchner, Apparate- und Maschinenbau, Belle-Alliancestr. 96, ist wegen Reduzierung der Akkordpreise bis zu 33 1/2 Proz. gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinarbeiter und Bauarbeiter aller Berufe! Die Firma Gebr. Friesede, Kunstseifenfabrik, hat sich immer noch nicht entschließen können, in ein Tarifvertragsverhältnis mit uns zu treten, obgleich die angeblichen Differenzpunkte im Interesse eines friedlichen Abschlusses der Bewegung von uns beiseite gelassen waren. Bestärkt wird die Firma in ihrem Verhalten durch eine Anzahl Streikbrecher, mit deren Hilfe sie imstande ist, die notwendigen Arbeiten fertig zu stellen. Wir weisen erneut darauf hin, daß sämtliche Steinarbeiten der Firma Gebr. Friesede gesperrt sind, und bitten sämtliche Bauarbeiter, zur Wirksamkeit der Sperre beizutragen. Zweckdienliche Meldungen sind zu richten an das Verbandsbureau, Sendestr. 30, Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer! Herr Töpfermeister Heide, welcher wegen Nichterhaltung des Tarifes und Beschäftigung von Wilden gesperrt werden mußte, verlangt im „Vorwärts“ die Erklärung, daß er keine Wilden beschäftige, sondern daß der Bauer diese eingestellt und er, Heide, mit dem Bau nichts mehr zu tun habe.

Hierzu haben wir zu erklären: Entweder ist die Heidesche Erklärung unrichtig, oder der Herr arbeitet nun selbst als Arbeiter auf dem Bau und ist demnach ebenfalls Sperrbrecher, denn er hat am letzten Sonnabend, den 4. Juni, wieder die Löhne an die Töpfer ausgezahlt und auch noch nach Behängung der Sperre von dem Töpfermeister Kiesel vom Nebenbau Kachelzeug für den gesperrten Bau besorgt.

Die Firma Heide selbstständig gesperrt, und somit der Bau Carmen-Straße, Ecke Straße 32a, Bauunternehmer Heide u. Heide.

Weiter geben wir bekannt, daß sich die Kollegen des Innungsbezirks Alt-Landsberg in der Lohnbewegung befinden. Bei einigen Firmen stehen schon Differenzen bevor. Die Kollegen seien deshalb davor gewarnt, im dortigen Innungsgebiet in Arbeit zu treten. Einige Anfragen und Auskünfte darüber im Berliner Filialbureau, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Zimmer 50, Telefon Amt 4, Nr. 9897. In Frage kommen die Orte an und um der Ostbahn bis Nohmsdorf, an der Wriezener Bahn bis Wernuchen, und Herzfelde und Müdersdorf.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Deutsches Reich.

Der Buchbinderverband im Jahre 1909. Aus dem Bericht des Buchbinderverbandes für das verflossene Jahr geht hervor, daß dieser Verband zu den auserwählten gehört, die während der verflorenen Krise und ihrer Nachwehen nicht nur keinen Verlust, sondern einen ansehnlichen Gewinn zu buchen hatten. Schon während des schlimmsten Krisenjahres, als viele Gewerkschaften an Mitgliedern verloren, gewann der Buchbinderverband über 350 neue, und 1909 kamen weitere 1567 hinzu, so daß er am Schlusse 1909 im ganzen 23 914 Mitglieder zählte, darunter 10 228 weibliche, die sich auf 110 Zahlstellen verteilen. Eingetretten sind im letzten Jahre 4727 weibliche und 3560 männliche Mitglieder. Die gesamten Einnahmen des Verbandes belaufen sich auf 634 857,03 M. (ausschließlich der Lokalkassen). Das sind 46 509,19 M. mehr als 1908. Von den Ausgaben entfallen die meisten auf die Arbeitslosenunterstützung, nämlich für 3858 Personen mit 117 188 Tagen 126 042,77 M. Ferner wurde gezahlt an männliche Mitglieder zum ersten Male Krankenunterstützung, und zwar insgesamt an 4807 Mitglieder für 116 009 Tage 71 223,90 M., an die weiblichen Mitglieder wurden bezahlt an 2244 Personen für 64 381 Tage 29 921,00 M. Für Streiks und Lohnbewegungen, Ausperrungen usw. wurden ausgegeben 16 539,71 M., für Gemahregelungenunterstützung 5921,70 M., für Rechtschutz usw. 282,07 M., Jugendunterstützung 2937,50 M., für Hinterbliebenenunterstützung 2816 M., insgesamt (ohne Streikausgabe) 210 237,94 M. an Unterstützungen der Mitglieder, das sind 45,7 Proz. aller Einnahmen. Schließlich wurden ausgegeben für Agitation 15 415,91 M., für Unterrichtskurse an zwei Kollegen 344,60 M., für Verwaltungsstellen persönlicher Art 35 448,84 M., sächlicher 9782,80 M. An die Generalkommission zahlte der Verband 3122,40 M., für den schwebenden Generalstreik 3000 M., die „Buchbinder-Zeitung“ kostete 1909 30 386,91 M. Das Gesamtvermögen betrug am Jahreschlusse 549 474,80 M. oder pro Mitglied 24,29 M.

Der Bericht nennt das finanzielle Ergebnis des Jahres befriedigend: „Könnte doch das Vermögen des Verbandes, soweit die Zentrale als solche anbelangt, von 225 665,44 M. auf 385 526,02 M. erhöht werden, was eine Zunahme von 159 860,58 M. bedeutet. Dazu die Lokalkassen mit 30 000 M.“

Von greifbaren Erfolgen zählt der Bericht eine ganze Anzahl auf; u. a.: 4042 Mitglieder waren an den Lohnbewegungen (fünf Streiks in 43 Orten) beteiligt, 4099 davon erreichten ihre Forderungen ohne Streik, dabei wurden für 3420 Personen Tarifverträge abgeschlossen. Es wurde, wie an Tabellen illustriert wird, erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1374 Personen um 2710 Stunden pro Woche, eine Lohnerhöhung für 2021 Personen um 2148 Mark pro Woche. Ferner wurden abgemindert Lohnkürzungen bei 42 Personen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei 62 Personen. Die Gesamtausgabe dafür betrug 15 164 M. In den letzten fünf Jahren hat der Verband den Mitgliedern erlangt eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 030 188 Stunden und eine Lohnerhöhung von 845 200 M., davon für 1909 140 920 Stunden und 111 006 M. für 1674 Betriebe mit 20 982 Personen sind jetzt Tarife abgeschlossen. In den nächsten Tagen tritt in Erfurt der 11. Verbandstag dieses Verbandes zusammen, der sich u. a. beschäftigen wird mit dem weiteren Ausbau des Unterstützungswezens (Einführung einer Invalidenunterstützung), mit der Organisation der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, denen eine Beitragsklasse geöffnet werden soll, mit der Frage der eventuellen Gründung eines graphischen Industrieverbandes. Im Anschluß an den Verbandstag, der vom 13. bis 20. Juni togen wird, findet die zweite internationale Konferenz der Buchbinderverbände statt. Inzwischen hat das neue Jahr wieder neue Erfolge gebracht. Die Mitgliederzahl ist inzwischen um weitere 1200 gestiegen, so daß der Verband im 25. Jahre seines Bestehens rund 25 000 Mitglieder zählt.

Achtung, Horner! 23 Horner der Firma Romnick in Elbing sind wegen Akkordbühge in den Streik getreten. Zugut ist fernzuhalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Hustand. Drohender Eisenbahnrausstand in Frankreich. Dem „Petit Parisien“ zufolge steht ein großer Ausstand der Eisenbahner, speziell der Eisenbahner der Nordbahnen, bevor. Die Lokomotivführer und Heizer dieser Gesellschaft haben sich in einer Massenversammlung zugunsten dieses Ausstandes geäußert. Ein Anschluß der Angestellten, der Lokomotivführer und Heizer ist von der Direktion der Nordbahnen empfangen worden. Die Deputierten unterbreiteten ihre Forderungen und Wünsche. Unter diesen Forderungen befindet sich als wichtigste an erster Stelle eine namhafte Lohnerhöhung. Die Direktion hat schroff und ohne sich in Unterhandlungen einzulassen, diese Forderungen der Eisenbahner rundweg abgelehnt. Die Pariser Gruppe der Eisenbahner hielt hierauf sofort eine Sitzung ab, in welcher nach erregter Debatte mittels verbeßter Stimmzettel der Ausstand befürwortet wurde. Daraus wurde die Einstellung der Arbeit einstimmig beschlossen. Die Streikleiter wurden beauftragt, das Datum für das Inkrafttreten des Ausstandes festzusetzen. Andererseits beabsichtigt der Verband der Lokomotivführer und Heizer, den Gesamtausstand der Eisenbahner zu betreiben.

Es wurde ferner beschlossen, das nationale Syndikat der Eisenbahnangestellten solle ersucht werden, sich gegebenen Falles dem Ausstand anzuschließen. Nach Beendigung der Versammlung zogen etwa 1600 Bahnangestellte vor den Nordbahnhof und sangen dort die Internationale. Die Manifestanten wurden durch Schutzleute auseinandergetrieben.

Agitation der römischen Bildhauer. Rom, den 4. Juni 1910. (Eig. Ber.) Die römischen Bildhauer haben eine Agitation gegen die gesundheitschädlichen pneumatischen Hämmer eingeleitet. Bei dieser Bewegung steht ihnen als mächtiger Schutz eine Enquete des Reichsarbeitsamtes zur Seite, aus der hervorgeht, daß für einen Teil der Arbeiter der Gebrauch des pneumatischen Hammers in hohem Maße erschöpfend und aufreibend ist. Die Bildhauer haben daher alle die Werkstätten boykottiert, die diese Hämmer verwenden.

Protest der Vereine und Organisationen gegen die Luftbarkeitssteuer. Die vom Berliner Magistrat in Vorschlag gebrachte Luftbarkeitssteuer hat in den Kreisen der Interessenten aller Art, namentlich auch der Vereine und Organisationen, die davon betroffen würden, gewaltige Entrüstung hervorgerufen. Das konnte man gestern abend in der öffentlichen Protestversammlung wahrnehmen, zu der sich die Vorstände von Organisationen, Vereinen und Korporationen der verschiedensten Art in Fröhers großem Saal zusammengefunden hatten. Der Stadtverordnete Hugo Heimann referierte und be-

leuchtet den ungeheuerlichen Plan des Magistrats nach allen Seiten. Der Redner zeigte, wie diese Vorlage, die den Stadtverordneten ohne jede Begründung zugestellt wurde, neben allem anderen auch die Kunst- und Bildungsbefreiungen auf das schwerste treffen muß, so daß sie eminent kulturfeindlich wirken muß. Geht dies doch sogar so weit, daß, wie der Oberbürgermeister Reide dem Redner gegenüber erklärte nach dem Wortlaut der Vorlage auch die Ausstellungen für künstlerischen Wanderschmuck im Gewerkschaftshause, die bestimmt sind, die geschmacklosen Oeldrucke und dergleichen Schund aus den Wohnungen zu verdrängen, von dieser Steuer betroffen würden. Daß die Steuer viele Lokalbesitzer ruinieren muß, daß die Vergünstigungen und sonstigen Veranstaltungen aus Berlin nach den Vororten verdrängt werden, die sich dann natürlich um so mehr hüten werden, dem abschreckenden Beispiel Berlins zu folgen, legte der Redner ebenfalls ausführlich dar. Er schloß seinen inhaltreichen Vortrag mit den Worten, daß die sozialdemokratische Fraktion alles aufbieten werde, damit dieses Schicksal einer Steuervorlage auf Nimmerwiedersehen verschwinde, daß aber, wenn diese Kämpfe Erfolg haben sollen, sie von einem Sturm der Entrüstung aus den Kreisen der Interessenten unterstützt werden muß.

Nach dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, kamen in großer Zahl die Vertreter der verschiedenen Vereine und Interessentengruppen zum Wort und legten, jeder in seiner Weise, dar, welche unglücklichen Folgen diese Vorlage haben muß, wenn sie wirklich durchgeführt werden sollte. Der Besitzer eines Kinematographentheaters wies zahlenmäßig nach, wie der größte Teil der Unternehmungen gänzlich ruiniert werden muß, weil in manchen Fällen die Steuer, die der Magistrat verlangt, kaum durch die nackten Einnahmen zu decken sein wird. Da kann man es verstehen, wenn der Mann die Vorlage „bidsinnig“ nannte. Ein Vertreter der Zivilmusiker schilderte, wie in dem Beruf, dessen Angehörige so schon hauptsächlich infolge der Schmutzkonkurrenz durch die Militärkapelle am Hungertuche nagen müssen, in vielen Fällen erst recht gründlich um ihre armselige Existenz gebracht werden, weil ja die Vereine und Gesellschaften, die ihnen jetzt noch Verdienst bieten, wegen der Steuer auf ihre Mitwirkung verzichten. Dr. Markwald, stellvertretender Vorsitzender der „Neuen freien Volkshöhne“, berechnete, daß dieses Kunst- und Bildungsinstitut allein für das kommende Finanzjahr mit einer Steuersumme von 108 000 M. zu rechnen hätte, wenn die Vorlage angenommen werden sollte, und von der „Freien Volkshöhne“ berechnet er die Steuer für jede Vorstellung auf 110 M. Verglichen mit der Tatsache, daß die Wiener freie Volkshöhne von der österreichischen Regierung eine Subvention von jährlich 3000 Kronen erhält, die demnächst noch erhöht werden wird, erscheint das Vorgehen des Magistrats von Berlin um so schmähtlicher.

Von kleinen Theatervereinen sprachen mehrere Vertreter ihre Erbitterung darüber aus, daß ihr Streben, den ärmsten Leuten für billiges Geld eine Vorstellung zu bieten, ihnen rein unmöglich gemacht werden soll. Von der Bühnengenossenschaft wandte sich der zweite Vorsitzende, Herr Holtzhaus, im Interesse seiner Kollegschaft wie der Theaterunternehmungen, die auch Bildungsinstitute sein wollen und sollen, ganz entschieden gegen den Plan des Magistrats, der die so wie so schon zum größten Teil schwer um ihre Existenz ringenden Schauspieler und auch die Direktoren ihr Dasein noch weit mehr als je in Gefahr bringen muß. Ebenso schilderten für ihre Berufsgruppen Pösch vom Gastwirtsgehilfenverband, Litfin von der Gastwirtsorganisation und andere, wie die Interessen ihrer Kollegschaft aufs Spiel gesetzt werden, wenn der Magistrat mit seiner Vorlage Erfolg haben sollte.

Die Versammlung nahm dann einstimmig folgende Resolution an:

Die Versammlung erhebt den entschiedenen Protest gegen die vom Magistrat Berlin der Stadtverordnetenversammlung unterbreitete Luftbarkeitssteuervorlage. Die Versammlung erklart in dieser Vorlage eine unermeßliche Schädigung aller künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bestrebungen, wodurch besonders die ärmeren Schichten der Bevölkerung schwer getroffen werden. Die Vorlage ist, falls sie Annahme finden sollte, geeignet, die Existenzen interessierter Kreise in hohem Grade zu schädigen und sie völlig dem Ruin preiszugeben. Die Versammlung erwartet daher von der Stadtverordnetenversammlung die einmütige Ablehnung dieser gemeinschädlichen Vorlage.

Es wurde sodann eine Kommission gewählt, die das Material gegen die Magistratsvorlage sammeln und zu einer Denkschrift verarbeiten soll. In der Kommission sind folgende Organisationen und Interessentengruppen vertreten: Die beiden freien Volkshöhnen, die Bühnengenossenschaft, die Gesangsvereine, die Organisationen der Gastwirte, der Verband der Gastwirtsgehilfen, die Gewerkschaften im allgemeinen, die Rauchklubs, die Kinematographenbesitzer, die Musiker, die Tanzmeister, der Radfahrerverband und die sozialdemokratische Partei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Blitz getötet. Weiburg a. Rh. 7. Juni. (W. L. B.) Bei einem heftigen, mit Hagelschlag verbundenen Gewitter wurden drei Feldarbeiter beim Mähen vom Blitz getroffen. Einer war sofort tot, die beiden anderen waren bedäht. — In Lorisdorf fuhr ein Blitzstrahl in ein Haus und tötete ein auf Besuch dort weilendes junges Mädchen.

Opfer seines „Verufs“. Metz, 7. Juni. Generalmajor Rummelsbacher, Kommandeur der 67. Infanteriebrigade, stürzte bei einer Truppenbesichtigung auf dem Übungsgelände Eisenborn so unglücklich, daß er infolge der dabei erlittenen inneren Verletzungen gestorben ist.

Judenverfolgung. Petersburg, 7. Juni. (W. S.) Nach einer Reibung aus Petersburg müssen die aus Kiew ausgewiesenen und in Dorniga übergesteckten Juden laut polizeilicher Anweisung lehteren Ort binnen 4 Tagen wieder verlassen.

Eine Brandkatastrophe. Bialobregzi (Gouv. Radom), 7. Juni. (W. L. B.) Bei einer Feuersbrunst, welche die Synagoge und sechs Häuser zerstörte, sind vier Personen umgekommen. Acht haben schwere Brandwunden erlitten.

Die Erdbebenkatastrophe in Süditalien. Potenza, 7. Juni. (W. L. B.) Im Dorfe San Pele wurden, wie über das Erdbeben weiter gemeldet wird, vier Häuser zerstört und zwei Personen leicht verletzt. In der Nähe dieses Dorfes stürzte ein Haus ein und begrub fünf Personen unter seinen Trümmern. Das Gefängnis in Melisi droht einzusinken.

Berantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 964.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom Dienstag, den 7. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertische: Freiherr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend die

Erhöhung der Krondotation.

(Erhöhung der Zivilliste und Zuschuß zu den königlichen Theatern.)

Abg. v. Seydewitz (L.): Meine politischen Freunde werden ausnahmslos für die Vorlage stimmen. Wir sehen aus der Begründung, daß die Forderung in Anbetracht der Verhältnisse voll begründet ist und halten auch eine Kommissionsberatung für überflüssig. (Bravo! rechts.)

Abg. Friedberg (natl.): Für uns handelt es sich lediglich darum, zu prüfen, ob das Bedürfnis für eine Erhöhung der Krondotation vorliegt oder nicht. Wir glauben, diese Frage bejahen zu müssen. Daß die Lebensverhältnisse überhaupt teurer geworden sind, hat das Haus selbst durch die Erhöhung der Beamtengehälter anerkannt. Auch daß die königlichen Theater bedeutend höhere Aufwendungen erfordern als früher, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Höhe der geforderten Summe scheint uns ausreichend begründet zu sein. Um aber jeden Zweifel darüber auszuschließen, ob diese Erhöhung notwendig ist, beantragen wir die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fischel (fortf. Sp.): Die Beratung der Vorlage im Kreise meiner Freunde hat ergeben, daß auch wir anerkennen, daß gewisse Momente dafür sprechen, daß in eine Erhöhung der Krondotation eingetreten wird. Ob die Vorschläge in einzelnen das Nützliche treffen, kann noch zweifeln begegnen. Was die Erhöhung der Subvention für die königlichen Theater anbetrifft, so meinen wir, daß das Parlament eine gewisse Kontrolle auch über den Betrieb der königlichen Theater gewinnen wird. Wir glauben, daß es durchaus notwendig ist, diese königlichen Theater mehr als es vielleicht in den letzten Jahren der Fall gewesen ist, dem Volke zur Verfügung zu stellen und vorläufige Vorstellungen zu billigen Preisen zu veranstalten. Wir hoffen, daß wenn das Parlament bei der Geldbewilligung mitzusprechen hat, sich auch Gelegenheit bieten werde, die Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Vordränger halte ich eine Kommissionsberatung für notwendig. Einige meiner politischen Freunde haben sich heute noch nicht überzeugen können, daß das vorliegende Material zur Begründung der Vorlage ausreicht, wie wir uns überhaupt unsere Stellungnahme vorbehalten. (Bravo! bei der Fortf. Sp.)

Abg. Dittich (Z.): Meine Freunde sind bereit, die Vorlage zu bewilligen, und wir sind sogar der Meinung, daß bei der Klarheit der Sachlage eine Kommissionsberatung nicht notwendig sein wird. Wir werden uns aber dem Antrag der Nationalliberalen nicht widersetzen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Sedlitz (fr.): Meine Freunde halten die geforderte Erhöhung für notwendig und dringend und wären bereit, für die Vorlage zu stimmen. Wir wollen aber auch einer Kommissionsberatung nicht widersprechen in der Hoffnung, daß dadurch eine größere Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien erreicht wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es werden es wohl begreiflich finden, wenn ich in das allgemeine Harmonienetz, das wir eben gehört haben, nicht einstimmen kann. Ich freue mich im übrigen, heute ein so gut besetztes Haus vorzufinden und hoffe, daß das auch künftig bei den Debatten über Regelung von Arbeiterlöhnen der Fall sein wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage läßt an Kürze, Klarheit und Uebersichtlichkeit nichts zu wünschen übrig. Hier hat einmal die Regierung volle Arbeit gemacht. Die Vorlage und die Begründung ist kurz aber inhaltreich. (Weiterkeit.) Zu den jetzigen 15 719 296 M. sollen 3 1/2 Millionen hinzutreten, sodaß künftig die Zivilliste

19 219 296 M.

betragen wird. Interessant ist vor allem die Art der Einbringung der Vorlage. Die vertraulichen Besprechungen haben im Volke die größte Mißstimmung erweckt. Selbst die „Post“ hat zu der Vorlage geschrieben: „Daß die Forderung einer be-

trächtlichen Erhöhung der Zivilliste im gegenwärtigen Augenblick vom politischen Standpunkt aus nicht weniger als erwünscht erscheint, unterliegt keinem Zweifel. Die agitatorische Ausnutzung dieser Erhöhung der Zivilliste wird sich die Sozialdemokratie nach Möglichkeit angelegen sein lassen — Wir wären ja Karren, wenn wir es nicht läden. — Das ist im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zweifellos schädlich. Es wäre daher im Interesse der Krone selbst sicher sehr viel besser, wenn zurzeit von einer Erhöhung der Zivilliste Abstand genommen würde.“ Zum Schluß heißt es dann, daß die in den Beratungen der Vertrauensmänner oder Fraktionen von der Regierung beigebrachten Daten keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß die Erhöhung dringend notwendig sei. Wenn hier von beigebrachten Daten die Rede ist, so sind solche in der Vorlage nicht zu finden. Wenn sie lediglich in vertraulichen Briefen bekannt gemacht worden sind, so ist das ein Verfahren, das mit der Verfassung in Widerspruch steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zuerst beschuldigt man sogar, die Vorlage ohne Kommissionsberatung anzunehmen. Ich glaube, daß die Nationalliberalen zu ihrem Antrag auf Kommissionsberatung nicht in letzter Linie durch die im Ausicht stehenden Reichstagswahlen veranlaßt wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen sind nach der Verfassung alle Abgeordneten gleich zu behandeln. Wir mögen Ihnen un bequem sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen und deshalb müssen wir uns entschieden gegen solche

vertraulichen Besprechungen

verfahren. Die Regierung hat vor dem ganzen Hause oder in der Kommissionsberatung den Nachweis der Notwendigkeit der Vorlage zu erbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale „Hamburgische Korrespondent“ schrieb: „Es liegt in der geheimen Sondierung der Parteien etwas einer starken Regierung Unwürdiges“. Sehr richtig schrieb der „Hannoversche Volksbote“: „Die gescheitliche Umgehung der sozialdemokratischen Abgeordneten — und ich kann wohl annehmen, auch der Polen und Dänen — ist gleichbedeutend mit einer geringfügigen Weiteiterschließung jener breiten Volksmassen, die hinter der Sozialdemokratie stehen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die „Eile“, mit der diese Vorlage beraten wird, muß vor dem Hause festgenommen werden. Die Vorlage war dem Hause noch gar nicht zugegangen, als die bürgerlichen Fraktionen schon ihre Verhandlungen abließen, und es ist sogar ein

Schweigegeld

ergangen, damit über die Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit dringt. Geßelt ist das ja nicht. Daß die freisinnige Volkspartei dabei mitgemacht hat, wird ihr bei den kommenden Wahlen sehr un bequem werden. Als 1899 Bismarck eine solche Erhöhung beantragte, stimmten noch neun Freisinnige dagegen; diesmal wird sich wohl die Zahl auf zwei vermindern. (Zuruf.) Auf einen hoffe ich jedenfalls bis jetzt noch. (Weiterkeit.) Sonnabend nach mittag erhielten wir die Vorlage und heute wird sie bereits verhandelt. Bei der Einlösung des Versprechens einer Fortentwicklung des Wahlrechts hat man es nicht so eilig gehabt. Man fürchtet in diesem Falle wahrscheinlich die unangenehme Kritik, die Bewegung im Volke gegen diese abermalige Verwilligung von 3 1/2 Millionen. Derselbe Ministerpräsident, der es nicht fertig gebracht hat, auch nur ein organisch fortentwickeltes Wahlrecht, das die Krone als wichtigste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet hat, durchzuführen, wagt es, kaum acht Tage nach der Verschönerung der Wahlrechtsmischgeburt an das Volk diese geradezu ungeheuerliche Zumutung zu stellen nach dem Motto:

Steuern zahlen — Maul halten.

Schon vor zwei Jahren war davon die Rede, die Zivilliste um eine Million zu erhöhen. Aber es kam nicht zu der Vorlage; die einen behaupten, weil die Absicht zu früh aus Tageslicht gekommen war, die anderen, weil einige Sozialdemokraten in dieses Haus eingezogen waren. Damals verwies die „Königliche Volkszeitung“ darauf, daß der alte Kaiser Wilhelm mit 12 1/2 Millionen ausgenommen sei. Sein Enkel bezog über eine Viertelmilliarde. Sie schrieb: „Wenn unsere Hofhaltung weniger prunkvoll und kostspielig wäre, so wäre das kein Schade, schon wegen des tonangebenden Beispiels. Die recht kostspielige kaiserliche Sommerreise auf Korsika sprach am besten gegen den Plan. Aber man erinnert sich auch der Seltsamkeit und der Schlichtheit der Reisen des alten Kaisers und der Ansicht, daß die Abwesenheit des Herrschers vom Siege der Politik ihr

tätig, die während des letzten halben Jahres 740 verschiedene Erdschütterungen nachgewiesen haben. Dieses Ergebnis zeigt, daß Chile als Erdbebenland kaum hinter Japan zurücksteht, welches in dieser Hinsicht am meisten zu leiden, dafür aber auch am frühesten eine regelmäßige Erdschütterung eingeführt hat. In der Hauptstadt von Chile ist noch ein besonderer Apparat aufgestellt worden, der durch elektromagnetische Wellen beeinflusst wird und dazu dienen soll, Warnungen vor herannahenden Erdbeben zu erteilen. Diese Anlage ist die erste ihrer Art, und von ihrer Verwahrung wird daher die Entscheidung zunächst abhängen, ob eine Voraussage von Erdbeben in dem angeordneten Sinne möglich ist oder nicht. Sonst werden als Erdbebenapparate solche von deutschem und japanischem Muster verwandt.

Humor und Satire.

Schweigegold.

Fast hielt er Reden unbedenklich voll hochpolitischer Tendenz, bis man ihn merken ließ, man fänd's mitunter doch etwas verhänglich.

Man gab respektvoll zu verstehen, daß Reden freilich Silber sei, doch Schweigen Gold und stellt ihm frech vom Silber künftig abzusehen.

Er beugte sich dem Volkswillen, er rang mit sich, gewann den Sieg, indem er ziemlich häufig schwieg, und dachte sich sein Teil in stillen.

Und heute will er liquidieren laut Redemund jenes Schweigegold. Heut' soll das Volk — es hat's getollt — sich untertänigst rebandieren.

Da spricht wohl manch ein Wildertwill'ger, indes ein Senfzer ihm entfährt: Das Schweigen ist von hohem Wert, bei Gott, das Reden war viel bill'ger!

Franz.

Die blamierte Kosmologie. Der „Falke“ hat sich als „Drei Schweißheiligen“ entpuppt.

Erster Klasse. Zur Landtagswahl erscheint ein Herr, der sich durch seine besonders erfreuliche Steuerqualität als der einzige Wähler erster Klasse in seinem Bezirk ausweist. Seine Stimme besitzt somit das erdrückende Übergewicht.

Der Wahlvorsteher, mit dem schuldigen Respekt im Beamtenanlich, fragt ihn: „Und wen wollen Sie zum Abgeordneten wählen?“ Der Wähler: Mich selbst.

Vorsteher: Sehr wohl. Nehmen Sie die Wahl an? Der Wähler: Keel! Vorsteher: Dann schreiten wir zum zweiten Wahlgang. Wen wählen Sie nunmehr? Der Wähler: Mich selbst.

politisch Mißbilliges hat.“ So hieß es damals in den Kreisen des Zentrums. Heute will das Zentrum sogar ohne Kommissionsberatung der Erhöhung zustimmen. Man hat eben jetzt wieder an der Regierungskrippe, und da muß man sich lieb Kind machen, damit man nicht wieder gegangen wird. Zum mindesten hätte doch die Volkspartei diesmal verlangen müssen, ehe sie sich überhaupt auf die Verhandlungen über die Vorlage einließ, daß das Versprechen der Thronrede über die Fortentwicklung des Wahlrechts eingelöst wurde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der keine Rechte hat, muß auch die Pflichten ablehnen.

Wir sind der Ansicht, daß die jetzigen Bezüge der Krone nicht nur nicht zu niedrig, sondern viel zu hoch sind. Selbst in streng monarchistischen Kreisen ist man der Ansicht, daß sie die Sparlosigkeit, die sie den Offizieren empfiehlt, selbst über die Maßen

Präsident v. Kröcher: Ich nehme an, daß Sie unter Krone die Hofhaltung und die Beamten meinen, sonst würde ich Sie bitten müssen, die Person des Königs nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Hoffmann (Soz.) fortsetzend: Auf dem zweiten nationalen Arbeiterkongreß hat Herr v. Weismann von Hollweg den Arbeitern vier Grundpfeiler: Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit empfohlen. Das letzte sollte er doch auch einmal nach oben empfehlen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Onkel unseres Monarchen, der König von England... (Präsident v. Kröcher bittet erneut, die Person des Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen.) Der König von England, dessen Land größer und reicher ist, muß sich mit 10 880 000 M. begnügen. Bayern zahlt nur 4 231 000 M., Sachsen gar nur 3 410 000 M. Wir sind ja überhaupt Gegner einer solchen Zivilliste. Unser prinzipieller Standpunkt ist: Wohl aller Staatsdiener durch das Volk, auch des ersten Dieners des Staates...

Präs. v. Kröcher: Diese Bemerkung ist Hochverrat, ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Hochverrat ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präs. v. Kröcher: Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich habe Sie doch nicht zur Ordnung gerufen, weil Sie den König den ersten Diener des Staates genannt haben, sondern ich halte es für Hochverrat, daß Sie verlangen, daß der erste Diener des Staates, also unser Monarch, durch das Volk gewählt wird.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich nur feststellen, daß ich lediglich die Grundzüge, die ja in unserem Programm überall zu finden sind, hier ausgesprochen habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Sie mögen Grundzüge in Ihrem Programm haben, welche Sie wollen, Sie dürfen aber hochverräterische Grundzüge nicht hier öffentlich von der Tribüne des Hauses kundgeben. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Unglaublich! Abg. Ströbel zu den Freisinnigen: Das lassen Sie sich gefallen?)

Abg. Hoffmann (Soz., fortsetzend):

Wir wollen auch den ersten Staatsdiener durchaus nobel befehlen, aber entsprechend den übrigen Staatsdienern, und wir meinen, daß 15 1/2 Millionen zu viel sind. Man spricht mit Recht im Volke von der Zivilliste, der „Zivilisten“. (Weiterkeit.)

Ich komme nun zur Begründung der Vorlage. Selten sind in der Begründung einer Millionenforderung so ungläubliche Argumente vorgebracht. Man erinnert an eine Verordnung vom 17. Juni 1820, durch welche dem Staat die Einkünfte aus den Domänen und Forsten überlassen wurden und der Krone dafür eine jährliche Rente von 7 719 276 M. gewährt worden ist. Die Krone ist jedenfalls bei dieser Abfindung nach damaligen Verhältnissen glänzend bezahlt. Aber selbst, wenn sie Opfer gebracht hätte, so wäre das nur ihre Pflicht gewesen, angesichts der ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die das preussische Volk in den Jahren 1806 bis 1820 gebracht hatte für die Befreiung aus dem Joch der Napoleonischen Herrschaft und ein vaterlandslafes Junkertum das preussische Volk geführt hatte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in der Begründung auf die steigenden Erträge der Domänen und Forsten hingewiesen ist, so ist dagegen zu bemerken, daß inzwischen auch die Zivilliste dreimal um insgesamt 8 Millionen erhöht worden ist. Außerdem hat ja der Staat im Jahre 1820 180 Millionen Taler Schulden übernehmen müssen, die durch die ungläubliche Mißwirtschaft in den

Vorsteher: Nehmen Sie die Wahl an?

Der Wähler: Keel!

Vorsteher: Ich brauche also den dritten Wahlgang an und erneuere meine Frage.

Der Wähler: Ich wähle mich selbst. Nachdem mit der Wählerchaft einstimmig ihr Vertrauensvotum dreimal ausgesprochen hat, sehe ich mich veranlaßt, die Wahl anzunehmen. (Lustige Klätter.)

Notizen.

— Eine verunglückte Vorstellung, die aber nicht uninteressant, ja sogar historisch war, fand letzten Sonnabend in den „Ausstellungenshallen am Zoo“ statt. Es handelte sich um die kinematographierte Vorstellung der bis vor kurzer Zeit im „Deutschen Theater“ dargestellten komischen Opern-Pantomime „Sumurán“ von Presta (Musik von Viktor Polländer). Die Vorstellung ist — wie gesagt — verunglückt, und sie mußte verunglücken, weil der „Bewegungsschreiber“ (Kinematograph) mit seinem zuckenden Licht noch immer ein so unvollkommener Apparat ist, daß er zwar scharf unruhig, zumal groteske Bewegungen gut wiederzugeben vermag, aber nicht jene feinen Gesten, jene vielfachen Schritte und Schrittschritte einer Pantomime vom Schlage der „Sumurán“. Dazu kommt, daß ja der Kinematograph von heute noch keine farbigen Bilder zeigt, daß er das Mimenspiel der handelnden Personen nicht scharf genug erkennen läßt — ganz zu schweigen davon, daß, wenn lebende Mimiker über die Bühne schreiten, tanzen, rasen, schleichen, um auch ihre Bewegungs-Geräusche allerlei zu sagen wissen, was durch das häßliche Rattern des kinematographischen Apparats nicht erreicht werden kann. ... Troz alledem war der Versuch interessant und „historisch“, weil früher oder später einmal der Kinematograph so verbessert sein dürfte, daß er Pantomimen, Balletts und dergleichen mit weit erfreulicherer Naturtreue wiedergeben wird als am Sonnabend im „Zoo“. Das Gros des Publikums zeigte sich übrigens gegenüber dem doch immerhin diskutablen Experiment ebenso verständnislos wie anstandslos.

— Wilhelm Wehagen, Mitinhaber der bekannten Verlagsgesellschaft „Wehagen und Klasing“ (Wiesbaden und Leipzig), ist in der Nacht vom Montag auf Dienstag — 59 1/2 Jahre alt — gestorben. Der Kommerzien- und Stadtrat Wilhelm Wehagen war ein Sohn von August Wehagen, einem der Begründer des Hauses, das seit 1835 besteht. Der Verlag gibt u. a. heraus „Wehagen und Klasing Monatshefte“, „Andreas, Alfg. Hand Atlas der Erde“ und andere Kartenwerke sowie allerlei Geschichts- und Kunstwerke. Sehr verbreitet ist u. a. die Sammlung französischer und englischer Schriftsteller, in neuerer Zeit auch die Sammlung deutscher Schulaufgaben: Hilfsbücher für den meist öden und unfruchtbarsten Sprachunterricht an Deutschlands „höheren“ Schulen.

— O. Henry, ein amerikanischer Romanchristlicher und Nobellist, der mit seinem richtigen Namen Syney Porter hieß und „Der zweite Mark Twain“ genannt wurde, ist am Montag gestorben. In den Redaktionen für Henry-Porter wird vor allem hervorgehoben, daß der gute Mann Honorare von anderthalb Mark pro Wort bezog. ...

Kleines Feuilleton.

Ein Preiswettbewerb für Chorkompositionen hat die Leitung des Reichsverbandes der Arbeitergesangsvereine Oesterreichs am 1. April dieses Jahres erlassen. Die Bedingungen des Ausschreibens lauten:

- 1. Zur Annahme gelangen Kompositionen für Männer- und gemischten Chorsatz.
2. Vorgang erhalten Chorkompositionen einfacherer Fassung mit freizeithilflichem, gutem Text (und mit nicht zu tiefer und nicht zu hoher Fassung).
3. Chorkompositionen mit außerparteilichem Text finden, falls sie den sozialdemokratischen Prinzipien nicht entgegengehalten sind, Annahme.
4. Auch finden Chorkompositionen mit Kleinbesetzung, einfacher Orchesterbegleitung Annahme. Druckreise Klavierauszüge sind beizulegen.
5. Ein Komponist kann gleichzeitig mehrere der eigenen Chorkompositionen einreichen.
6. Sämtliche Einsendungen dürfen noch nirgends aufgeführt worden und noch in keinem Verlag erschienen sein.
7. Unvollendete, nur skizzierte, unleserliche und textlose Kompositionen sowie unfrankierte Zusendungen werden nicht berücksichtigt.
8. Die Kompositionen haben zur Prüfung nicht den Komponistenamen, sondern ein fiktives Kennwort oder einen solchen Zeitanspruch mit einer Zahl zu tragen.
9. Die für den Verlag gewählten Kompositionen gehen durch guten Verkauf mit allen Rechten in das Eigentum des oben erwähnten Verbandes über.
10. Einsendungen sind zu richten an den Verbandsarchivar Ludwig Gatterer, Wien XVI, Liebiggasse 25.
11. Schluß der Einsendungen am 1. Juli 1910.
12. Falls keine Komposition entspricht, findet keine Wahl statt, sondern eine neuerliche Ausschreibung.
13. Die Einsendungen werden nicht retourniert.
14. Das Wahlergebnis wird, sobald die Durchprüfung beendet ist, in diesem Blatte („Oesterreichische Arbeiter-Sängerzeitung“, Wien) bekanntgegeben werden.

Chile als Erdbebenland. Der Kreis der Erdbebenstationen schließt sich allmählich um die ganze Erde zusammen. Diese Entwicklung ist von größter Bedeutung für die Auffklärung der Erdbeben überhaupt. Ob man dann auch allmählich zu einer Voraussage von Erdbeben gelangen wird, das ist freilich noch unsicher. Jetzt endlich hat sich zu planmäßiger Teilnahme an der Erdbebenforschung ein Land entschlossen, das diese Aufgabe eigentlich schon längst hätte erfüllen müssen, weil es von solchen Naturereignissen besonders häufig und schwer betroffen wird, nämlich die südamerikanische Republik Chile. Nach einer Mitteilung des „Kosmos“ hat Chile jetzt einen besonderen seismologischen Dienst eingerichtet und einen der hervorragendsten Erdbebenforscher der Gegenwart, den französischen Grafen Montessus de Ballore, für dessen Leitung gewonnen. Bis jetzt sind Beobachtungsstationen zwischen Talna und den Südpol-Erdbeben-Inseln eingerichtet worden, also auf einer Strecke von etwa 5000 Kilometern im Meridian. An 430 verschiedenen Orten sind 550 Beobachter

Domänen und Forsten entstanden waren. Ein Berliner bürgerliches Blatt schreibt sehr richtig: „Wenn die Krone mit solchen Argumenten kommt, so könnten ebenso gut die Schöneberger Kartoffelbauern von den heutigen Besitzern ihrer Grundstücke ein paar Millionen nachfordern.“ Ebenso gut könnten auch die Hereros Forderungen erheben auf Grund des Landes, das man ihnen „abgelaut“ hat. Ja, sie hätten dazu noch mehr Recht, als die Krone, die 1820 doch wohl sich der Konsequenzen ihrer Handlungsweise bewußt war, was man bei den Hereros wirklich nicht sagen kann. Wir hätten ja nichts dagegen, wenn man das Prinzip des Gewinnanteils an steigender Erträge aufgegebenem Rechte gelten lassen will. Dann sollte man aber nicht nur bis 1820 zurückgehen, sondern gleich bis zur Zeit der alten Germanen, wo Grund und Boden, Acker und Jagd dem Volke gemeinsam gehörten. Mit diesem Prinzip fahren wir direkt in den von Ihnen so gefürchteten sozialdemokratischen Zukunftsstaat hinein. — In der Begründung wird dann weiter auf die Steigerung der Löhne, Baumaterialien usw. hingewiesen. Wir haben ja diese Steigerung als Folge der verkehrten Zollpolitik

vorausgesetzt, und es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck, der scharf genug wäre, um das Verhalten der Regierung zu kennzeichnen, die die Folgen ihrer verkehrten Zoll- und Steuerpolitik jetzt als Begründung für die Erhöhung der Zivilliste anführt. Ganz abgesehen davon, daß die Krone ja als Privateigentum 150 000 Morgen Wald, 90 Rittergüter usw. besitzt und durch dieselbe Folgeleggebung eine Steigerung des Ertrages dieser Besitztümer von etwa 8 Millionen erfahren hat. (Zuruf rechts; Lauter!) Sie verstehen das doch nicht, und wenn ich noch so laut rede. (Weiterkeit.) Wenn wir im ganzen 12 bis 15 Millionen Privateinkommen des Königs aus Besitztümern rechnen, so ist das gering geschätzt. Diese ganzen Einnahmen sind vollständig steuerfrei. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Außerdem wird behauptet, daß die Krone noch von 1849 her ein Anrecht darauf hat, daß aus dem Hauptgestüt Traktieren jährlich 40 Pferde kostenfrei geliefert werden. Das bedeutet mindestens eine Einnahme von 120 000 M. Dazu kommt ein Mehrertrag der Güter durch die moderne Bewirtschaftung, der in der letzten Zeit bis zum Vierfachen gestiegen ist. Interessant wäre, zu erfahren, wieviel Schnapsbrennereien sich auf den Besitztümern der Krone befinden, wieviel Anteile an der Liebesgabe also noch hinzukommen.

Pro Tag hat die Krone eine Einnahme von 43 065 M., das bedeutet eine Vergütung pro Stunde von 6888 M. (Zuruf rechts: Pro Minute!) Pro Minute macht es 89 M., und wenn Sie es pro Sekunde wissen wollen, 1,50 M. und etwas darüber!

Die Hälfte der Einwohner Preußens hat ein Einkommen von unter 900 M. jährlich.

Ein Arbeiter, der 1000 M. im Jahre verdient, hat, wenn er 42 Jahre lang arbeitet, immer noch nicht soviel verdient, wie Sie der Krone jetzt für einen Tag bewilligen. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) In der Begründung ist dann auch von der Notwendigkeit der Erhöhung der Gehälter der Hofbeamten die Rede. Ich meine, die Krone, die Millionen Vorteile aus der Zollpolitik hat, sollte dann auch die durch die Zollpolitik bedingte Aufbesserung der Gehälter der Hofbeamten selbst bezahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn überhaupt eine solche Anzahl von Hofbeamten nötig? Herr v. Gerlach schiebt seinerzeit: „Als ich im zweiten Berliner Stadtbezirk zur Stadtverordnetenwahl kandidierte und die Wählerliste durchsah, bekam ich einen Schrecken ob des Gewimmels von Hofchirurgen, die sich darin findet, Seite auf Seite gab es nichts wie Silberdiener und Kammerdiener, Lakaien und Oberlacken, königliche Protokollisten und königliche Stenographen (Weiterkeit), wieviel Angestellte hat allein der königliche Marstall! Dabei liest man doch eigentlich immer nur von Automobilsfahrten der sogenannten allerhöchsten Herrschaften.“ Es ist gewiß das gute Recht der Krone, sich so viel Beamte zu halten, wie sie will, aber sie soll sie aus ihrem Privateinkommen bezahlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was dann die Erhöhung des Zuschusses an die königlichen Theater anlangt, so schiebt selbst die konservative „Schlesische Zeitung“: „daß die Hoftheater nicht so vorbildlich in ihrem Betriebe genannt werden können, daß eine solche Unterstützung gerechtfertigt wäre.“ Dazu kommt, daß die hohen Eintrittspreise die königlichen Theater für das Volk überhaupt unzugänglich machen. Wenn das neue Opernhaus gebaut wird, dann wird man ja wahrscheinlich eine weitere Förderung erheben und wird dann die zwanzig Millionen voll machen. Dabei wird die wahre Kunst von den Hoftheatern geradezu boykottiert. Das Schiller-Theater hat mehr für Förderung der Kunst und der Volksbildung getan — und zwar ohne Zuschüsse — als alle königlichen Theater zusammen. Oder hat jemand den Mut, zu behaupten, daß gewisse

Hohenzollern-Ausstattungsstücke oder Jubileeoperetten zur Förderung der Kunst gehören? Ungeheure Summen könnte die Krone bei den Denkmalern und Bauten sparen, ohne daß darunter die Kunst oder der gute Geschmack leiden würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch der

Export von Denkmalern

könnte eingeschränkt werden, ohne dem Ansehen der Krone zu schaden. Ja, man würde noch befremdeten Nationen Verlegenheiten ersparen, die nicht wissen, wie und wo sie die Dinge unterbringen sollen. (Weiterkeit.) Die Leinwand oder mehr Schöller, die die Krone besitzt, sollten den Provinzen oder Gemeinden überantwortet werden zur Benutzung als Museen oder Erholungsstätten für altersschwache Kranke. Dadurch würde die Krone ungeheuer entlastet und der Weltfrieden ein wirklicher Nutzen gebracht. — Es scheint wirklich höchste Zeit gewesen zu sein zur Erhöhung der Zivilliste, denn die Krone hat ja schon einige Schöller verkauft. Auf der anderen Seite sind dann aber Hunderttausende ausgegeben für die Beleuchtung von Rosenkränzen mit elektrischen Glühlampen auf Korsu. Hier paßt das Sprichwort: Kaufe nicht, was Du nicht brauchst, sonst mußt Du verkaufen, was Du brauchst! Weiter wird dann als einer der Hauptgründe die Unterhaltung der Hofhaltung der vielen königlichen Prinzen angeführt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß neben der Zivilliste das durch den König Friedrich Wilhelm I. aus angekauften Gütern begründete, sehr bedeutende Hausfondskomitee besteht, ferner der von Friedrich Wilhelm III. begründete Kronrenten. Der Gründer hat im seinerzeit mit 18 Millionen Mark dotiert, dazu kommen aber die Ersparnisse des Königs und die Summe, die man ihm 1815 als Entschädigung aus der französischen Kriegskontribution gezahlt hat. 1873 ist noch eine Staatsdotations von 4 600 000 M. dazu gekommen. Aus diesem Fonds werden die königlichen Prinzen apanagiert und einige junge Ehepaare können aus den Einkünften, die dieser Fonds abwirft, glänzend leben, auch wenn ihnen die privaten Vermögen, die den Söhnen des Kaisers von ihren Gattinnen zugebracht worden sind, nicht zur Verfügung ständen. Man weiß dann darauf, daß die Zahl der Prinzen sich seit 1889 mehr als verdoppelt hat. Das ist eine sonderbare Logik. Mit viel mehr Recht könnte man die Forderung, sich nach der Decke zu strecken, erheben. Was würde ein Fabrikbesitzer sagen, wenn seine Arbeiter von ihm Lohnerhöhung verlangten, weil ihre Kinderzahl sich verdoppelt habe? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht bekämen die Arbeiter dieselbe Antwort, wie sie Frau v. Wopelius, die Frau eines Mannes aus dem Hause da drüben — einer armen Wöchnerin, Mutter von 14 Kindern, als Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins erteilte. Sie schrieb: „Der Vaterländische Frauenverein kann doch nichts dafür, daß Ihr so viele Kinder habt. Ich finde, daß sowohl der Mann wie auch die Frau sich mehr hüten können davor, daß sie so viele Kinder in die Welt setzen. Mit kaltem Wasser kann man die Triebe auch zurückhalten, eine kleine Waschkübel mit kaltem Wasser ist dagegen sehr gut für die Männer und vorher sich täglich müde waschen.“ Das ist eine Empfehlung, die die Arbeiter bekommen, wenn sie zu viele Kinder in die Welt setzen. Ich meine, das Volk ist doch mindestens ebenso unschuldig an den vielen Kindern der Krone, wie die Herrschaftsmittler mal nach oben

gute Ratsschläge. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Decke strecken, sparsam wirtschaften würde eine solche Vorlage unnötig machen. In der Villa Rasta soll ein herrliches Bild von einem alten Meister hängen, das die monarchischen Tugenden darstellt, die Gerechtigkeit, die Milde und die Sparsamkeit. Vielleicht kann man das Bild nach Berlin bringen und an hervorragender Stelle aufhängen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Freisinnige Blätter haben sogar schon von einer Zivilliste für den Kronprinzen

gesprochen. Dabei gehört dem Kronprinzen die Herrschaft De 18 in Schlesien mit 15 Gütern und 9238 Hektar Land. Das ist eine Besitzung von vielen Millionen, die zur Not ausreichen sollte, um auch einen sehr noblen Hausstand zu führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr viel sparen könnte die Krone auch an den kostspieligen Jagden und Reisen. Sie brauchen darüber nur die Debatten über das persönliche Regiment nachzulesen. Wenn wir sehen, wie oft die Krone abwesend ist (Präs. v. Kröcher bittet den Redner erneut, die Person des Königs aus der Debatte zu lassen), ich meine, vielleicht kommt man einmal auf den Gedanken, anstatt der festen Zivilliste Anwesenheitsgelber zu zahlen. (Große Weiterkeit.) Man zieht ja auch den Reichstagsabgeordneten für jeden Tag, wo sie nicht da sind, etwas ab. Am meisten wundert es mich, daß der Freisinn in demselben Augenblick für diese Forderung zu haben ist, wo er an der Waise des letzten Zeugen der

freisinnigen Mitregierungskolonie, des Herrn Dernburg, steht. Dem Hottentottenblod folgte der schwarze-blaue Bloch, und jetzt löst ihn der Byzantinerblod ab. Die Fortschrittliche Volkspartei war schon bei ihrer Geburt ein Weichhändler, jetzt kommt es gar noch zur Rückgratverkümmung. Die Wähler müssen schon bei den nächsten Wahlen eine Operation zur Ausschneidung häßlicher Auswüchse vornehmen, selbst wenn dem Reugeborenen dabei das Lebenslicht ausgehen sollte. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Freisinnigen stimmen dieser Forderung zu, wo die notwendigen Kulturforderungen aus Mangel an Mitteln abgelehnt werden. Angesichts der Zehnmilliardenschuld in Preußen, angesichts des jämmerlichen Fiaskos der Finanzreform. Einkommen von 1200 M. ab werden mit Steuerzuschlägen belegt.

Über man verhöhnt das Volk, weil es Erweiterung seiner politischen Rechte verlangt.

Das selbe Abgeordnetenhaus, das im vorigen Jahre 30 Pf. Lohnzulage für die schlechtest bezahlten preussischen Staatsarbeiter ablehnte, will jetzt 8 1/2 Millionen für die Krone bewilligen. Im Reich hat man kein Geld für die Erhöhung der Mannschafslöhne, für die Veteranen nur die Lumpigen 120 M. Ehrensold, die brotlos gewordenen Tabakarbeiter werden mit 4 Millionen und einigen Hunderttausend Mark abgepeitscht. Aber hier bewilligt man ohne große Rederei 8 1/2 Millionen Mark für die Krone. In Rattowitz treibt man Sparsamkeitspolitik, zweimalige Benutzung der Kucwerts, und hier wirft man millionenweise das Geld heraus. Das ist eine so

unerhörte Provokation des Volkes, wie sie noch keine Regierung gewagt hat. Nicht wir, sondern Sie peitschen das Volk auf, und das Volk wird Ihnen die Antwort für diesen brutalen Faustschlag nicht schuldig bleiben. Bei den nächsten Reichstagswahlen sehen wir uns wieder. Wäge die Regierung, mögen die Parteien dafür sorgen, daß Ihnen der sozialdemokratische Wollenbruch nicht in die Waderegnet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister v. Rheinbaben: Die Ausführungen des Vorredners beweisen, daß zwischen seiner Weltanschauung und der der bürgerlichen Parteien und der Regierung ein tiefer Abgrund liegt. Ich freue mich, daß die Sozialdemokratie ihr Gesicht so offen vor dem Volke gezeigt hat. Es ist eine Annäherung, wenn die Sozialdemokratie namens des preussischen Volkes zu sprechen wagt. (Leb. Bravo! rechts.) Ebenso, wenn sie für die deutschen Arbeiter zu sprechen wagt, denn in der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind etwa 1 800 000 Arbeiter vertreten und 19 Millionen Arbeiter haben wir in Preußen. Diese stehen hinter den nationalen Parteien und nicht hinter der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung rechts; Unruhe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Daß die Sozialdemokraten die Vorlage bei den Reichstagswahlen auszuweichen würden, wußten wir vorher, daher hatten wir gar keinen Anlaß, sie auch zu den Vorverhandlungen zuzuziehen. (Bravol rechts.) In Oesterreich bekommt die Krone 10 Millionen, und die englische Krone, die nur 11 Millionen erhält, hat nicht für die Spanne der Prinzen einzutreten und keine Theater zu unterhalten. (Hört! hört! rechts.) Selbst königliche Reisen und Besuche werden aus der Staatskasse bestritten. (Hört! hört! rechts.) Darüber, daß die Ueberlassung der Domänen und Forsten im Jahre 1820 für 2 1/2 Millionen Later Rente seitens der Krone ein

Wit der Selbstlosigkeit

war, stimmen alle Staatsrechtler überein. Würde man den Ertrag der Forsten und Domänen auf die heutigen Verhältnisse umrechnen, so käme für die Krone eine Rente von 22 Millionen heraus. An den königlichen Theatern sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe vollstimmlicher Vorstellungen zu billigen Preisen gegeben worden. Die Mittel für Korsu sind aus einer kleinen Erbschaft bestritten worden. Die preussische Krone kann ein gutes Gewissen haben. (Lebhafter Beifall rechts.) So werde ich die Erbschaft führen, doch ich mir nicht bewußt bin, es handelt sich um die Angelegenheiten des Volkes und nicht um meine Angelegenheiten, steht an dem Berliner Schlosse. Diese Genehmigung hat die Krone Preußens in der Bauernbefreiung, in der Aufhebung der Erbuntertänigkeit, in der sozialen Fürsorge unter Wilhelm I. und der Arbeiterschutzgesetzgebung unter Wilhelm II. betätigt.

Um den Sinn der Hohenzollern für die Not der unteren Klassen beneidet uns die Erde.

(Lebhafter Beifall rechts.) Für die soziale Fürsorge sind bis 1907 8 Milliarden 800 Millionen Mark aufgewendet worden, davon sind von den Arbeitern 3 598 000 000 M. aufgebracht. Wenn die Steigerung der letzten Jahre anhält, so werden seit dem Inkrafttreten der Arbeiterversicherung bis 1909 den Versicherten 3 Milliarden 450 Millionen mehr zugeflossen sein als sie an Beiträgen geleistet haben. (Hört! hört! rechts.) (Abg. Reinert (Soz.): Das ist ja verdreht!)

Präsident von Kröcher ruft den Abgeordneten Reinert zur Ordnung.

Wenn durch die Reichsversicherungordnung auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefolge usw. in die soziale Fürsorge aufgenommen werden, so wird die Aufwendung sich in Zukunft auf etwa eine Milliarde jährlich sch belaufen. (Hört! hört! rechts.) Mit unserer Steuererhebung entlasten wir immer mehr die minderbemittelten Klassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Hand in Hand damit geht eine immer stärkere Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kinderarmut. Die Zahl der Einkommen unter 900 M. ist von 68 Proz. im Jahre 1896 auf 46 Proz. gesunken. Durch das Kinderprivileg und die Verbilligung der besonderen Notlage sind bei der Steuerausbringung gerade die mittleren und unteren Klassen berücksichtigt worden, wodurch der Staat 16 Millionen Mark Aufschlag erhält. In den Jahren 1896 bis 1907 ist der Durchschnittslohn der Eisenbahnarbeiter um 60 Proz. gestiegen, der der Unterbeamten um 45 Proz., während für die Kronrenten nur eine Erhöhung von 13 Prozent verlangt wird. Ich verzichte auf den Versuch, den Vorredner zu überzeugen, hielt aber die Mitteilung dieser Daten für notwendig, damit nicht in der sozialdemokratischen Presse behauptet werde, die Regierung sei nicht in der Lage gewesen, die vorgebrachten Anschuldigungen zu widerlegen. Im übrigen sage ich den großen bürgerlichen Parteien lebhaften Dank für ihre Bereitwilligkeit, der Vorlage zuzustimmen. Ich hoffe, daß dieser Vorgang von weittragender Bedeutung sein

möchte, daß die bürgerlichen Parteien geeinigt auch fernerhin eine geschlossene Front gegen die Sozialdemokratie bilden mögen. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter und Hurraufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Die Beratung ist geschlossen. Abg. Ströbel (Soz.) meldet sich zum Wort. Präsident v. Kröcher: Die Besprechung ist geschlossen. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Ab dann wird die Sekundärbahnvorlage in zweiter Lesung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr: Anträge, Petitionen, Fortsetzung der Beratung der Ansiedlungsdenschrift. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der reaktionäre Brandenburgische Städtetag.

Landberg, 7. Juni. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der Brandenburgische Städtetag hat auch an seinem zweiten Verhandlungstage bewiesen, daß er in seiner Mehrheit sogar die reaktionäre Gesinnung des Herrenhauses übertrug. Seine Volksfeindlichkeit ging so weit, daß er sich nicht entblödete, seine eigene Würde mit Füßen zu treten, nur um nicht Volks- und Städterechte verteidigen zu müssen. Genosse Bernstein muß dem Genossen Kirsch eingesehen, daß er mit seinem Urteil über den Brandenburgischen Städtetag nicht übertrieben habe. Man könnte diesen als eine schlechte Ausgabe eines Gemeindefunklerparlaments mit starkem Einschlag von Hausrechtshumanieren bezeichnen.

Zunächst wurde am Dienstag über eine verwaltungstechnische Frage, betreffend die Finanzprognose der Gemeinden bei Erleichterung der staatlichen Ausgaben in der Sozialversicherung verhandelt. Dann folgte eine Erörterung über die Anwendung des Fluchtliniengesetzes bei Eingemeindungen, Anlage von Bürgersteigen usw. Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung: „Volksparke“, wogu Herr Gartenbirektor Lesser-Steglich ein sachlich instruktives Referat hielt, wagte sich in der Diskussion eine schäblichste Kritik gegen die fiskalische Politik in bezug auf die Vergabe fiskalischer Waldungen für den Erholungsverkehr hervor, nachdem Gen. Groger mit besserem Beispiel vorgegangen war.

Bewegte Szenen folgten dann der Verlesung folgender Resolution.

„Der Brandenburgische Städtetag, am 7. Juni 1910 in Landberg a. B. tagend, nimmt mit Befremden und Bedauern Kenntnis davon, daß das preussische Herrenhaus eine Petition der Schöneberger Stadtvertretung, in Sachen des dem preussischen Landtage vorgelegten Wahlgeschichtsbuches, ohne jede Begründung als in seinem Plenum „zur Erörterung ungeeignet“ bezeichnet hat.“ Bernstein-Schöneberg, Dümel-Richtenberg, Groger-Rigdorf, Will-Charlottenberg, Dr. Well-Schöneberg, Gerlach-Schöneberg (Stadtbaurat), Voymann-Schöneberg (Stadtsyndikus).

Der Vorsitzende bemerkte sofort, der Städtetag könne es ablehnen, den Punkt noch zu verhandeln; die Versammlung habe darüber zu entscheiden. (Rufe: Ablehnen, nicht verhandeln.)

Genosse Bernstein (zur Geschäftsordnung): Der Zweck unserer Resolution ist, Sie zu veranlassen (Rufe: Rein, nein, nein!) — Ich darf mir doch erlauben zu sagen — (Rufe: Rein, wir erlauben nichts! Schluß! Schluß! Aufhören! Abstimmen!) — Meine Herren, ich will doch nur sagen, was wir wollen. (Rufe: Wir wollen nichts hören, Schluß! Abstimmen! Abstimmen! Heraus!). — Ich bitte Sie, über die Sache zu verhandeln. (Lärmende Rufe: Rein, wir verhandeln nicht, gehört nicht hierher!). Oberbürgermeister Berner: Ich beantrage auf jeden Fall, die Redezeit auf 2 Minuten zu beschränken. Dümel (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Die Angelegenheit ist von so großer Bedeutung, daß sie erörtert werden muß. Es handelt sich um die Wahrung der Rechte und Würde der Stadtvertretung. (Stürmische Unterbrechungen, Schlußrufe, raus! Aufhören! Zur Sache!) Rein, meine Herren, zur Sache darf ich nicht sprechen, auf die Materie werde ich jetzt nicht eingehen, sondern werde nur zu dem Geschäftsordnungsantrag sprechen. (Rufe: Schluß! Schluß!) Die Angelegenheit ist zu wichtig, um sie als Bagatelie zu behandeln. Eine durch das Vertrauen der Milibürger gewählte Körperschaft ist durch eine Vertretung, die durch keinerlei Volksäußerung und Vertrauen legitimiert ist, mit provokatorischer Mißachtung behandelt worden; das Selbstverwaltungs- und andere Rechte gebieten da — (Lärm. Rein, wir wollen nicht! Schluß! Abstimmen!).

So ging es noch eine Weile unter Lärm und Loben der Städtetagsvollgen fort. Der Städtetag verzichtete darauf, Würde zu wahren. Gegen etwa ein Dutzend Stimmen wurde beschlossen, über die Resolution nicht zu verhandeln. Professor Leißig hatte vorher versucht, für die blamable Haltung ein formales Demütigendes zu finden mit der Behauptung, es fehle an Unterlagen, um in eine Erörterung eintreten zu können, worauf Gen. Bernstein treffend bemerkte: Wir sind die Vertreter von Schöneberg, die jede Unterlage unterbreiten können. Die Gemeindefunkler wollten nichts wissen, keine Stellung präzisieren. Sie entschädigten sich dafür durch ein Kaiserhoch, das die Sozialdemokraten, wie daß bei Eröffnung der Tagung ausgedrückt, draußen genossen.

Heute abend tagt in Landberg eine Professerversammlung gegen das standhafte Verhalten des Städtetages. Sämtliche sozialdemokratischen Vertreter referieren.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Die Angeklagte hat sich von ihrem Schwächezustand erholt. Gegen Mittag mußte aber in der Verhandlung wieder infolge eines kleinen Anfalls der Angeklagten eine längere Pause gemacht werden. Die Verhandlung wurde dann wieder bis zum Abend mit Vereinnahmung der Frau von Schönebeck-Weber ausgefüllt. Den wesentlichen Inhalt ihrer auf Fragen des Vorsitzenden gemachten Auslassungen fassen wir nachstehend zusammen.

Anfälle. Zu Vernstein hatte ich in einer Gesellschaft bei Freiherrn von Löwenstein einen Anfall. Ich wurde bewußtlos nach Hause gebracht. Davon, daß ich erzählt habe, mein Vater habe mir bei solchen Anfällen eine Karaffe Wasser über den Kopf gegossen, weiß ich nichts. Vielleicht habe ich ähnliches von meinem Mann erzählt. Auf die Fragen, ob die Angeklagte perversen Neigungen

gehuldigt sowie die über ihre erotischen Neigungen äußert sich die Angeklagte erst, nachdem der Vorsitzende und die Sachverständigen die Notwendigkeit der Darlegungen auf diesem Gebiet für dringend erforderlich erklärt haben, und auch da nur mit offensichtlichem Widerstreben. Sie bejaht die Fragen. Ueber das

Verhältnis zu ihren Kindern

Aufert sich die Angeklagte dahin, ich habe meine Kinder lieb und habe sie gut behandelt, freilich bin ich auch zu ihnen launenhaft gewesen. Meinen Jungen habe ich, als er zwei Jahre alt war, einmal, als er nackt war, geschlagen, ich glaube aber nicht, daß das, wie mir vorgehalten wird, auf sadistischer Reizung beruhte. Ich hatte einen

Drang zur Sünde,

gegen den ich ankämpfte, dem ich aber stets unterlag. Ich schämte mich, einen Kretzner zu befragen. Vor dem vorübergehenden Aufenthalt in einem Sanatorium oder in einer Irrenanstalt fürchtete ich mich. Ob mein Mangel an Willensschwäche auf erotischen Gebiet auf eine mangelhafte Erziehung, auf den Wechsel mit den Gouvernanten, auf das fehlende Vertrauen zu meiner Stiefmutter oder worauf sonst zurückzuführen ist, weiß ich nicht. Das müssen die Ärzte besser wissen. Wichtig ist, daß ich einmal 14 Tage lang in Berlin mich aufhalten, in einer Pension gelebt habe und erotischen Reizungen gefolgt bin. Auch in Wiesbaden unterhielt ich während eines vierwöchentlichen Aufenthaltes Beziehungen zu Männern. Dem Alkohol neige ich nicht zu. Zu Haus trinke ich nur Wasser, in Gesellschaft ein Glas Sekt. Es trifft zu, daß es kaum eine Zeit meines Ehelebens gab, in dem ich nicht einen illegitimen Verkehr unterhalten hätte. Ich war sehr nervös. In diesem Zustande habe ich mich auch zu Mißhandlungen von Diensthöfen und eines Hundes hinreichend lassen. Ob hierbei erotische Reizungen eine Rolle gespielt haben, weiß ich nicht. An

Krämpfen,

Rach- und Weinkrämpfen, auch an Nachtwandeln habe ich gelitten.

Die Frage eines Geschworenen, ob sie unberührt in die Ehe

getreten, bejaht die Angeklagte und beschreibt die unglücklichen Handlungen, die ihr Konfirmationsgeistes mit ihr vorgenommen, und ihre Intimitäten mit Männern vor der Ehe.

Selbstmordversuche

habe ich wiederholt gemacht. Ich hatte dann die Stimmung; ich will nicht mehr leben. In Remstadt nahm ich Herbizidtabletten zu mir, in Alfenstein mal Morphium, mal Opium, einmal nach einem Streit mit meinem Manne, ein andermal, weil ich aus Eifersucht einen anonymen Brief an eine Offiziersdame geschrieben hatte. Mir war erzählt, die Dame sei in einer Gesellschaft, die ich wegen eines Trauerfalles nicht besuchte, sehr elegant gekleidet gewesen. Da schrieb ich, sie hätte sich benommen und gelleidet wie eine von der Friedrichstraße. Unmittelbar darauf bereute ich das und hat die Dame um Verzeihung. Daß ich noch Selbstmordversuche durch Aufschneiden der Pulsadern und durch Ertränkungsversuche mit einem Tuch unternommen habe, wie mir vorgehalten wird, mag sein. Ich erinnere mich aber nicht, wie überhaupt manchmal die Erinnerung mir völlig schwindet. Lebensüberdruß hatte ich schon als Mädchen. Ich litt stets an starkem Stimmungswandel.

Ein Geschworener fragt, ob die Angeklagte an ein höheres Wesen glaubt?

Vors.: Sie sind evangelisch und waren verheiratet mit einem streng katholischen Manne. Man findet häufig in militärischen Kreisen eine große Religiosität. Wir Alten haben ja Gott kennen gelernt, Herr Justizrat Sello wird mir das bestätigen. — Angeklagte: Mein Mann hat darüber mit mir nicht gesprochen? — Vors.: Und Sie selbst? — Angekl.: Ich bin in Alfenstein nur einmal zur Kirche gegangen. In der Kirche sehen sich die Leute doch bloß gegenseitig an. Das war mir wider. — Vors.: Glauben Sie an den lieben Gott? — Angekl.: Wenn auch nicht so wie in der Schule, so habe ich doch meinen Glauben und auch in dem Sinne meine Kinder erzogen.

Hierauf wird wieder das

Verhältnis der Angeklagten zu Herrn v. Goben

erörtert. Angeklagte erwidert auf eine große Reihe von Vorhaltungen: v. Goben wollte mich heiraten. Ich hatte keine Reizung, mich scheiden zu lassen. v. Goben war sehr erregt, deshalb widersprach ich nicht ausdrücklich. v. Goben drang ständig in mich, mich scheiden zu lassen. Verliebt war ich in v. Goben, aber ich sagte ihm, wir würden doch nicht glücklich sein. v. Goben gegenüber mußte ich vorsichtig sein, weil er auf meinen Mann eifersüchtig war. Ich fürchtete, er könne sich mit mir verschwören. Die

Pläne zur Ermordung meines Mannes

habe ich keineswegs unterstellt. von Goeben sprach von einem

Duell.

Er sagte, ein solches mit oder ohne Zeugen sei eine ehrliche Sache. von Goeben wollte wohl meinen Mann fordern, wenn er mich nicht für ihn frei geben würde. Ich sagte ihm: meinerwegen schießt sich mein Mann nicht. Unwahr ist, daß ich von meinem Manne getragene Strümpfe Herrn von Goeben verschafft habe, damit er, ohne daß der Hund anschlügt, in die Wohnung dringe. Diese Angabe des Herrn von Goeben wie viele andere von ihm, widersprechen der Wahrheit. Er würde sie, mir gegenübergestellt, wohl nicht aufrecht erhalten haben. von Goeben plante erst, meinen Mann im Walde zu erschließen. Um das zu hindern, behauptete ich einmal, mein Mann sei in Begleitung in den Wald gegangen, während er tatsächlich allein war. Das Renkonier in der Wohnung habe ich keineswegs veranlaßt. Ich hatte keinen Grund, den Tod meines Mannes zu wünschen.

Als der Vorsitzende der Angeklagten vorhält; es wird darauf ankommen, ob wir Ihnen oder der Stimme, die aus dem Grabe zu uns herüberhallt, glauben, befaßt die Angeklagte ein Erregungszustand, der eine längere Pause erforderlich macht.

Nach der Pause beantragt die Verteidigung

Ladung des Majors Tuschewski.

Dieser war als Instrukteur nach der Türkei gegangen und hat telegraphisch mitgeteilt, daß er nicht erscheinen könne, da man ihm den Urlaub verweigere. Der Vorsitzende hatte auf den Wunsch, den Zeugen nochmals zu laden, geantwortet: Wir können doch deshalb mit der hohen Pforte keinen Krieg anfangen! Der Zeuge ist außerdem kommissarisch in Adnanopel vernommen. Die Verteidigung benennt den Zeugen darüber: Herr von Goben habe ihm schon drei Monate vor dem Tode des Majors von Schönebeck erklärt, er wolle sich mit ihm in der Art eines amerikanischen Duells auseinandersetzen. Er habe gehofft, mit ihm im Walde allein darüber sprechen zu können, es sei aber stets eine dritte Person mit dabei gewesen. Durch das Weihnachtsfest, habe von Goben ferner erklärt, sei die Angeklagte wieder erwacht worden, die Angeklagte für immer zu befragen. Er sei in der Nacht eingestiegen, um sich mit Herrn von Schönebeck auseinanderzusetzen. Dieser hätte ihm aber mit gespanntem Revolver gegenübergestanden, den Revolver erhoben und losgedrückt. Er hätte das Anschlagen des Hahnes deutlich gehört und darauf im nächsten Moment geschossen. Goben wäre ein Landsknecht mit viel Don Luisotterie. Es wird beschlossen, den Major Tuschewski telegraphisch zu laden und sich eventuell an das türkische Kriegsmministerium zu wenden.

Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, was von Goben am 5. Januar 1908 über den Plan einer

Ermordung durch Gift

ausgesagt hat. Die Angeklagte erwidert: von Goben gab mir eine Flasche Arsenik und sagte mit verzweifelter Stimme, wir müssen ein Ende machen. Es ist nicht wahr, daß ich das Gift von ihm verlangt habe. Später gab er noch ein zweites Fläschchen, insgesamt gab er 60 Zentigramm. 15 Zentigramm fehlten in dem Fläschchen, weil ich es fortgenommen habe, um mich zu vergiften. Frau Graeb hat mich hieran gehindert. Unwahr ist, daß ich einen Vergiftungsversuch an meinem Mann vorgenommen hätte. Bei der weiteren Vernehmung äußert die Angeklagte: Wichtig ist, daß ich Herrn von Goben gebeten habe, aus dem

Schreibtiſch

meines Mannes Briefe zu entwenden, die mein Mann an sich genommen hatte und mir bei Streit stets vorhielt und drohte, sie meinem Bruder anzuliefern. Es waren das Briefe von Liebhabern an mich. Den Nachschlüssel hierzu ließ von Goben anfertigen. In dem Schreibtiſch fanden wir auch das Testament, in dessen habe ich nicht das geringste Interesse daran, da das Vermögen, etwa 80 000 M., selbstverständlich meinen Kindern gehört. Ich besitze ein Einkommen von jährlich etwa 20 000 M. An dem

Schwur unter dem Weihnachtsbaum

ist kein wahres Wort. Wir waren den 21. Dezember nicht allein. Stets waren die Kinder oder Fräulein Eue bei mir. Als mir der angebliche Schwur vorgehalten wurde, habe ich sofort gebeten, mich Herrn von Goben gegenüberzustellen. Es ist kein Wort von der Behauptung von Goben wahr, daß von einer Hoffnung, uns zu heiraten, unter dem Weihnachtsbaum gesprochen ist, daß ich auf seine Erklärung hin, er sei bereit, gefragt habe: Schwörst Du mir das?, und daß er ferner erwidert habe: Ja, ich schwöre es! Mit aller Entschiedenheit bestreite ich das. Von dem Schwur ist auch in der ersten Vernehmung des Herrn von Goben kein Wort gesprochen.

Am 24. März von Goben bei der Vernehmung zugegen. Abends habe ich im Schlafzimmer noch eine Vernehmung mit ihm vorgenommen.

Briefwechsel mit der Mutter des Herrn von Goben.

Vors.: Sie sagen nun, den Gedanken, die Vereinigung mit Herrn v. Goben nach dem Tode Ihres Mannes herbeizuführen, hätten Sie mehr als eine Phantasie und Spielerei des Herrn von Goben aufgefaßt, und Sie seien nur scheinbar darauf eingegangen, um ihn zu beruhigen. Nun ist das Merkwürdige bei der Sache, daß Sie sich schon mit der Mutter des Herrn v. Goben geschrieben haben, und daß Sie ihr mehrfach in den Briefen zu erkennen gaben, daß Sie Herrn v. Goben heiraten wollten, obwohl die Ehe noch bestand. — Angekl.: Das hatte er seiner Mutter geschrieben, und ich war zu schwach, ihm zu widersprechen. Es war eben wieder ein Zeichen meiner Schwäche, daß ich da nicht widersprochen habe. — Vors.: Aber Sie haben der alten Dame auch Geschenke gemacht, ebenso wie sie Ihnen zum letzten Weihnachtsfest etwas schickte, das nicht mehr in Ihre Hände gelangt ist. Auch Ihr Bild hat die alte Mutter besessen. — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. — Vors.: Die alte Dame schreibt ausdrücklich in einem liebenswürdigen Briefe: Meine liebe Toni, jetzt habe ich meine Lieben bei mir, auf der einen Seite das Bild meines Sohnes, auf der anderen die geliebte Tochter. (Bewegung.) — Die Verteidiger bemerken, daß dieser Brief niemals in die Hände der Angeklagten gelangt ist, da sie inzwischen verhaftet wurde. — Vors.: Die alte Dame spricht aber in diesem Briefe weiter davon, daß die Scheidung doch hoffentlich bald durchgeführt sein werde, und daß sie dann zufrieden und glücklich sein werde an der Seite des Edelsten, den es gibt. Die alte Dame scheint also auch sehr für ihren Sohn geschwärmt zu haben. — Staatsanwalt: Die Angeklagte sagt, sie erinnere sich an diese vielen Briefe, die sie der alten Dame schrieb, nicht mehr. — Vors.: Sie hat sich deshalb nicht daran, weil es zu viel Briefe waren, oder behauptet sie, überhaupt keinen Briefwechsel mit ihr unterhalten zu haben. — Angekl.: Ich gebe zu, es sind mehrere derartige Briefe geschrieben worden. — Vors.: Sie hatten also nicht das Gefühl, daß man die alte Dame nicht in dieser Weise in die Angelegenheit hineinzuziehen sollte. — Die Angeklagte erwidert nach längerem Ueberlegen: Er hat mich sehr geliebt und hat mich, seiner alten Mutter ein paar Zeilen zu schreiben. Darauf schrieb ich der alten Dame. Sie antwortete mir so nett, daß ich ihr wieder schrieb. — Vors.: Es liegt noch ein weiterer rührender Brief des Sohnes vor, da heißt es: „Ihr Bild hat Dich schon entzündet, wie wirst Du erst entzündet sein, wenn Du sie persönlich kennen lernst.“ — Die Verteidiger erheben Einspruch gegen die weitere Verlesung des Briefes. — Der Vorsitzende bemerkt, daß er die Verlesung später eingehend vornehmen werde, da sie nur als Muster in die Akten der Prozesse hineingebört.

Die weiteren Verhandlungen werden auf heute vormittag 9 Uhr vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Kanal- und Flussschifffahrt.

Das rapide industrielle Wachstum im Ruhrgebiet spiegelt sich auch in der Schifffahrt. Die bisherige Entwicklung des Verkehrs auf dem Dortmund-Ems-Kanal ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Jahr	Tonnenkilometer	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1899	19 795 292	—
1900	50 619 335	+ 156 Proz.
1901	81 721 169	+ 61
1902	131 872 855	+ 61
1903	208 091 530	+ 58
1904	197 576 456	- 5
1905	237 667 058	+ 20
1906	294 051 529	+ 24
1907	343 242 908	+ 17
1908	445 828 215	+ 30

Im letzten Halbjahre 1909 war eine erhebliche Minderung des Verkehrs zu verzeichnen, die zurückzuführen ist auf den schwachen Generalstreik. Von Schweden kommen nämlich große Erz- und Holztransporte nach Dortmund. Das laufende Jahr bringt eine reißende Steigerung des Verkehrs. Mehr wie in früheren Jahren wird der Kanal jetzt auch für Kohlentransporte benützt. Seine Hauptbedeutung wird der Dortmunder Hafen stellen zu erlangen, wenn die Verbindung mit dem Rhein hergestellt ist. Für einen größeren Verkehr werden alle Vorbereitungen getroffen. Nachdem erst vor zwei Jahren ein neues Hafengebäude dem Betrieb übergeben wurde, werden in einigen Monaten zwei weitere Hafengebäude fertiggestellt sein. Auch ein neuer Kohlenkipper wird in Betrieb genommen werden. Das Kohlenhandlats hat sich einen zweiten ungeheueren Lagerplatz gesichert. Der bisherige Lagerplatz ist übrigens auch ein Werkzeichen der wirtschaftlichen Krise; es lagern dort Mengen Kohlen im Werte von fünf Millionen Mark.

Der Verkehr auf der südlichen Hafenbahn nahm folgende Entwicklung:

Jahr	Tonnen	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1899	101 184	—
1900	85 179	- 38 Proz.
1901	138 549	+ 113
1902	143 519	+ 6
1903	142 188	- 1
1904	159 768	+ 12
1905	234 691	+ 78
1906	396 950	+ 39
1907	589 245	+ 48
1908	898 606	+ 53

Der Erzbedarf der Dortmunder Union ist in der Eisenbahnstatistik nicht enthalten.

Für den Transport auf dem Kanal kommt in erster Linie die „Westfälische Transport-Aktien-Gesellschaft“ in Frage. Die Flotte dieser Gesellschaft bestand am 1. Juli 1909 aus 55 Kanallähnen, 3 Kanal-Seelähnen, 4 Güterdampfern und 11 Schleppdampfern. Außerdem erwarb die Gesellschaft 59 Proz. der Aktien der Schlepp-

schiffahrtsgesellschaft Dortmund-Ems, S. m. B. G., Leer, und das Verfügungsrecht über eine Anzahl weiterer Fahrzeuge, so daß die „Westfälische Transport-Aktien-Gesellschaft“ über 73 Kanallähne, 3 Kanal-Seelähne, 4 Güterdampfer und 2 Schleppdampfer verfügt. Natürlich sind noch mehrere Schiffahrtsgesellschaften vorhanden. Die folgende Tabelle gibt einen Vergleich zwischen der Entwicklung des Verkehrs auf den deutschen Hauptflüssen und einigen Kanälen Deutschlands. Der durchschnittliche Tonnenverkehr pro Kilometer betrug in 1000:

	Rhein	Elbe	Oder	Weſer	Flauer Kanal	Ober-Preer-Kanal	Dortmund-Ems-Kanal
1875	1 560	720	240	80	272	145	—
1899	—	—	—	—	—	—	73
1900	—	—	—	—	—	—	187
1905	11 400	5 800	2 220	480	1 598	2 488	880
1908	—	—	—	—	—	—	1 650
Durchschnittl. jährl. Zuwachs	828	169	65	18	44	76	175

Wenn sich auch die übergroßen Hoffnungen noch nicht erfüllen, die man an den Dortmund-Kanal knüpfte, so ist doch kein Anlaß vorhanden, der immer wiederkehrenden Kritik der Agrarier zuzustimmen. Der Dortmund-Ems-Kanal hat eine Zukunft, aber er kann seine Aufgaben erst dann erfüllen, wenn eine Verbindung mit dem Rhein und schließlich mit der Weser und Elbe geschaffen worden ist.

Vermischtes.

Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

Wieder einmal ist das sonnige Italien von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden, das eine große Anzahl Menschenleben vernichtete. Wie aus ein Telegramm aus Neapel meldet, wurde dort Dienstag früh kurz nach drei Uhr ein wellenförmiger, mehrere Sekunden anhaltender Erdstoß verspürt. Viele Einwohner verließen ihre Häuser. Auch in Benevento, Cosenza, Castellammare di Stabia, Potenza und Konstanz ist der Erdstoß verspürt worden. In Avellino war der Stoß so stark, daß die gesamte Bevölkerung ihre Wohnungen verließ; in der Gemeinde Calitri stürzten mehrere Häuser ein, neun Leichen sollen aus den Trümmern geborgen worden sein. Der Präfekt hat militärische Hilfe abgefordert.

In der Gemeinde Ballata sind zahlreiche Häuser eingestürzt oder beschädigt; eine Person ist getötet, mehrere sind verletzt worden. In der Gemeinde San Sisto sind viele Häuser sehr beschädigt, die Kirche ist gefährdet. In Sioni ist der angeordnete Schaden weniger beträchtlich. In Sant' Andrea di Conza sind mehrere Häuser eingestürzt. In Castel Baronia hat das Erdbeben eine Reihe von Beschädigungen an Häusern und Kirchen verursacht. In einem Bureau ist die Decke eingestürzt. Eine Frau ist schwer, sechs weitere Personen sind leicht verletzt worden. In San Fele im Distrikt Melfi ist durch den Erdstoß ein Haus zum Einsturz gebracht und eine Anzahl Personen verletzt worden. In der Gemeinde Calitri sind bis jetzt 20 Leichen geborgen. Das Land zeigt fast überall große Risse. Auch in vielen anderen Orten hat das Beben lebhafteste Verunsicherung der Bevölkerung hervorgerufen. Aus Furcht vor weiteren Erdstößen kampieren die Einwohner im Freien. Der durch die Katastrophe angerichtete Schaden ist enorm. Rettungskolonnen werden organisiert und gehen nach den vom Unglück betroffenen Landschaften ab.

Der Ministerrat hat beschlossen, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten sich unverzüglich in das Erdbebengebiet begibt. Ministerpräsident Luzzatti hat 50 000 Lire für die vom Erdbeben Betroffenen gespendet.

Neue Opfer der Prinz-Heinrich-Fahrt.

Die unsinnige Kurosoferet, Prinz-Heinrich-Fahrt genannt, hat am Dienstagmorgen zu einem schweren Unglück geführt. Zwischen Heiligkreuz und Reichenheim im Elbth sollte eine Schnelligkeitsprüfung der beteiligten Wagen vorgenommen werden. In wahnwitziger Heftigkeit suchten die Automobile dabei einander den Rang abzulaufen; an dem Wagen Nr. 57, der von dem Besitzer Heine-Gamover gesteuert wurde, sprang plötzlich ein Gummireifen ab, der Fahrer verlor die Führung, der Wagen rannte mit aller Wucht gegen einen Baum, überschlug sich und wurde vollständig zerkleinert. Der Chauffeur Brunner und der Unparteiische Allenstedt aus Siegburg sind tot, der Lenker des Wagens, Herr Heine, ist schwer verletzt. Auch ein Zuschauer wurde durch umherfliegende Trümmerstücke schwer verletzt. Das Rennen wurde vorläufig eingestellt.

Zu wünschen wäre es, daß die Fahrt nicht nur vorläufig, sondern endgültig eingestellt wird, sind doch außer diesem großen Unglück eine Reihe anderer Unfälle zu verzeichnen, bei denen nur durch besondere Glücksumstände Menschenleben nicht vernichtet wurden.

Reiche Betrüger.

Die amerikanische Millionärin Mathilde Chesborough war vor einigen Tagen in New York abgefaßt worden, als sie versuchte, Betrüger, die sie von einer Vergnügungstour nach Europa mitbrachte, in ihre Heimat einzuschmuggeln. Am Montag wurde sie deswegen zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Richter erklärte, daß lediglich ihre bisherige Unbescholtenheit sie vor dem Gefängnis bewahrt habe, und sagte hinzu, die Manier der reichen Amerikaner, alles mögliche nach den Vereinigten Staaten zu schmuggeln, mache eine ganz exemplarische Verurteilung notwendig.

Bei den sich häufenden Verurteilungen von Millionären wegen Schmuggel wird es wohl nicht lange dauern, bis die Mediziner entdecken, daß es sich um eine Krankheit handle. Natürlich können nur Reiche von dieser Krankheit befallen werden, genau wie Diebstahl beim Armen ein Verbrechen, beim Reichen Krankheit ist.

Trauermusik für einen Viehwagen.

Ein Jermum, der trotz seines ersten Wintergrundes viel Gelderkeit herborriet, passierte bei einer Verdrigung im südlichen Schleswig. Die Leiche des Verstorbenen sollte nach dem im Nachbarort befindlichen Friedhof übergeführt werden. Im Glockenturm hielten die Glockenläuter starken Auszug, ob sich auf der Landstraße der Leichenzug herantöbe. In einer außerhalb des Kirchdortes befindlichen Wegebiegung hatte ein Russkorps Aufstellung genommen, das beim ersten Anschlagen der Glocken einen Trauermarsch spielen sollte. Den Glockenläutern wurde die Zeit recht lang, schließlich haben sie aber einen Rufschrei zwischen den Anwesenden ausstießen und feierlich hielten die ersten Glockentöne über die Fahren. Jetzt stimmte auch die Musik den Trauermarsch an, und um die Ecke bog ein — — Viehwagen mit Lämmern, die ein alter Handelsmann im gemächlichen Schritt nach dem nächsten Marktort fuhr. Der erste Zug, dem die Begrüßung hatte gelten sollen, nahte erst eine halbe Stunde später.

Reichstagswähler des Wahlkreises Ueckermünde-Usedom-Wollin

Wir erinnern Euch an Eure Parteipflicht, unter allen Umständen am

Donnerstag, den 9. Juni,

von Eurem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Der Wahlkreis soll und muß von der Sozialdemokratie im ersten Wahlgange erobert werden. Darum veräume keiner, an der Wahlurne zu erscheinen und unserem Parteigenossen

Alex. Kunze-Stettin

seine Stimme zu geben.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Ueckermünde-Usedom-Wollin.

J. A.: Paul Steinführ.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Colj. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Colj. III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 9. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung
der
Kernmacher u. Kernmacherinnen
in den Borussia-Sälen, Alsterstr. 67.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf W u f f i d. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Schreiben Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Treppengeländerbranche.

Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rönigkadi-Kaffee“, Holzmarktstr. 72:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Wie bekämpfen wir den Vertragsbruch der Unternehmer? 2. Verhandlungsangelegenheiten.

54/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Am Donnerstag, den 9. Juni, beim Kollegen Schwarz, Tegeler Straße 55-56.
- „ 2. Am Freitag, den 10. Juni, beim Kollegen Obiglio, Schwebter Straße 23-24.
- „ 3. Am Freitag, den 10. Juni, beim Kollegen Becker, Weberstraße 17.
- „ 4. Am Freitag, den 10. Juni, beim Kollegen Grubert, Lauffer Platz 8.
- „ 5. Am Donnerstag, den 9. Juni, beim Kollegen Zeitmann, Schönleinsstraße 6.
- „ 6. Am Freitag, den 10. Juni, beim Kollegen Boh. Moserstraße 101.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr. 74/00

Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5:

Versammlung

Tages-Ordnung:

Abrechnung vom ersten Quartal und Klassenangelegenheiten.

24375 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Schwimmer-Bund. I. Kreis (Brandenburg)

Übungsstunden der Vereine.

Schwimmklub „Welle“. Männer, Frauen, Jugend- und Schüler-Abteilung. Mittwoch 7 Uhr, Sonntags 10 Uhr, Bad. Badeanstalt Wahlenstraße 50.

„Neptun“ 1894. Jeden Abend (außer Sonnabend und Sonntag) 6 Uhr, Rummelsburger Seebad, Rummelsburg, Hauptstraße.

„Freiheit“. Montag und Donnerstag 7-8 1/2 Uhr, Volkshaus, Oberberger Str. 57-59.

„Nord“. Männer-Abt. Mittwoch, Freitag 7 Uhr; Frauen-, Mädchen-, Jugend- und Schüler-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Reinickendorf.

„Berlin-Reinickendorf“. Männer-Abt. Montag, Donnerstag 7 Uhr, Jugend- und Schüler-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Reinickendorf.

„Vorwärts“, Ober-Schöneweide. Montag, Donnerstag 7 Uhr, Sonntag 9-11 Uhr, Badeanstalt B. Müller, Nieber-Schöneweide.

„Vorwärts“, Nixdorf. Männer- und Jugend-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Schüler-Abt. Montag, Donnerstag 6 Uhr, Badeanstalt von S. Korte, Ganner Chaussee 12.

„Damenschwimmerverein Rixdorf“. Jeden Abend (außer Mittwoch und Sonnabend) 6 Uhr, Badeanstalt von S. Korte, Ganner Chaussee 12.

„Freie Schwimmer“, Charlottenburg. Männer-, Jugend- und Schüler-Abt. Mittwoch 7 Uhr, Volkshaus, Alsterstr. 10, Freitag 7 Uhr, Kofsee; Frauen- und Mädchen-Abteilung Dienstag, Freitag 7 Uhr, Kofsee.

„Delphin“, Zegel. Männer-, Jugend- u. Schüler-Abt. Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 6 Uhr, Frauen- und Mädchen-Abt. Montag, Donnerstag 6 Uhr, Badeanstalt von S. Korte.

„Neptun“, Weihensee. Männer-, Jugend- und Schüler-Abteilung Dienstag, Freitag 7 Uhr, Sonntag 10 Uhr; Frauen- und Mädchen-Abt. Dienstag, Freitag 7 Uhr, Seebad Weihensee. Jeden Sonntag Auberührung der Rettungswache.

Bestellungen und Anfragen, die Rettungswache des Kreises betreffend, sind zu richten an H. R e n s c h e l, Weihensee, Alsterstr. 12a.

Der Kreisvorstand.

286/5*

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
Straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt. Str. 115 (2. Haus
von der Andrastrasse).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schlier
etc. v. einfachsten bis zum
hochlegant. Genre z. äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Patente und Erfindungen.

Errichtung, Bewertung und Kauf von
guten Patenten. Kostenlose Begut-
achtung und Patentierung täglich
10-11 Uhr vormittags, auch Sonntags.

Ingenieurbureau
Bierhals & Engelhardt,
Berlin W. 35, Südpolstraße 85B
Telephon: VI 9664. 21206*

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.
Durch Unglücksfall verlor unser
Mitglied, der Schriftfeger

Albert Behrisch.
(S. Abteilung.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 9. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Städtischen Friedhofes in
der Müllerstraße, Alte Seefstraße,
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Unser langjähriger Parteigenosse,
der Buchbinder

Willi Hopp
(S. Gruppe)

ist am Sonntagabend nach Ange-
nem schweren Leiden im Alter von
51 Jahren verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Kranken-
hauses Weidendamm auf dem
neuen Friedhof, Garten-
brunnener Weg, statt.

Die Parteigenossen treffen sich
um 4 Uhr im Volkshaus,
250/7
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Kollege,
der Drechslerführer

Karl Pichotta
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 9. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Dantes-Kirchhofes in
Reinickendorf, Blankenstraße, aus
statt.

Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser langjähriger Mitglied, der
Schlosser

Artur Optacy
am 5. Juni an Magenleiden ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
Schulstr. 16, auf dem neuen
Kasareth-Kirchhof, Reinickendorf,
Belmerstraße, statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
116/15 Die Ortsverwaltung

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
guten Baltes sagen wir allen
Freunden und Bekannten, dem Trans-
portarbeiter-Verband, dem Vortriebs-
verein „Vorwärts“ und den Kollegen
vom Friedhof Schülte unseren herz-
lichsten Dank.

Martha u. Frieda Rehhuhn.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Rom. 10 R. Hefere

des. Hengensdörbe

n. Wagh (Billigste Preise)

Schneidermeister,
J. Tomporowski, Linienstr. 110.

Kasse 10 Proz. Rabatt.

1 Mark

wöchentliche

Teilzahlungen

liefern elegante

fertige

Herren-

Garderoben

Ersatz für Maß.

Anfert. n. Maß.

Tadellose Ausf.

Julius Fabian

Schneldormstr.

Große Frank-

furterstr. 37 II

Eingang Straus-

berger Platz.

II. Gesch.:

Turmstr. 18

nur erste Etage,
kein Laden.

Hosen-Woche

Dauer bis 11. Juni

**Außergewöhnlich billige Angebote
erheblich unter regulären Preisen**

Serie 1: Jede Wasch-Hose für Herren M. 1.35

Serie 2: Jede Zwirn-Buckskin-Hose für Herren M. 2.90

Serie 3: Jede Stoff-Hose für Herren M. 4.95

Serie 4: Jede Stoff-Hose für Herren M. 7.60

Serie 5: Jede Stoff-Hose für Herren M. 9.40

Serie 6: Jede Stoff-Hose für Herren M. 13.90

Serie 7: Knaben-Stoff-Hosen Ordre 3-4
durchschnittlich 65 Pf.

Serie 8: Schüler-Stoff-Hosen Ordre 7-10
durchschnittlich 1.50

Rest-Hosen aus Stoff-Resten
der Maß-Abteil-
ungen gearbeitet **sehr billig**

Schlank, extra lange, extra weite Hosen, sehr billig

Sport-Hosen □ □ □ Weiße Hosen

BaerSohn

Chausseestraße 29-30

Gr. Frankfurterstr. 20

□ 11 Brückenstraße 11

□ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Ungeahnte Vorteile

biel der soeb. eröffnete u. nur wenige Tage dauernde

Inventur-Ausverkauf

bei **Westmann**

Mohrenstraße 37a Große Frankfurter Str. 115

nabe Jerusalemstr. nabe Andrastr.

Sie wollen sich sofort überzeugen u. sofort kaufen!

Das gesamte Lager

bestehend in einfacher, sowohl wie vornehmer

Sommer-Konfektion

Reise-Konfektion - Gebirgs-Konfektion

Jeder Größe

aus der letzten Saison

Kostüme - Mäntel - Kleider

in Leinen, Bast, Loden, Seide, Tuch

Jackets, Röcke, Kimonos

für teilweise den 3. Teil der Saison-Preise:

zum Teil früher bis 18.-, jetzt zum Teil 6.-, 7 1/2, 9.- M.

zum Teil früher bis 50.-, jetzt zum Teil 15.-, 18.-, 21.- M.

zum Teil früher bis 140.-, jetzt zum Teil 35.-, 38.-, 42.- M.

zum Teil früher bis 200.-, jetzt zum Teil 68.-, 75.-, 88.- M.

Auf Wunsch gratis: 2 1/2 m Stoff bei Einkauf von 12 M. an!

Trauer-Westmann gesch.

Extra-Abteilung: Schwarze Hüte, Kleider,
Hosen, Hüte, Schlier etc.

Verbandstag der Brauereiarbeiter.

Berlin, 7. Juni.

Der Zentralverband der Brauereiarbeiter und verbanden Berufsgenossen hält gegenwärtig seinen 17. Verbandstag im Gewerkschaftshause ab.

Ein die Jahre 1908 und 1909 umfassender

Geschäftsbericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor. Wir entnehmen ihm folgende Angaben:

Wenn auch besonders große Kämpfe in den beiden letzten Jahren nicht stattgefunden haben, so war doch die Tätigkeit des Hauptvorstandes nicht geringer als in früheren Jahren.

Die Lohnkämpfe des Verbandes äußerten sich in den beiden Berichtsjahren in 53 Angriffen, 52 Abwehrkämpfen und 10 Ausperrungen.

Die Zunahme der Mitgliederzahl war trotz eifriger Agitation nicht befriedigend.

Die Kassenabrechnung für beide Jahre zeigt eine Einnahme von 1.684.282 M., eine Ausgabe von 1.139.982 M.

Der Vorstandsvorsitzende Ebel gab eine Uebersicht über die Tätigkeit des Vorstandes und die allgemeine Situation.

Der Kassierer Kugel konnte auch einen erfreulichen Stand des Kassenwesens feststellen und einen weiteren Aufschwung infolge der Mitgliederzunahme in Aussicht stellen.

Der Redakteur Krieg gab einen kurzen Bericht über das Verbandsorgan.

Die im Bericht des Vorsitzenden berührte Frage der Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen nahm in der Diskussion einen breiten Raum ein.

Ebel bemerkte in seinem Schlusswort, die Ablösung des Freibieres müsse erstrebt werden, aber die Kollegen dürften sich nicht auf eine Abfindung unter dem tatsächlichen Wert einlassen.

zu können. Sie werde deshalb bei künftigen Kämpfen die Arbeiterchaft öfter zur Anwendung des Boykotts zu gewinnen suchen.

Rach einem Schlusswort des Redakteurs Krieg wurde dem Vorstande einstimmig Entlastung erteilt.

Der Ausschuhvorsitzende Wittich-Frankfurt a. M. gab einen Bericht über eine Reihe von Beschwerden, die der Ausschuh während der Berichtszeit zu erledigen hatte.

Damit war die Sitzung beendet.

13. Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands.

Mün, 6. Juni.

Die Präsenz weist 60 Delegierte, 10 Gauleiter, Vertreter vom Hauptvorstand und Ausschuh auf; als Gäste nehmen Sabbath von der Generalkommission, Binner vom schweizerischen, Gütcher vom ungarischen Schuhmacherverband teil.

Der Zentralvorsitzende, Landtagsabgeordneter Simon, gab im

Vorstandsbericht

ein Bild der Tätigkeit, der Kämpfe, Erfolge und dem kleinen Rückschritt des Verbandes in den letzten zwei Jahren; einer Zeit, wo der Beruf unter der schwersten wirtschaftlichen Depression zu leiden hatte.

Der Verband hat in der Berichtsperiode eine Statistik über die Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen, die erweist, daß manche Stunde Fronarbeit dem ausbeutenden Kapital abgerungen und den Proleten des Schuhmacherberufes widergegeben wurde.

Rach dem Bericht des Kassierers Neuh ging Ausschuhvorsitzender Haupt-Ragdeburg auf eine Anzahl Beschwerdefälle gegen Entscheidungen des Vorstandes ein, die sich auf abgewiesene Unterstützungsansprüche und Proteste gegen Ausschuh aus dem Verbandsbezügen.

Als Hauptgegenstand, setzte sofort eine ziemlich leidenschaftliche Diskussion um einen dieser Fälle ein.

Die Generalversammlung des Zentralvereins der in der Hut- und Filzwareindustrie beschäftigten Arbeiter.

Altenburg, 6. Juni 1910.

1. Verhandlungstag.

Die Generalversammlung ist besetzt von 38 Delegierten. Die österreichische Bruderorganisation vertritt Flemisch-Wien und die Generalkommission Umbreit-Berlin.

Rach der Wahl der Leitung und verschiedener Kommissionen wird der

Geschäftsbericht

entgegengenommen, den Mehrschle erhalten. Wir haben das wichtigste schon nach dem gedruckten Bericht wiedergegeben.

Kassenbericht.

An Hand einer Statistik weist er nach, daß es falsch ist, zu sagen, die zweite Beitragsklasse lebe fogar von der ersten. Man könne eher vom Gegenteil sprechen, ihre Abschaffung wäre ein großer Fehler.

Debatte

weist zunächst Böckel-Berlin auf die guten Erfahrungen mit dem dortigen Verbanddarlehnswesen hin.

einen großen Teil der Kollegen arbeitslos. In Berlin ist es viel schwieriger als anderswo, in anderen Bereichen während der schlechten Konjunktur unterzukommen.

Die Arbeiter-Dresden: In Dresden hat Streich-Berlin gesagt, daß die schlechten Abschlüsse an der hohen Arbeitslosenunterstützung liegen, die durch den Arbeitsnachweis hervorgerufen sei.

Eine Reihe minder wichtiger Punkte werden in der Debatte gestreift.

Der Ausschuhvorsitzende Wittich-Frankfurt a. M. gab einen Bericht über eine Reihe von Beschwerden, die der Ausschuh während der Berichtszeit zu erledigen hatte.

Darauf wird die Sitzung vertagt.

Soziales.

Das heilige Arbeitsbuch.

Einer der ersten Anträge, die August Bebel im Reichstag durchsetzte, war der auf Abschaffung der Arbeitsbücher für erwerbsfähige Arbeiter.

Darf Arbeit entzogen werden?

Der Buchbinder B. hatte von der Firma B. Vorchardt Nachfl., Inhaber R. Meyer, ein Duzend Altenmappen zum Lohnjah von 86 M. zur Anfertigung erhalten.

75 M. an die Armenverwaltung für Nichterfüllung eines Arbeitsvertrages.

Die Firma A. u. L. Kohn hatte eine Frau Krüger als erste Färberin auf ein Jahr vom 1. Juni ab bei einem Monatsgehalt von 175 M. engagiert.

Gerichts-Zeitung.

Von einer anonymen Denunziation.

Der Sekretariats-Assistent Weherhaus vom Kaiserlichen Statistischen Amt hatte im vorigen Jahre neben seinem Sommerurlaub wegen Krankheit noch drei Wochen Nachurlaub erhalten.

urteilte ihn zu einer Geldstrafe von 200 Mark, wobei es ausführte, daß die niedrige Gesinnung beim Strafmaß zu berücksichtigen sei. Gegen das Urteil legte Krowitz Revision ein. Der zweite Strafenrat des Kammergerichts verwarf jedoch gestern die Revision als unzulässig. Sie richtete sich in unzulässiger Weise nur gegen die Beweiswürdigung des Vorrichters. Der Anwalt habe am Schlusse der Revisionschrift dies auch selbst zugegeben und bemerkt, daß er nur den entsprechenden Wünschen des Angeklagten gefolgt sei. Damit sei auch der Gesetzesbestimmung nicht genügt, wonach ein Anwalt die Revision zu verfassten habe, falls sie nicht in der Revisionschrift zu Protokoll gegeben werde.

Eine „Demonstrationsfahne“

Kann nicht mit Freisprechung enden, das ist die Meinung der Staatsanwaltschaft. Kommt es vor dem Amtsgericht zu einer Freisprechung, so legt sie Berufung ein, um womöglich vor dem Landgericht eine Verurteilung durchzuführen. Auch gegen einen Stellmacher Vorhards, der am 18. März den Schuhmannsbefehl weiterzugeben, nicht befolgt haben sollte, aber vom Amtsgericht Berlin-Mitte (141. Abteilung) freigesprochen worden war, hatte die Staatsanwaltschaft durch Berufung das Landgericht I Berlin mobil gemacht.

Vor der 8. Strafkammer (unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli), die am Montag zu entscheiden hatte, blieb der Angeklagte bei seiner Darstellung, er habe am 18. März mittags etwa um 11 Uhr, am Landsberger Platz auf einer Bank gesessen, sei samt anderen durch Polizei aufgegriffen worden, habe weitergehend von einem Schuhmann einen Stoß in den Rücken bekommen, und sei nach wiederholten Versuchen, den Beamten zur Rennung seiner Kammer zu veranlassen, schließlich auf Anordnung eines von Vorhards selber angerufenen Polizeileutnants festgenommen worden. Zeuge Schuhmann Off, der ihn „weitergehoben“ hatte (in der Verhandlung vor dem Amtsgericht sagte er selber: „weitergehoben“) und ihn später festnehmen mußte, bezeugte, Vorhards habe nur zögernd sich entfernt, sei immer wieder festgehalten worden und habe ihn von oben bis unten angegriffen, wie wenn er sagen wollte: „Was hast Du mir zu sagen?“ Die Kammer habe Off sofort genannt, sogar mehrfach. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, hält dem Zeugen vor, in dem Termin vor dem Amtsgericht habe er nicht so bestimmt behauptet, daß V. immer wieder festgehalten sei; wäre das der Fall gewesen, so würde Off ja auch selber und nicht erst auf Anweisung des Leutnants gegen V. eingeschritten sein. Off antwortete erregt, beklagte sich über „Verbrechung“ und holte sich vom Verteidiger eine Juristenaussage. Auch Schuhmann Kaus sagte aus, V. sei mehrfach festgehalten worden. Als auch er die Vorhaltung des Verteidigers, daß er vor dem Amtsgericht sich minder bestimmt ausgedrückt habe, für unzutreffend erklärte, fragte der Verteidiger: „Ja, woher denn dann die Freisprechung?“ Arbeiter Hoesendorf bezeugte, er sei mit Vorhards von der Bank aufgegriffen worden, V. sei nicht festgehalten worden, sondern habe nur nicht schnell genug weitergehen können, weil viele vor ihnen gingen, und sei dann von einem Beamten weitergeführt worden. Auch Hausdierer Ehlers und Hausdierer Sert bestätigten die Unmöglichkeit, in dem Gedränge rasch genug weiterzugehen, und den Stoß, den Vorhards abgriecht habe. Das Gericht hörte als Gegenstück noch die Aussage eines Schuhmanns Wötter, der wieder nur wahrte, daß V. immer wieder festgehalten sei und sich umgedreht habe.

Der Staatsanwalt beantragte drei Tage Haft, weil V. durch die Befundungen der Schutzleute, die allein richtig beobachtet haben würden, überführt sei. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Was V. getan habe, hätten gerade seine Begleiter am besten sehen müssen. Die Aussagen der Schutzleute seien unzuverlässig schon deshalb, weil sie von ihren Befundungen vor dem Amtsgericht, wie er aus seinen damals gemachten Notizen ersehe, erheblich abweichen. Das sei ja auch schon aus dem freisprechenden Erkenntnis des Amtsgerichts zu folgern. Eventuell seien dessen Vorherrscher samt den Schöffen zu laden, so daß verurteilt werden müsse.

Die Vereinfachung der Schutzleute, fügte der Verteidiger hinzu, ergebe sich übrigens daraus, daß nach Schluß der Amtsgerichtsverhandlung auf dem Korridor aus ihrer Mitte den Entlassungszeugen zugerufen worden sei: „Euch kriegen wir alle mit Reife heim!“ Nochmals wurden jetzt die Zeugen Sert und Hoesendorf vorgelassen und hierüber vernommen. Beide bestätigten diese Angabe, konnten aber nicht sagen, welcher von den Schutzleuten ihnen das zugerufen hatte. Auch die Schutzleute Off, Kaus, Wötter konnten keine Auskunft geben. Das Gericht hörte jetzt zur nochmaligen Stützung der Anklage noch den Schuhmann Carstens an, der wie die drei anderen bezeugte, Vorhards sei immer wieder festgehalten worden.

Dann zog das Gericht sich zur Beratung zurück und fasste den Beschluß, zu verurteilen und den Vorsitzenden jener Amtsgerichtsabteilung samt Schöffen, Staatsanwalt und Gerichtsschreiber zu laden, um festzustellen, was damals die Schutzleute ausgesagt haben.

Unfug mit Waffen.

Das schon so vielfach gerügte leichsinnige Umgehen mit einer Schusswaffe hat wieder einmal einen überaus tragischen Unglücksfall herbeigeführt, welcher gestern ein gerichtliches Nachspiel hatte. Wegen fahrlässiger Tötung verhandelte die 10. Strafkammer des

Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Unger gegen den 19-jährigen Lehrling Willi Tracht. Der Angeklagte ist als Lehrling in dem Tapetengeschäft seiner Mutter in der Großen Frankfurter Straße beschäftigt. Er war glücklicher Besitzer einer Browningspistole, mit der er trotz mehrfacher Verwarnungen wiederholt im Laden der Mutter spielte. Am 17. Dezember v. J. erschien der zehnjährige Sohn des in demselben Hause wohnenden Schlächtermeisters Caspar in Begleitung seiner jüngeren Schwester in dem Trachtischen Laden. Der Angeklagte sah wieder einmal mit seiner Browningspistole hinter dem Ladentisch, angeblich, um die Waffe zu reinigen. Anstatt nunmehr wenigstens die Pistole wegzulegen, spielte er ruhig weiter, so daß der kleine Caspar noch zu seiner Schwester sagte: „Geh weg, Lotte, sonst trifft Dich der Schuß!“ In demselben Augenblick entlud sich auch die Waffe. Mit einem lauten Knallen fürzte der Knabe, in den Kopf getroffen, zu Boden. Das Mädchen stürzte davon und holte den Vater hinzu, der zwei Ärzte benachrichtigte. Der schwerverletzte Knabe wurde sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschickt, wo er bald nach seiner Einklieferung verstarb. — Mit Rücksicht auf die alle Grenzen überschreitende Fahrlässigkeit des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Zentrum und Frauenwahlrecht.

Unter den wichtigsten Scheingründen hat sich bisher das Zentrum stets gegen die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen gemandt. Den Vogel in diesem Punkte aber hat unfehlbar der Zentrumsabgeordnete Dr. Paul Fleischer in seinem Referat auf dem bayerischen katholischen Frauentage, das jetzt in Broschürenform vorliegt, abgeschrieben. Fleischer behandelt 82 Seiten lang die Frage, ob die Frau zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten im Staatsleben geeignet und verpflichtet sei. Es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn der Zentrumsabgeordnete nach langen geistreichen Ausführungen zu einer glatten Ablehnung aller politischen Rechte an die Frauen kommt. Interessant ist aber der Gedankengang und die Begründung des vorgelegten in Arbeiterangelegenheiten machenden Abgeordneten.

Die gewaltigste und segensreichste Frauenemancipation hat nach Dr. Fleischer die katholische Kirche vollbracht, indem sie lehrt, daß sowohl Mann wie Frau einen gemeinsamen Vater im Himmel haben. Man sollte nicht glauben, daß man mit einer solch aburthelnden „Gleichheitslehre“ heute noch erwachsenen Menschen kommen könne. Zudem stehen sich ja dieser Behauptung zahlreiche Ausprüche der Bibel und aus den Schriften der Kirchenväter gegenüber, daß von dem erwähnten Grundgedanken nichts mehr übrig blieb. Diesen der Kirche zu verbandenen Fortschritt führt aber Fleischer deshalb an, um zu zeigen, daß die katholische Religion bedeutend weiter war, als der alte Heide — Sokrates, der nämlich seine Frau nicht für gleichberechtigt ansah. Fast wie ein Witz mutet uns eine solche Beweisführung an. Daß der Frau im Gesellschaftsleben nicht die gleichen Rechte zukommen als dem Manne, stütze sich schon auf die physische Verschiedenheit der Geschlechter, insbesondere die Ungleichheit der Kräfte, Blut- und Muskelbildung sei so groß, daß sie als gewichtiger Grund zur Verweigerung des gleichen Rechts angesehen werden müsse. Die „allgemein menschliche Bestimmung der Frau sei Gott zu erkennen, ihm zu dienen und dadurch das ewige Heil zu erlangen“. Der Stand der eigentlichen Vollkommenheit sei die Jungfräulichkeit, ihr sich zu weihen, sei das höchste. — Eine Seite weiter aber heißt es: „Wenn andererseits in einer unglücklichen Zeit das weibliche Geschlecht seiner natürlichen Bestimmung zur Mütterlichkeit entfremdet wird, ist es Pflicht der katholischen Müttervereine, öffentlich den Kampf für den mütterlichen Lauf der Frau zu führen.“ Also der gottgewollten Jungfräulichkeit sollen sich die Frauen widmen; nicht aber sollen sie aus der Not der Familie heraus in praktische Leben treten. Ein sehr weiser Gedanke liegt auch in dem Satz, daß der Mann erst dann eine Familie gründen soll, wenn er im Stande ist, diese zu ernähren. Daß aber bei uns diese Möglichkeit immer mehr schwindet, daran ist nicht zum wenigsten die Partei des Herrn Fleischer schuld, der ja das Verdienst des Aufstrebens der Frau durch die Brotwundergeschichte geduldet. Wer aber die Autorität des Herrn Fleischer anzweifelt, für den hat dieser Herr andere Mittel zur Hand; denn bereits „der große soziale Papi der Kreuzzeit, Leo XIII“, habe den Mann als das Oberhaupt der Familie bezeichnet und das wird doch wohl genügen.

Von dieser „religionswissenschaftlichen“ Beweisführung kommt Fleischer nun ins weltliche nebenfächliche Detail, um hier die drolligsten Kapriolen zu spielen. „Wenn in anderen Ländern Frauen beispielsweise zu Weibezug für die Gewerbebetriebe gewählt werden, so läßt das erkennen, daß dort die Gesetzgebung unter dem Einfluß eines dem Christentum und der Kirche feindlichen Rechtes die wahre natürliche Grundanlage (Kirchenrecht bedeutet für Herrn Fleischer Naturrecht) zum Verhängnis des Staatswesens in stets steigendem Umfang verliert.“

Einen triftigen Grund gegen die Gewährung des politischen Rechte an die Frauen sieht der fromme Zentrumsabgeordnete in

dem zeitweiligen Wochenscheit der Frau, das die Ausübung der Rechte illusorisch macht. Mit demselben Recht könnte man natürlich auch sagen: weil die Möglichkeit besteht, daß der Mann zeitweilig einmal krank werden kann, er also dann kein politisches Recht ausüben kann, wollen wir es ihm lieber gleich ganz nehmen. Eine Informierung der Frau über die politischen Fragen wäre „nur unter größtmöglicher Verletzung ihrer Pflichten als Gattin und Mutter denkbar“. Recht nett macht sich auch folgender Gemeinplatz:

„Wenn einmal der Frau das gleiche politische Wahlrecht eingeräumt worden ist, so darf sie auch in seiner Ausübung nicht beschränkt werden. Der Mann, der durch seine Arbeit den Unterhalt der Familie bestreitet, hat kein Recht mehr, von der Gattin zu fordern, daß sie ihm und den Kindern das Mittag- oder Abendbrot bereitet, sobald sie ihre Zeit zur Bekräftigung ihres politischen Bildungsdranges und den Vorbereitungen für die Wahlen widmen zu müssen glaubt.“

Mit solchen abgestandenen Nebenkarteln kann wohl nur ein akademisch gebildeter Zentrumsabgeordneter argumentieren. Um des Beifalls der Dummen sicher zu sein, zitiert der Herr Doktor das Beispiel der weiblichen Wahlpflicht. Nach deren Einführung „unter den Frauen ein Sturm der Entrüstung ausbrechen würde“, der alle Suffragetten, die Vertreterinnen der in keiner Weise durchdrachten Forderung, hinwegfegen würde. So geht es von Gemeinplatz zu Gemeinplatz.

Was aber den Wert der Broschüre ausmacht, sind die Einwendungen des Verfassers gegen die halben Forderungen heutiger liberaler Frauenrechtlerinnen. So wollen die einen für die Frauen nur das aktive Wahlrecht, nicht aber das passive. Andere wieder wollen das Wahlrecht nur an gewerblich tätige, wieder andere wieder nur an unverheiratete Frauen gewährt wissen. Bei solchen unzureichenden Forderungen wird es dem Zentrumsbesitzer natürlich leicht, deren Unsinngigkeit und Inkonsequenz nachzuweisen und mit wahrer Bitterkeit er auch die Gelegenheit wahr. Für Fleischer bedeutet die Gewährung des politischen Wahlrechts an die Frauen den „Auflösungsprozeß der Familie“, eine „neueidnische Ethik, die den Morienschein der Mutterwürde raubt und die menschliche Gesellschaft mit rasender Eile in den Abgrund des sittlichen Verderbens führt“. Schauerlich! Wer sollte bei dieser Teufelsbeschwörung nicht Angst bekommen! Was aber will Fleischer? Er ist der Meinung, daß die politischen Geschäfte in die Hand des Mannes gehören, die Frau aber konpolytisch tätig ist, indem sie ihre Kinder im rechten Glauben erzieht, d. h. „die Keime der zukünftigen politischen Tätigkeit des Mannes legt“, also ihre Knaben zu stammes Zentrumschülern erzieht. — Die Frauen zwar begraben, sie als Geschöpfe zweiter Klasse hinzustellen, sie aber trotzdem aufzufordern, für den bedrohten Zentrumsbesitz zu wühlen. Das ist so recht Jesuitenmanier. Wer aber dem „verhängnisvollen Verdroßprozeß“ mühsig zuschaut, macht sich einer schweren Pflichtvergessenheit schuldig. Zum Schluß noch ein Kusfuß auf die das Gemüt des Mannes vergiftenden Zeitungen und die „höchst zweifelhafte Sittlichkeit“ der „Wahlrechtsdamen“.

Das Ganze ist reichlich gespickt mit Zitaten — aus Goethe und Schiller — nicht weniger als 41 Stellen der beiden Klassiker müssen aus dem Zusammenhang gerissen herhalten — um so auch dem Nagel das Mäntelchen weltlicher Wissenschaft umzuhängen. Das Ganze ist ein plumper Jesuitentrick, aus dem ersichtlich, mit welcher gemeinen Mitteln die ultramontanen Schleicher noch arbeiten.

Aber gerade diese Schwächen und verzweifeltsten Kapriolen zeigen der Massenbewußten Arbeiterklasse, daß sie mit ihrer alten Forderung auf dem rechten Wege ist.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt.

Wasserstand	am 6. 6.		Wasserstand	am 5. 6.	
	6. 6.	5. 6.		6. 6.	5. 6.
Remel, Mühl	69	-2	Saale, Großh.	—	—
Regel, Jüterburg	80	+7	Saale, Spandau ¹⁾	46	—
Reichel, Tborn	18	-6	„ „ „ „ „ „ „ „	53	-5
Oder, Rathow	113	-5	Spre, Spremberg ¹⁾	68	0
„ „ „ „ „ „ „ „	112	-2	„ „ „ „ „ „ „ „	64	-6
„ „ „ „ „ „ „ „	120	-6	„ „ „ „ „ „ „ „	70	-6
Wärthe, Schrimm	-18	0	„ „ „ „ „ „ „ „	92	+4
„ „ „ „ „ „ „ „	-23	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	504	-2
Neys, Forstmann	-16	0	„ „ „ „ „ „ „ „	292	+2
„ „ „ „ „ „ „ „	-20	0	„ „ „ „ „ „ „ „	284	0
„ „ „ „ „ „ „ „	-142	-9	„ „ „ „ „ „ „ „	69	+10
„ „ „ „ „ „ „ „	100	-7	„ „ „ „ „ „ „ „	120	-1
„ „ „ „ „ „ „ „	98	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	46	-4

¹⁾ + bedeutet Stau, — Fall, Unterpegel.

Erfindung für Dreherei.
Die vom kaiserlichen Patentamt geschützte Vorrichtung Nr. 413541, mit welcher die Wechsellager ohne zu rechnen für Gang und Wechsellagergewinde für Drehbänke mit einer Leitspindel von 2, 2 1/2, 3, 4, 5 und 6 Gang auf 1" engl. in wenigen Sekunden zu ermitteln sind. (Es jetzt zum Preise von 60 Pf. zu beziehen durch Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden).)

Wer-Stoff-hat!!
Bestige Herrenanzug oder Valetot von 50 R. an. Letzte Zutaten auf Reihhaar, zwei Knospen, für guten Sitz bekam gold. Bedatte. Bitte zum Annehmen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. Ein Versuch führt zu dauernd. Kundenschaft.
Ludwig Engel, Prenzlaue Str. 23, II, Alexanderplatz, Wegr. 1892. Siehe auch Adressbuch I. Teil, 1910, Seite 552, unter E. 47116
Tuchreste in Auslagen, Paletots und Hosen (spottbillig! Reiche Muster!)

Mändler Speise-Eis-Essenzen
unerreicht feines Fruchtaroma sowie zugehör. Substanzen am billigsten u. besten zu kaufen bei Otto Reichel, 80., Eisenbahnstr. 4.

H. Weltmann
Stefan Esders
Kaiser Wilhelmstrasse 41/42
Ecke Spandauertrasse 70/71
Größtes Bekleidungs-Spezialhaus
Wasch- und Lüster-Konfektion
für den Hochsommer.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Fpaeck-Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Draßg. Tor. Weg. Brand, Gehrod 1,50, 2,00, 3,00, 5,00 Pf.
Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerh. Zusat. von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Städt. Börse).

Dietergenossenschaft.
Arbeiter, die zwecks Benützung von demnächst zu erbauenden modernen Genossenschaftshäusern (Reichshäusern) einer Dietergenossenschaft beigetreten grundsätzlich geneigt wären, mögen ihre Adresse unter A. B. an die Expedition des „Vorwärts“ senden. 105/13
Für die Erbauung der Häuser ist Begehrd in Aussicht genommen, doch würden eventuell auch andere Vorschläge Berücksichtigung finden.

Kufeke Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
-Kindernahrung
-Krankenkost

Warnung!
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabakes in Umlauf.
Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. gesch. 75 638).
Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabake ohne obige Boxzeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.
Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Credit-Haus

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Weber, Herm.

Zitron & Co.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Dece Brause

Goldtröpfchen

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

Falk!

Rohnen & Jöring

Bäckereien, Konditor

Feronia

Oskar Hanko's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Erscheint 2 mal wöchentlich

Wende, A.

Boerdig.-Anst. Sargm.

Beleucht.-Gesellsch.

Berufskleidung

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Max Böhm

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weissbier

Groterjans

Kaiser-Brauerei A.G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schlossbrauerei Schöneberg

Vereins-Brauerei

Bezugsquellen-Verzeichnis

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

A. Däweritz

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Kosmalla, E.

Maeding, J.

Möller, Ernst Max

Butterhandlung Fritz Math.

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Cacao, Chocolade

Cylix, G.

Seiffert, Erich

Telchmann, H.

Cigarrenhandlungen

Boekmann, J.

Frel-Rauch

Alb. Kasulke

Damenkonfektion

Oscar Basch

Carl Brinitzer

Dombrowsky

Carl Spitzer

Eisen- u. Stahlw.-Waff.

Brenneke, C.

Gerlicke & Wolfram

Jacob, Otto

Kiessling, G.

Kniehase, A.

Kurt Krancke

Lampe, M.

Linde, F.

Loke, Ernst

Fr. Müller

Max Richter

Rössel, F.

Röhmann, P.

Schröder, O.

J.C. Schütze Nachf.

Heinr. Schupke

Sellach, Th.

Georg Stasinowski

Paul Tiers

Wolf, Carl

Franz Wollmer

Fahrrad- u. Nähmasch.

Fleisch- u. Würstw.

Berliner Fleisch-Consum

Wurst, Speck, Schinken

Kaufhaus

Fleisch- u. Würst-Centrale

Oskar Klähn

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph. Sprechm.

Boeker, W.

Goetsch, Frd.

Hoppe

Hoyer, A.

Jandrosch & Co.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Pletsch, Hugo

Haus- u. Küchengeräte

Dähnert, O.

Graff & Heyn

Hammick

Krüger, Rudolf

Küchen-Schreiber

Unterstehende Geschäfte

Selberg, H.

Schönland & Sohn

M. Swaronski

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Feizw.

Bazar Norden

Beile, Rud.

Casper, Ed.

Cohn, Simon

Drewna, Alwin

Freitag, A.

Haase, Rich.

Max Holnow

Mut-Centrale

Jacob, Oskar

Kehr-Hüte

Krüger, Otto

A. Lemaitre

Littauer, Fr.

LÜBER-HÜTE

Lucht, Paul

Mandel's Hutfabrik

Paul Just

Kasselitz

Kastler, M.

Kerker, Willy

Kleinke, Carl

Max Kuhlmann

Krüger, Berthold

Kuhn, Oswald

Kupfer, O.

Max Lange

Leppert, Fritz

Max Lüge

Liebig, Georg

Liesinger, Otto

Gustav Linke

Lips, Chamissoplatz 8

Luckner Felix

Lutze, Herm.

Martens, Franz

Matzschke, A.

Max Mercier

Michaelis, Paul

Miosch, Adolf

Moritz, Alfr.

Continuation of the directory listing on the next page.

Heute Mittwoch Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Mittwoch, den 8. Juni cr., abends 7 1/2 Uhr bei Julius Meyer, Oranienstr. 108: Zahlabend für Buchdrucker, Stereotypen usw. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Aussprache über: Siphphusarbeit. Guten Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

4. Wahlkreis. In der Generalversammlung unseres Wahlvereins am 14. Juni kommen die Anträge auf „Einführung der Vorstandswahl durch Urabstimmung“ sowie der Antrag „die Entschädigung der Funktionäre“ zur Verhandlung. Der Vorstand.

Sachsen. Der heutige Zahlabend für den ersten und zweiten Bezirk wird gemeinsam beim Genossen Schwabenwald, Kurfürstendamm 137, abgehalten. Genosse Hinrichsen hält einen Vortrag.

Treptow-Baumschulweg. Am heutigen Zahlabend sind in allen Bezirken Wahlen für die Ton-, Zement- und Stahlindustrie-Ausstellung zum ermäßigten Preise von 30 Pf. zu haben. Der Vorstand.

Neuenhagen a. Ostbahn. Heute, abends 8 Uhr, Zahlabend bei Bordinmann (früher Wünsche), Bahnhofstraße. Auf der Tagesordnung steht eine wichtige Besprechung über die Lokalangelegenheiten. Der Bezirksleiter.

Friedrichsdorf-Petersdamm. Heute Zahlabend im Lokal von Apell (früher Wiese), Petersdamm, abends 8 1/2 Uhr.

Schöneberg (Bezirk Panlow). Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet in Schöneberg beim Genossen C. Sperling eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Junger, Freiheit und Recht.“ Referent: Genosse Stadthagen. — Parteigenossen! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung. Für Panlow Abfahrt Panlow-Schönhausen 1.22 bis Buch.

Erlner. Heute Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Amdersdorf-Kommmissionsitzung. 2. Regelung der Bezirksangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonnenabend, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung in Woltersdorf. Tagesordnung: 1. Was wollen die Sozialdemokraten? Referent: Parteisekretär Rudolf Bühler, Lichtenberg. 2. Diskussion. Parteigenossen, agitiert für Massenbesuch dieser Versammlung. Der Vorstand.

Panlow. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei gemeinsame Zahlabende statt. Für Abteilung Nord bei Roßig, Kreuzstraße, für Süd im „Kammchen“, Kaiser Friedrichstraße. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Reichstagswähler des Wahlkreises Uckermark-Neubrandenburg, die in Berlin arbeiten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, den 9. Juni, die Reichstagswahl stattfindet und aufgefordert, an diesem Tage in ihrem Wohnort ihr Wahlrecht auszuüben.

Die behördlich erlaubten Bau- und Verkehrseinsparungen.

Von den schweren Bauunfällen, die in den letzten Wochen bei Abbrucharbeiten in der Alexanderstraße und in der Lützowstraße vorgekommen sind, nimmt jedermann, der nur einen Funken von Teilnahme für die Bauarbeiter hat, mit größter Entrüstung Kenntnis.

In Berlin und Vororten wird, besonders seit die elektrischen Bauarbeiten in Aufnahme sind — man darf sagen — mit einer aus Unkenntnis grenzenden Hast und Ueberhastung gearbeitet. Diese Eile überträgt sich natürlich auch auf die Abbrucharbeiten, und in dieser verächtlichen Ueberhastung liegt in den allermeisten Fällen die Ursache zu den furchtbaren Unglücksfällen.

Wir haben ausführliche, zum Teil bürokratische Bauvorschriften für den Aufbau der Gebäude, aber nur ganz dürftige, ungenügende für ihren Abbau. Dieser erfordert aber ebenso viel Vorsicht, Erfahrung und Sachkenntnis wie der Aufbau. Es ist eine Fahrflüchtigkeit, eine Lücke in der Bauvorschriften, daß Abbrucharbeiten nicht auch streng in die Hände des Sachverständigen gelegt, sondern Abbruch-Unternehmern sehr oft überlassen sind. Beim Abbruch kommen mancherlei Mängel auf, vor allem Dingen aber Rücksichten auf die Grundmauern von Nachbargebäuden in Frage. Oft liegen ihre Grundmauern höher als diejenigen der Abbruchbauten, da müssen rechtzeitig Abstützungen, Untersparungen, Gegenmauern rasch zur Ausführung kommen und diese Arbeiten werden, selbst wenn Kollern den Abbruch leiten, bei der schändlich übertriebenen Arbeitsrast verzögert, vernachlässigt. So kommen Nachbargebäude in Bewegung oder zum Gegenbruch gegen in Abriß befindliche Mauerstücke, die bereits aus ihrem Zusammenhange gelodert oder durchbrochen sind. Unerwartet und vorzeitig kippen dann größere Wandstücke über und begraben die Bauarbeiter.

Wissend an diesen Tod und Verderben bringenden zahlreichen Bauunfällen trägt die Regierung, tragen die Aufsichtsbehörden, die gerade für Abbrucharbeiten keine genügenden Vorschriften erlassen. Bei großen Bauabbrüchen sollte ein erfahrener Volkler stets die Leitung haben. Es ist empörend, in welcher rücksichtslosen Weise mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. Die Regierungen sind und bleiben nachgiebig und rücksichtslos gegen die über Leichen schreitenden Unternehmergruppen. Die Baukontrolle wird nicht bewilligt. Es gibt nur ein Mittel, die Bauunfälle zu vermindern: wir müssen der Regierung die Baukontrolle abringen. Den profitgierigen Unternehmern sind die Tod bringenden Einsätze gleichgültig, diese Herren schießen sich auf Renten, Querschen und auf die ärztlichen Gutachten, die zur Verabsiegung der Unfallrenten eingeholt werden.

Der Kaiser als Kunstkritiker. Die neue Hohenzollerndamm-Brücke wird künstlerisch ausgeschmückt werden. An der Wilmersdorfer Seite, wo der Zugang zu dem neuen Stationsgebäude der Ringbahn sich befindet, sollen beiderseits an den Balkustraden mächtige Greife Wache halten und auch die Mitte der Brücke wird einen ihrem Charakter entsprechenden monumentalen Schmuck erhalten.

Am Ausgange der Brücke nach Schmargendorf zu endigen die Balkustraden in zwei großen Nischen, deren Innenflächen zur Aufnahme historischer Darstellungen bestimmt sind, die letzteren sollen den Passanten daran erinnern, daß er sich auf der alten, durch den Grunewald führenden Landstraße nach Teltow befindet. So wird das Bild zur Rechten einen Jagdausflug des Kurfürsten Joachim II. Hector (1505—1571) und das andere zur Linken die Uebergabe der Stadt Teltow darstellen. Die Ausführung war in Roßig

oder in Bronze gedacht. Die Handelsgesellschaft für Grundbesitz hatte nun die von Professor Koch entworfenen Skizzen dem Zivilkabinett zur Begutachtung einreichen lassen. Daraufhin ist dem Direktor der Gesellschaft, Baumeister Nedanz, ein Schreiben zugegangen, worin der Kaiser für die Vorlage seinen Dank aussprechen läßt. Bei dieser Gelegenheit betätigt sich der Kaiser als Kunstkritiker und macht einige Abänderungsvorschläge, die dahin gehen, die Vorlagen nach der heraldischen und künstlerischen Seite hin noch einer näheren Durcharbeitung zu unterziehen und sich wegen der heraldischen Darstellungen (Schilde usw.) mit dem königlichen Heraldikamt in Verbindung zu setzen. Vor der Ausführung würde der Kaiser die Entwürfe noch einmal in Augenschein nehmen.

Jetzt wird auch die höfische Kunst die Brücken zieren.

Wegen der Luftbarkeitssteuer wendet sich auch der Verein Berliner Musiker in einem Protest. „Diese Steuer würde“, so heißt es darin, „falls sie in Kraft tritt, eine weitere Schädigung unserer Existenz, die bereits durch die übergroße Konkurrenz der Militär- und Beamtenmusik auf das schwerste bedroht ist, nach sich ziehen, ja für eine große Anzahl unserer Berufsangehörigen den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Den bisher bekannt gewordenen Verhandlungen der betreffenden Interessenten zufolge, müssen wir befürchten, daß bei allen theatralischen und musikalischen Veranstaltungen die Musiker einen Teil dieser Steuer zu tragen haben werden. Die Berliner Zivilmusikler sind jedoch nicht instand, diese neue Last auf sich zu nehmen, und müssen wir daher ganz energisch gegen diese Erhöhung und Schädigung unseres Gewerbes Einspruch erheben. Von der Stadtverordnetenversammlung erwarten wir, daß sie in Würdigung der in unserem Beruf bestehenden besonderen Verhältnisse, sowie unter Berücksichtigung der unter den Berliner Zivilmusikern vorhandenen großen Notlage, der geplanten Steuer ihre Zustimmung verweigert.“

Aus der städtischen Erkundungskommission. Die Deputation der städtischen Gassenwerke beschloß in ihrer Sitzung vom 6. Juni die Einführung von Freigassebeleuchtung in der Wilhelmstraße von Leipziger Straße bis Unter den Linden, auf dem Wilhelm- und Jochenplatz, in der Kaiser-Wilhelm-Straße von Dirden- bis Münzstraße, in der Neuen Schönhauser Straße, am Prenzlauer Tor und in der Wäckerstraße vom Wäckerplatz bis Hohenstraße. Mit Niederdruck-Verleuchtung sollen versehen werden die Wäckerstraße, Kanonierstraße, Schützenstraße, Krausenstraße, die Straße in den Zelten, Schadowstraße und Stallhreiberstraße. Ferner genehmigte die Deputation die Anträge einiger Vorortgemeinden auf Gaslieferung.

Von einem Polizeihund arg zugerichtet wurde ein Kaufmann R., der dieser Tage nach 12 Uhr sich auf einer Bank im Friedrichshain zum Ausruhen niedergelassen hatte. Ein Schuhmann fragte den ruhig Dastehenden nach seinem Namen, wobei er behauptete, R. sei über den Hofen gelaufen und regalierter ihn mit Schimpfwörtern. Es entspann sich ein Wortgefecht, in dem auch der Polizeihund wiederholt so kräftig eingriff, daß R. in der schwersten Weise am linken Oberschenkel, am Unterarm und am Oberarm durch Bisswunden verletzt wurde. Es dürfte notwendig sein, daß der Polizeipräsident dem Beamten ganz gehörig klarmacht, wie er sich zu verhalten hat. Ruhige Bürger durch Polizeihunde attackieren zu lassen, ist ein Verbrechen, gegen das auf das entschiedenste Protest erhoben werden muß.

Die Sicherheit auf der Stadtbahn.

Zu den in der Nr. 129 unseres Blattes vom 5. Juni d. J. über „Die Sicherheit auf der Stadtbahn“ gemachten, der „Deutschen Eisenbahnzeitung“ entnommenen Mitteilungen, bittet uns die königliche Eisenbahndirektion, nachstehende Ausführungen in unser Blatt aufzunehmen:

Es handelt sich um zwei Fälle von Unregelmäßigkeiten im Betriebe, von denen der eine, weiter zurückliegende sich am 15. Oktober 1908 ereignet hat. Beide Fälle haben in ihren Ursachen mit dem Unfall am 10. Mai d. J. auf Bahnhof Friedrichstraße, der durch das Ueberfahren eines Haltesignals seitens eines Lokomotivführers verursacht worden ist, nichts gemeinsam.

Am 15. Oktober 1908 war infolge einer nicht ordnungsmäßigen Bedienung eines Wadapparates eine kurze Störung in den Wadanlagen eingetreten. Für solche Fälle bestehen genaue Verhaltensmaßnahmen in dem Zugmeldeverfahren. An dem genannten Tage hatte nun der Bahndienstleiter auf Bahnhof Friedrichstraße das wegen der Wadstörung vorübergehend vom Wadwerk nicht abhängige Einfahrtssignal verfahren auf Fahrt lassen und dem Lokomotivführer des Zuges 1329 den schriftlichen Befehl zur Abfahrt gegeben, ohne sich vorher bei der nächsten Wadstelle zu erkundigen, ob die dem Bahnhof Friedrichstraße folgende Wadstrecke auch frei sei. Der Beamte ist wegen des großen Verstoßes gegen die klaren Vorschriften streng bestraft worden. Auch hat dieser Fall die Verwaltung veranlaßt, alle Wadstellen auf der Stadtbahn mit einer neuen Fernsprecheinrichtung zu versehen.

Bei der am 11. Mai d. J. eingetretenen Signal- (nicht Wad-) Störung konnte der Fühler des Einfahrtssignals auf Bahnhof Friedrichstraße nicht folgen, sondern erst nach wiederholten Versuchen auf Fahrt gebracht werden, weil in dem elektrischen Signalantrieb eine rein mechanische Hemmung eingetreten war. Hier lag ebenfalls eine Gefahr für den einfahrenden Zug nicht vor, weil die Strecke frei war. Somit hätten die Versuche, das Signal in Fahrstellung zu bringen, überhaupt nicht gemacht werden können. Im übrigen hat der Lokomotivführer die Vorschriften sehr richtig beachtet, wonach er vor einem Signal, dessen Stellung nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, zu halten hat.

Es lag für die Beamten auf Bahnhof Friedrichstraße nicht der geringste Anlaß vor, diesen Vorfall nicht zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen; wenn sie versucht haben, dies zu tun, so ist es anscheinend darauf zurückzuführen, daß sie sich den bei der Untersuchung vorzunehmenden Vernehmungen entziehen wollten.

Auf der Stadtbahn verkehren heute in 24 Stunden 763 Züge, zu deren Bedienung jeder einzelne Signalantrieb 1800mal in Tätigkeit treten muß. Daß bei einer so außerordentlich starken Anstandsnahme der Apparate vereinzelt Störungen trotz sorgfältigster Unterhaltung nicht völlig ausgeschlossen sind, dürfte einleuchten. Die Anlagen sind aber ohne Ausnahme so eingerichtet, daß bei etwaigen Störungen Betriebsgefahren vermieden werden, wenn die für solche Fälle erlassenen klaren Betriebsvorschriften richtig befolgt werden.

Im übrigen wird an der Weiterentwicklung unseres Signalwesens fortgesetzt gearbeitet, und es ist bekannt, daß gerade in dieser Zeit im Reichseisenbahnamt Versprechungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen über die weitere Ausbildung des Wad- und Signalwesens stattfinden. Ebenso bekannt dürfte es sein, daß jede Anregung und Neuerung zur Verbesserung der Sicherungsanlagen von der Eisenbahnverwaltung sorgfältig geprüft und ohne Rücksicht auf die Kosten eingeführt wird, sobald sie sich im Betriebe bewährt hat.

Nach alledem liegt ein Grund zur Verunsicherung für die die Stadtbahn benutzenden Reisenden nicht vor.

Die Folgen der großen Hitze machen sich von Tag zu Tag empfindlicher bemerkbar. Auch Montag und gestern wurden wieder eine Reihe von Stößen hervorgerufen. Tödtlich verlief aber

glücklicherweise keiner von ihnen. Recht nachteilig machen sich die Folgen der hohen Temperatur in den hiesigen Markthallen bemerkbar. Den Standhabern wird dadurch erheblicher Schaden zugefügt, daß die Waren vielfach unter der Einwirkung der übermäßigen Wärme verderben und zum Verkauf ungeeignet werden. Die Fleischer konsumieren gegenwärtig ganz enorme Mengen Eis, um ihre Fleischwaren nach Möglichkeit frisch zu erhalten und vor dem Verderben zu schützen. Der Eisverbrauch ist zurzeit in Berlin überhaupt ein ganz gewaltiger. Vielfach sind die Eislieferanten gar nicht in der Lage, alle Bestellungen zu erledigen.

Verlante Geschäfte machen seit Eintritt der enormen Hitze die Speisehändler in den Straßen Berlins. Häufig kann man beobachten, daß die Wagen der Händler von jungen und auch alten Käufern förmlich belagert werden. Schaden erleiden dagegen in vieler Hinsicht die Inhaber von größeren Restaurants, Cafés und anderen Vergnügungsorten in Berlin. Bei der schwülen Temperatur, die in den Abendstunden zu herrschen pflegt, ziehen es die Bewohner vor, in die Umgebung Berlins zu fahren und sich in Gartenlokalen aufzuhalten. Während diese letzteren fast durchweg überfüllt sind, kann man in den Berliner Lokalen auffallende Leere beobachten. Das gleiche gilt auch für die Theater.

Die städtischen Schwimm- und Badeanstalten erfreuen sich jetzt eines ungewöhnlich starken Andranges. In den Schwimmbädern wimmelt es geradezu von Badenden jeden Alters. Natürlich werden auch die Freibäder in der Umgebung Berlins infolge der warmen Witterung weit erheblicher frequentiert als bisher.

Auch zahlreiche Wald- und Wiesenbrände sind bereits durch die herrschende Dürre hervorgerufen worden. Besonders kommen derartige durch Selbstentzündung hervorgerufene Brände an den Waldämmen vor. Schließlich seien noch die jetzt massenweise auftretenden Preßholzenbrände, die gleichfalls durch die Tropenhitze herbeigeführt werden, erwähnt.

Schon wieder drei Personen beim Baden ertrunken. In der Obersee ist der Lehrling Bruno Müller, der bei dem Schlichter Klingbein in Adlerhof angestellt war, ertrunken. Der junge Mensch erlitt beim Baden einen Herzschlag und sank unter. — Ferner hat die Habel gestern wieder ein Opfer gefordert. Ein unbelasteter junger Mann, der bei Spandau an verbotener Stelle badete, fand den Tod in den Fluten. — Ertrunken ist endlich der 29jährige Schlosser Reinhard Lehmann aus Eberswalde. Er nahm in einem Gruben-gewässer ein Bad, wo er hilflos ertrinken sollte.

Ihren Gemann erschossen hat die im Hause Wadlauerstr. 26 wohnende 46 Jahre alte Frau des Telegraphensekretärs Kasten. Die Frau ist offensichtlich geistesgestört und wurde nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht.

Ein hiesiges Blatt meldet über den Vorfall folgendes: Das Ehepaar Kasten, das seit 20 Jahren verheiratet war, wohnte zuletzt im Hause Wadlauerstr. 26. Kasten selbst hand im 50. Lebensjahre, seine Frau war vier Jahre jünger. Beide lebten sehr zurückgezogen und hatten keinen Verkehr im Hause. Am vergangenen Sonntag begab sich Frau Kasten zum Verwalter ihres Hauses und machte ihm die Mitteilung, daß ihr Mann infolge eines Gehirnschlages schwer erkrankt sei und bettungslos im Bett liege. Der Verwalter sorgte sofort für die Ueberführung des Schwerkranken nach dem Krankenhaus Bethanien. Dort wurde aber sofort festgestellt, daß Kasten nicht einen Gehirnschlag, sondern eine schwere Schußverletzung in der linken Schläfe hatte, der er alsbald erlag, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, bei der inzwischen Anzeige erstattet worden war, stellte die Polizei fest, daß nur die eigene Ehefrau als Täterin in Frage kommen konnte. Man fand bei ihr einen Revolver, aus dem ein Schuß abgegeben worden war; man fand fernerhin mehrere blutgetränkte Tücher, mit denen augenscheinlich das hervorquellende Blut abgewischt worden war. Frau Kasten wurde verhaftet. Ihre wirren Erklärungen ließen den Verdacht der Geisteskrankheit aufkommen. Die medizinischen Sachverständigen untersuchten die Frau und kamen zu dem Ergebnis, daß Frau Kasten nicht zurechnungsfähig sei, da sie an gemeinschaftlicher Geisteskrankheit leide. Die Unglückliche wurde daraufhin gestern nach der Irrenanstalt Herzberge übergeführt, nachdem das Ver-fahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden war.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in „Geschichte des Sozialismus“ fällt heute abend des Jahlabends wegen aus. Der Vorstand.

Das Apollo-Theater hält auch während der Handstage seine Pforten geöffnet. Das Juni-programm bietet dem Besucher manche Abwechslung. Als ein geschickter Verwandlungskünstler produziert sich Louis de Vriendt, der in einer Szenen aus dem Vagantenleben enthaltenen Komödie: „August“ nicht weniger denn fünf verschiedene Rollen in sich vereinigt. Gute plastische Darstellungen bringt Henry de Bry zur Aufschauung. Sein Entwurf zu einem Heidentempel fand wohlverdienten Beifall. Beifällig aufgenommen wurden auch die Vorträge der Millets-Angelus, einer südfrenzösichen Volksfänger-Gesellschaft, die eine musikalische Vertonung des Wildes „Die Tagesarbeit des französischen Landmannes“ von dem französischen Maler François Millet bringen.

Das Passage-Theater spielt gleichfalls während des Sommers weiter. An der Spitze der Sturmnummer fungiert ein russisches Tanz-Ensemble The Tartaroffs, eine bunte Schar hübscher Mädchen, die mit ihren Partnern ein lebhaftes Bild der choreographischen Kunst darbieten. Mira Witman produziert sich im geschmackvollen Wiedererlebensstille als geborene Tanzgenie. Sie zeichnet nach dem Takte der Musik Karikaturen verschiedenster Art, indem sie gleichzeitig die Tanzschritte markiert. Wichtig in ihrem Paß sind die Schlenkerbrettakrobaten The Konjonts. Durch Eleganz zeichnen sich die noch sehr jugendlichen Gymnastiker Welson aus. Viel Späß macht der ventriquistische Humorist Paul Koch in seinem Doppelgespräch mit einer als Schusterjungfrau angekleideten Puppe.

Wer kennt die Toten? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 8. Juni cr. wurde in der Müddersdorfer Forst, im Jagd 175, die Leiche eines etwa 30 bis 40 Jahre alten Mannes, welcher Selbstmord durch Erschießen verübt hatte, aufgefunden. Dieselbe ist circa 1,95 Meter groß, hatte dunkelblondes volles Haar, starken rötlichen Schnurrbart, graublau Augen und war bekleidet mit braunem, steifem Hülshut, schwarz-weiß gestreiftem Sommeranzug, grünen wollenen Strümpfen, blau-weiß gestreiften Strümpfbändern, grünen mit rosa Streifen versehenen Hosenträgern, Jagstiefeln, einem weißen Nachthemd, einem weißen Oberhemd, gelb. K., und trug ein Doppelbrustband. Etwaige Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten werden in jedem Polizeirevier oder von der Kriminalpolizei, Zimmer 347 III, entgegengenommen zu Tagebuchnummer 2889 IV. 10. 10.

Am 8. Juni wurde auf dem Biondikirchhofe in Nordend ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Derselbe ist etwa 48 bis 50 Jahre alt, 1,60 m groß, hatte graumeliertes Haar, grauen Schnurrbart mit Fliege, graue Augen, lidenhafte Zähne, unterhalb der linken Rippe eine alte Narbe und war bekleidet mit schwarzen seidenen Hosen mit der Firma Albert Niag, Rosenhafer Str. 19, braunem, gerippten Jackett, dunkler gestreifter Hose, grünen, wollenen Socken, schwarzen Jagstiefeln, Normalhemd und Unterhose, gezeichnet L. Z., weiß- und blaugestreiftem Gummistrumpf und braunblauer Vorlebkraut- und führte zwei rote, weißgeränderte Lederschuhe, gezeichnet L. Z., und Brille mit Stiel von der Firma Max Michaels.

Drummenstraße 175, bei H. Stwaige Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten werden in jedem Polizeirevier oder von der Kriminalpolizei, Zimmer 347 III, entgegengenommen zu Tagebuchnummer 1824 IV 40 10.

Zugengesuch. Personen, welche gesehen haben, wie eine Frau am 8. Mai d. J., vormittags 11^{1/2} Uhr, Ecke Adler- und Invalidenstraße an der Daltefelde vom Straßenbahnwagen Nr. 51 beim Anrücken vom Trittbrett gescheitert wurde, unter den Schutzrahmen des Anhängers geriet und schwer verletzt wurde, insbesondere ein Herr, welcher der Frau beistand, und diejenigen, welche den Anhängen hochgehoben haben, werden gebeten, ihre Adresse an Mag. Franke, Kirchbachstr. 18, Seitensügel III, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadterordnetenversammlung. Zunächst wurden die Stadträte Dr. Rabnow, Wöh und Dr. Licht in ihr Amt eingeführt. Alsdann wurde zur Kenntnis gebracht, daß das Herrenhaus die Petition der hiesigen Körperschaften betreffs Einführung eines demokratischen Wahlrechts für den Landtag zur Erörterung im Plenum als nicht geeignet erklärt hat. Eine nähere Begründung lag nicht bei. Seit einigen Jahren fristen zwei höhere Privat-Mädchenschulen kümmerlich ihr Dasein, so daß bereits schon einmal von den Körperschaften eingegriffen werden mußte. Es wurde beschlossen, der Schulvorsteherin v. Groß für ihre höhere Mädchenschule bis zum 1. Oktober d. J. eine Subvention von 1800 M. zu gewähren. Dem Antrage, die Pardeputation um zwei Stadterordnete und ein Magistratsmitglied zu vermehren, wurde zugestimmt.

Von der Ausschmückung des Barbarossaplatzes soll einstweilen Abstand genommen, dagegen die Künstler nochmals zur engeren Konkurrenz aufgefordert werden. Den Bewerbern wird zur Aufgabe gemacht, eine Anlage zu schaffen, die sich in breiten, kräftigen Formen nicht allzu hoch über den Boden erhebt. Jeder Künstler erhält für seinen Entwurf eine Entschädigung von 500 M., die, sofern der Entwurf zur Ausführung gelangt, mit angerechnet werden. Die Gesamtkosten der Anlage, für Bildwerk und Architekturteile oberhalb der Erde, dürfen 24 000 M. nicht überschreiten. Die frühere Summe betrug 1000 M. mehr.

In den Ausschuss für den Bau eines Krematoriums und zwei Kolonbarren wurden die Genossen Däumig und Hoffmann und in den Ausschuss für Genehmigung der Dienstausweisung für die Schulräte die Genossen Werner und Hoffmann gewählt.

Dadurch, daß der Magistrat die Stadterordneten-Druckerei übernommen hat, hat sich herausgestellt, daß die Mittel für Löhne und Ueberstunden erhöht werden müssen. Ferner soll auch die Druckerei mehr ausgenutzt werden, dazu sind annähernd 2000 M. notwendig. Genosse Küter rügte es, daß man, statt die Einrichtungen und das Material zu verbessern und dann auszunutzen, an eine intensivere Ausnutzung der Arbeitskräfte durch Verlängerung der Arbeitszeit und Einführung des Akkordsystems greife, obwohl der Lohn derselbe bleibt.

Stadtrat Schäfer meinte, der Buchdrucker tarif schreibe eine längere Arbeitszeit vor, wie dies in den Bureaus üblich sei, ebenso müsse verlangt werden, daß ein Penun von vier Halben die Stunde geliefert werde. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Wämler und Küter angehören. Der Vorsitzende Weinbächer machte darauf aufmerksam, daß der bereits bewilligte Urlaub den in der Druckerei Beschäftigten unberührt erhalten bleibt. — Infolge der geplanten Abspaltung und Verbreiterung des Fahrhammes der Brunnenstraße zwischen Martin-Luther- und Eisenacher Straße ist auf der Südseite die Entfernung des im Zuge der neuen Vorstadt liegenden alten Kobranals und der Einbau eines neuen Kanals erforderlich. Die Kosten belaufen sich auf 15 000 M. Dem wurde zugestimmt.

Die Errichtung einer Frauenschule mit Ausbildungskursen für Turn-, Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen wurde abgelehnt. Jedoch sind im Bauprogramm 6-8 vorläufig noch nicht zu bestimmende Räume vorzusehen, die zu einem späteren Aufbau dienen können. In dem Ausschuss waren die Meinungen über den Zweck und den Wert der Frauenschule sehr geteilt, da die ganze Angelegenheit noch zu neu und nicht genügend geklärt ist. Es wurde die Ansicht vertreten, daß die Frauenschule allein für den Friedenauer Ortsteil keine Berechtigung habe. Auch wünschten die Einwohner dieses Ortsteils, falls ein Ausbau der höheren Mädchenschule geplant ist, nicht eine Frauenschule, sondern ein höheres Lehrerinnen-Seminar zu errichten. Das Plenum beschloß die Vorlage abzulehnen. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung war damit erledigt.

Die Fassadenauflösung am Bayerischen Platz. Im Jahre 1906 hatte bekanntlich die Berlinische Bodengesellschaft dem Schöneberger Magistrat eine Summe von 8000 M. behufs Prämierung der besten Fassaden am Bayerischen Platz zur Verfügung gestellt. Es handelte sich bei dieser Stiftung vor allem darum, den gesunden, volkswirtschaftlichen Anlagen eine entsprechende architektonische Umrahmung zu sichern oder doch zur Weiterführung einer solchen anzuregen. Ende Mai ist das gebildete Preisgericht zusammengesetzt und hat seine Entscheidung gefällt. Nach eingehender Prüfung der eingereichten Pläne und Zeichnungen sowie einer Besichtigung an Ort und Stelle wurde beschlossen, den 1. und 2. Preis im Gesamtbetrage von 6000 M. zusammenzulegen und je 2500 M. dem Architekten Peyer (Mitarbeiter Georg Johanson) für das Haus Nr. 4 und dem Architekten Rudolf Strauß für das Haus Nr. 10 zuzubilligen, den 3. Preis mit 1000 M. dem Architekten Wolff für Nr. 9, den 4. Preis mit 750 M. dem Architekten Georg A. Katenau und H. A. Hartmann für Nr. 1 zu erteilen. Der Magistrat hat der Preisverteilung seine Zustimmung gegeben.

Steglitz.

Unter den Rädern eines Automobils den Tod gefunden. Ein blühendes Menschenleben ist vorgefunden bei einem Automobilunfall in der Schloßstraße vernichtet worden. Der Lehrling Hermann Räder aus der Bülowstraße fuhr auf seinem Zweirad durch die Schloßstraße, als er seitlich von einem Automobil umgerissen und unter den Kraftwagen geschleudert wurde. Der Bewahrunswerte wurde so unglücklich überfahren, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat.

Zempelhof.

Die Unterkommission der Gewerkschaften für Zempelhof-Mariendorf-Mariensfelde beschloß in ihrer letzten Sitzung, in eine erneute Agitation zur Errichtung eines Gewerbegerichts für die drei Ortsteile einzutreten, namentlich soll dies vorläufig in den Betriebsversammlungen stattfinden. Allseitig wurde die wenig soziale Einsicht der drei Gemeindeverwaltungen bedauert, die durch Umfrage bei den Großunternehmern die Unzweckmäßigkeit eines Gewerbegerichts feststellen lassen, ohne auch Arbeitervertreter gehört zu haben. Zempelhof besitzt jetzt bereits eine starke Industrie, auch erreiche es bald die Einwohnerzahl von 20 000, was es doch an die Errichtung eines Gewerbegerichts denken müsse. Ein Sommerfest soll Ende Juli in Zempelhof stattfinden. Es fehlten: Holzarbeiter und Staatsarbeiter.

Mariendorf.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich, wie erst nachträglich bekannt wird, vor einigen Tagen früh auf der Lichtenrader Chaussee zwischen Mariendorf und Lichtenrade zugetragen. Der 33 Jahre alte Sattlermeister Karl Hartmann aus der Lindenstraße 111 zu Berlin machte mit seinem Kraftwagen einen Ausflug nach Lichtenrade und nahm einen Ingenieur Rehbach, dessen Frau und zwei andere Bekannte mit. Einer der Herren, ein Fachmann, führte den Wagen. Auf dem Heimwege früh morgens um 2^{1/2} Uhr verlor die Dicht vor dem Christfriedhof die Bremsen. Der Wagen rante gegen eine alte Linde und flog dann in den Chausseegraben, wo er schwer beschädigt liegen blieb. Hartmann und Frau Rehbach fielen in den Graben, die drei anderen Insassen flogen über diesen hinaus auf das angrenzende Roggenfeld. Der in der Nähe wohnende Gastwirt Klose vom

Mariendorf hörte die Hilferufe der Verunglückten und eilte mit seinem Personal und dem Nachtmacher Junke nach der Unfallstelle, um ihnen beizuspringen. Hartmann hatte sich eine Gehirnerschütterung zugezogen und mußte nach dem Krankenhaus Mariendorf gebracht werden, wo er noch schwer daniederliegt. Frau Rehbach erlitt Arm- und Beinverletzungen. Sie befindet sich in ihrer Wohnung auf dem Wege der Besserung. Die anderen Insassen kamen unversehrt davon.

Vogthagen-Rummelsburg.

Nicht gerade auf prompte Erledigung der Geschäfte läßt ein Fall schließen, über den uns über das hiesige Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhaus Mitteilung gemacht wird. Im Jahre 1908 stand der Arbeiter Wilhelm Gartmann hier in Arbeit. Im gleichen Jahre wurde G. plötzlich krank und teilte seiner in Brandenburg wohnenden Mutter mit, daß er in das Kaiserin-Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Rummelsburg aufgenommen werden sei, ihre Adresse sei der Verwaltung des Krankenhauses bekannt. Darauf hörten die Angehörigen von G. nichts mehr, wodurch die Mutter in schwere Sorge um ihren Sohn versetzt wurde. Im April dieses Jahres erfuhr nun sein Schwager durch Zufall, daß G. im Dezember 1908 im Krankenhaus zu Vogthagen-Rummelsburg gestorben sei. Er wandte sich in einem Schreiben an den Gemeindevorstand, ob der Verwaltung des Krankenhauses die Adresse der Mutter des G. bei dessen Tode nicht bekannt gewesen sei. Die Verwaltung des Krankenhauses beantwortete die Frage bejahend. Auf eine neuerliche Anfrage, warum der Mutter keine Mitteilung vom Ableben ihres Sohnes gemacht worden sei, erfolgte von der Leitung des Krankenhauses der Bescheid, daß wegen Weisung der leitenden Schwester nicht mehr festzustellen sei, aus welchen Gründen die Unterlassung erfolgte. Die zweite Frage, wer die Kosten der Beerdigung getragen hat, wurde damit beantwortet, daß angenommen werde, daß diese Kosten von der Krankenkasse getragen worden seien, deren Mitglied der Verstorbene war. Dem hiesigen Gemeindevorstand erhielt der Fragesteller zugleich den Bescheid, daß das Krankenhaus aus einer milden Stiftung entstanden sei und nicht der Gemeindeverwaltung untersteht. In einem ordnungsgemäß geleiteten Krankenhaus dürfen Fälle der hier geschilderten Art nicht vorkommen.

Karlshorst.

Schimpfpädagogik ist nicht minder schlimm als Prügelpädagogik. Ein schimpfender Lehrer ist in mancher Hinsicht sogar noch gefährlicher als ein prügelnender: er wirkt gar zu leicht auf seine Zöglinge als Muster, das Nachahmung weckt. Zwar ist mal in einem Gerichtsurteil gesagt worden, daß auch das Schimpfwort ein Erziehungsmittel sein könne. Aber kein Pädagoge sollte sich dadurch verleiten lassen, die Gefahren des Schimpfens und das Unwürdige dieses „Erziehungsmittels“ zu unterschätzen. Hier in Karlshorst amtiert seit dem Frühjahr ein noch junger Lehrer, der über diesen Punkt noch seine besondere Meinung zu haben scheint. Der Herr heißt Wiemann und ist erst Anfang Mai eingetreten, nachdem er vorher noch eine militärische Uebung mitgemacht hatte. Kaum hatte er bei und seine Lehrtätigkeit in der Knabenklasse II M. begonnen, so belamen die Jungen was zu hören. Es werden da ganz merkwürdige Ausdrücke erzählt, die er vor versammelter Klasse gebraucht haben soll. Jungen haben ihren Eltern mitgeteilt, wie es seit einigen Wochen in Klasse II M. zugeht und so haben auch wir Kenntnis davon erhalten. Bei unseren Urteilungen, die wir selbstverständlich auch bei Schülern des Herrn Wiemann einzuogen, wurden uns folgende Ausdrücke genannt: „Ihr Schweinehundel!“ „Schweinepriester!“ „Du bist wohl besoffen!“ „Ihr seid verrückt!“ „Du vollgefressener Kerl, Du!“ „Du hast wohl Zinte gesoffen!“ „Halt die Fresse!“ „Guck werb' ich die Klauen hochbringen!“ und andere mehr. Es wird nötig sein, daß hierüber eine amtliche Untersuchung eingeleitet wird. Bestätigt ihr Ergebnis diese Angaben, so wird dem Herrn Wiemann von „oben“ her klar gemacht werden müssen, daß der Wert des Schimpfwortes als „Erziehungsmittel“ doch sehr fragwürdig ist. Es scheint übrigens, daß er nicht eigentlich schimpfen, sondern nur in grober Manier mit seinen Jungen „spähen“ will. Aber auch als „Späher“ gedacht sind solche Ausdrücke noch so kränkend und sie bleiben als Muster aus Lehrermund so bedenklich, daß die Eltern sie sich ganz energisch verbitten müssen.

Drewitz (Potsdam).

Nach immer können sich bürgerliche Gemeindevertreter mit der Forderung, daß bei Vergabung von Gemeindegeldern Gemeindevertreter nicht zugelassen werden sollen, nicht befremden. Das bewies wieder einmal die letzte Gemeindevertretung, in der unsere Genossen einen dahin lautenden Antrag gestellt hatten. Während der in derselben Sitzung eingeführte Vertreter der ersten Klasse, Herr Dr. Sinn, die Forderung unserer Genossen für ganz gerechtfertigt hielt, konnte es den Herren Handwerksmeistern und Landwirten nicht einleuchten, daß sie als Gemeindevertreter zurücktreten sollten, wenn die Gemeinde Arbeiten und Lieferungen zu vergeben habe. Der Antrag unserer Genossen wurde daher auch abgelehnt. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, den Beginn der Sitzung von 4 auf 6 Uhr zu verlegen, damit auch Gemeindegliedern die Möglichkeit gegeben wird, denselben beizuwohnen, wurde von der Mehrheit gleichfalls zurückgewiesen. Obwohl die Herren stets über zu großen Zeitverlust klagen, der ihnen durch den frühen Beginn der Sitzung entsteht, scheinen sie doch die Öffentlichkeit als das größere Uebel zu betrachten. Die Planarbeiten des neuen Friedhofes wurden dem Rindfleischorden, Herrn Herzprung, zum Preise von 686 M. übertragen; das Höchstangebot betrug 3125 M. Zum Schluß bemängelte Genosse Einke, daß der Aulereingang sowie der Vordereingang zur Halle zu schmal und zu niedrig angelegt seien. Obwohl man die Mängel anerkannte, soll von einer Beseitigung derselben Abstand genommen werden.

Pankow.

Verderbte untragliche Verhältnisse auf dem Gebiete der Wasserversorgung haben die letzten heißen Wochen für unseren Ort heraufbeschworen. Infolge der raschen Bevölkerungszunahme Pankows macht sich schon seit einer Reihe von Jahren in den Sommermonaten, namentlich an heißen und trockenen Tagen, ein fühlbarer Wassermangel geltend, der auch zurzeit wieder neben den vielerlei anderen Unannehmlichkeiten vor allem in sanitärer Beziehung mit großen Gefahren für die Einwohnerschaft verknüpft ist. Diese Gefahren sind umso höher anzuschlagen, als es sich um eine ziemlich zahlreiche Bevölkerung — am 31. Mai d. J. zählte Pankow 43 104 Einwohner — handelt. Nun befindet sich allerdings ein großes neues Wasserwerk im Bau; es dürfte aber noch eine geraume Zeit vergehen, bevor dieses fertiggestellt ist und in Benutzung genommen werden kann. Bis dahin ist Pankow genötigt, dem Wassermangel durch Anschlüsse an das Berliner Wasserleitungsnetz abzuhelfen. Auf die in der letzten Gemeindeversammlung gegen die Wasseralamität erhobenen Beschwerden sagte der Tiefbauamtsleiter durch einen weiteren Wasseranschluß an Berlin zu. Was jetzt hat man jedoch hiervon noch nichts gemerkt. Es dürfte deshalb Aufgabe der heutigen Gemeindevertreterversammlung sein, nochmals ein ernstes Wort in dieser Angelegenheit zu sprechen. Die gegenwärtigen Zustände in der Pankower Wasserversorgung dürfen unter keinen Umständen weiter bestehen bleiben. Sie sind nicht nur eine ständige sanitäre Gefahr für Pankow allein, sondern im Falle einer Epidemie auch für das benachbarte, durch außerordentlich starken Verkehr mit Pankow verbundene Berlin.

Sennendörf.

In einer gut besuchten Volksversammlung im Lokal zur „Wachtelburg“ sprach am Sonntag Genosse Stadthagen über das Thema: Der Kampf der Arbeiter um Freiheit und Recht. Der Redner verstand durch seine Ausführungen die Zuhörer zu fesseln. Am Schluß der Versammlung meldeten sich 13 Versammlungsbefucher zum Beitritt in den Wahlverein.

Potsdam.

Zu dem Raubüberfall am Sonnabend in der zehnten Vormittagsstunde im Hause Kirchstr. 10 auf Frau Frierich wird berichtet, daß der 28jährige Wäderegeleise Fritz Schmeer aus Alt-Billau den Ueberfall verübt hat. Man nimmt an, daß Sch. noch in der Person des Schlossers Emil Homann einen Komplizen hatte. Schmeer und Homann sind flüchtig, doch glaubt man ihnen bereits auf der Spur zu sein.

Dranienburg.

In Schreden verest wurden vor einigen Tagen Patienten der Heilstätte in Grabowsee, die beauftragt waren, Wasser zum Gießen der Pflanzen zu holen. Gegenüber von Grabowsee befanden sich zwei Förster, die plötzlich auf wilde Enten schossen. Dadurch gerieten die Patienten in Lebensgefahr. Man konnte nicht verstehen, wie in unmittelbarer Nähe der Heilstätte, wo etwa 300 Patienten herumlaufen, die Förster ein so gefährliches Spiel treiben. Unter allen Umständen müßte die Jagd auf Wild mit Rücksicht auf die damit verbundene Lebensgefahr für Menschen in dieser Gegend unterbleiben.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Abt. IX. Die Versammlung am heutigen Mittwoch, den 8. Juni, kann umständlicher nicht stattfinden, sondern erst am Freitag, den 16. Juni, bei Defect, Schreinerstraße 53 Samariterstraße.

Vermischtes.

Blitzschlag in einem Truppenteil.

Von einem schweren Mißgeschick wurde am Dienstag während eines Gewitters ein Truppenteil des 177. Infanterieregiments, das sich auf einem Uebungsmarsche befand, betroffen. Beim Einmarsch in das neue Lager bei Königsbrück (Sachsen) traf ein Blitzstrahl die zweite und dritte Gruppe der 8. Kompanie und warf 18 Mann zu Boden. Drei Mann sind tot, zehn schwer und fünf leicht verletzt. Tot ist der Gefreite Klintrich, der Soldat Boden und der Soldat Hornikel. Verletzt sind der Leutnant der Reserve Weikwange, drei Unteroffiziere und elf Soldaten. Die Schwerverletzten wurden in das Königsbrücker Garnisonlazarett übergeführt.

Ein Attentat auf den Kronprinzen.

hat offenbar am Sonntag in Breslau der dortige Polizeipräsident erwartet. Er hatte wegen der Anwesenheit des Sohnes Wilhelms II., der das Pferderrennen besuchte, allen dienstfreien Polizisten den Befehl erteilt, kriegsbereit zu Hause zu bleiben oder dort zu hinterlassen, wo man sie auf dem schnellsten Wege erreichen könne. Auf diese Weise kamen die Schulleute wieder am ihren freien Sonntag, und zum Beweise dafür, daß sie darüber alles eher denn erfreut waren, meldeten sie es unserem Breslauer Weberblatte, damit es die Tatfache veröffentliche. — Selbstverständlich hatte kein Mensch daran gedacht, Rache für die „Klenden“ zu nehmen. Ja, ein drohiger Zufall brachte sogar einen dieser Klenden in enge Berührung mit dem Kronprinzen: Beim Verlosungszug zog der Kronprinz das Los, die Nummer wurde aufgerufen und als glücklicher Gewinner des Reimperdes erschien zur großen Ueberraschung aller ein — ausgesperrter Bauarbeiter namens Ernst Wittermann aus Hartlieb bei Breslau, der 750 M. in bar für das Pferd erhielt und nunmehr die Aussperrung leicht erträgt. Der Kronprinz wird nicht sehr erbaud gewesen sein, als er hörte, daß einer jener „Klenden“ durch ihn soviel Geld gewonnen hat.

Explosion durch einen Blitzstrahl.

Während eines Gewitters, das am Dienstagvormittag im Rheinland niederging, traf ein Blitzstrahl ein Gebäude der Karbonfabrik in Schiebusch bei Köln. Das Gebäude geriet in Brand und bald erfolgte eine heftige Explosion, die im Orte große Beschädigungen angerichtet hat. Besonders schwer betroffen wurde die Kleinbahnzentrale, die vorläufig ihren Betrieb einstellen mußte. Auch in der weiteren Umgebung des Dorfes wurde durch die Explosion großer Materialschaden angerichtet. Selbst in den Vororten Kölns erlitten einige alte am Rhein gelegene Häuser Risse; Schausenster wurden zertrümmert und an anderen Stellen Häuser abgedeckt. Mehrere Personen erlitten durch die Explosion Verletzungen; jedoch ließ sich bisher nicht feststellen, ob das Unglück auch Menschenleben gekostet hat. Glücklicherweise war die Arbeit in der Fabrik nach der Mittagspause noch nicht wieder aufgenommen worden, sonst wäre die Zahl der Verunglückten sehr groß gewesen.

Ein „Oberlicht“-Feind.

Einen besonders sittenstrengen Seelsorger scheint die Pfarrgemeinde Gattingen (Baden) zu besitzen. Die Tochter eines der angesehensten Familien des Ortes, ein anständiges und hochachtbares Fräulein, hatte das Mißfallen des Pfarrers dadurch auf sich gezogen, daß es sich erlaubte, eine moderne Bluse anzuziehen, die den Hals frei läßt. Nachdem der Herr Pfarrer zweimal vorher sein Mißfallen darüber ausgedrückt hatte, kam das Mädchen vergangenen Sonntag dennoch wieder mit dem Kleidungsstück angetan in den Nachmittagsgottesdienst. Das veranlaßte nur den Prediger der Nächstenliebe, wie die „Neue Konstanzer Abendzeitung“ verbißelt mittelt, zu folgenden Ausmerkungen. Er sprach von „Parisier Lumpenmenschen-Mode“ und erklärte, daß in seinen Augen ein Mädchen, das kein Schamgefühl besitze, eine Dirne sei, vor der er keine Achtung habe. Da sich der Pfarrer außerdem im Privatgespräch über die Bluse des Mädchens abfällig geäußert hatte, war niemand im Zweifel, wer gemeint war.

Kleine Notizen.

Durch Spielen mit Streichhölzern entstand am Montag in dem Dorfe Zelazno (Povung Polen) ein großes Feuer, bei dem 28 Gebäude mit insgesamt 60 Gebäuden niederbrannten. Zwei Kinder werden vermisst. In den Flammen ging auch viel Vieh zugrunde.

Bei einem Gewitter, das am Montag über den Ardennes bei Stendal zog, kenterte ein Boot; drei Insassen ertranken.

Erschossen wurde in Mennat bei Rheinthalen während eines Streites der Landwirt Lenken von einem Arbeiter Schild. Ein Sohn des Erschossenen ergriff eine Sense und durchschnitt damit dem Schild den Hals bis auf die Wirbelsäule, so daß Schild sofort tot war.

Beim Baden ertranken am Montag nachmittags in dem Dorfteiche in Langenjalzweid bei Langernmünde ein zwölfjähriger Knabe und ein dreizehnjähriges Mädchen. Der Knabe hatte ein anderes Mädchen, das in Lebensgefahr war, gerettet und ging bei dem Versuche, auch das zweite zu retten, selbst mit unter.

Ein Todesmarsch. Anlässlich der Gebirgsmanöver in Dalmenien sind bei einem 15tägigen Marsche, der bei größter Hitze unternommen wurde, 200 Soldaten erkrankt, 83 davon sollen zu weiterem Militärdienst untauglich gemorden sein.

Sozialdemokratischer Feiern- und Diskussionsklub „Heine“. Heute abend 8^{1/2} Uhr: Sitzung bei Volze, Rodenbrunnstraße 8. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste findet Eintragung Nr. 69, vorn hier Treppen - 7 a 7 b 1 - wochentags von 10 bis 12 Uhr abends statt. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Erbschaftsliste vor.

R. G. 56. Beziehungen zum Staat haben dieselben nicht. Die Einstellung von Ausländern ist zulässig. Gesuche sind an den Magistrat zu richten. Die näheren Verhältnisse erfahren Sie bei dem Verband der Gemeindeführer, Alte Jakobstr. 145. - A. 70. Derartige Gesuche finden Sie im Adressbuch, 2. Band, Teil IV, Seite 102. - Meine Tante, deine Tante 100. Der Lohn muß, wenn nicht gekündigt ist, für die ganze Zeit, für den Fall der Kündigung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist gezahlt werden. Etwas Krankenlohn kann angerechnet werden, wenn nicht die Krankheit durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen ist. Ist das letztere der Fall, so findet eine Anrechnung nicht statt. - W. 50. Verlangen Sie von der Kasse unter Hinweis darauf, daß der Beitrag von Ihnen beansprucht wird und daher die Kasse der Ansicht sein muß, daß Sie Mitglied sind, die statutarischen Leistungen. - R. 23. 1. Wenn die Erklärung der Frau der Wahrheit entspricht und der Beweis für den Verkehr erbracht werden kann: ja. 2. Der Ehemann kommt nur als Partei, nicht als Zeuge in Frage. 3. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. - W. 111. Im allgemeinen ist derjenige, der die Grabschulden gelöst oder gepachtet hat, zur Einlieferung berechtigt. Die Ausstellung dieses Rechts darf jedoch nicht aus Schlämme erfolgen. - A. 2. Die Frage läßt sich ohne Kenntnis der näheren Umstände, insbesondere des Einkaufspreises, nicht beantworten. Sprechen Sie mit dem Begriffs-

führer. - C. 15. Die Forderung des Nichtanspruches ist leider zulässig. Kommen Sie unter Schöpfung der Verhältnisse um Eintragung ein. - Hennigsdorf. Der Satz in Stadthagens Arbeiterrecht bezieht sich, wie auch aus dem Zusammenhang klar ersichtlich ist, nur auf Fälle, in denen nicht eheliche Kinder als Erben in Frage kommen. Im übrigen ist der Standpunkt des Gerichts begründet, doch kann das Gericht auch davon abgehen. Wir raten zu einer persönlichen Rücksprache mit dem Richter, bei der Sie auf die von Ihnen angeführten Momente und auf das in Frage kommende Interesse der Kinder, deren geistige Erziehung durch die Mindererhaltung und die Beibehaltung der Wirtschaft erst ermöglicht wird und denen Sie ja in Zukunft Unterhalt leisten. - W. 18. Die größeren Fahrradwerke unterhalten für ihre Kunden Reparaturwerkstätten. - U. 26. Arbeiter-Wanderflut, Staliger Straße 22 bei H. Bahth. - U. 98. 1. Für die Angehörigen in während des Heiljahres eine Angehörigenunterstützung zu zahlen. Viele betrachten, sofern der Versicherte der Krankenfürsorge unterliegt, die Hälfte des Krankengeldes, sonst ein Viertel des für den Ort seiner letzten Beschäftigung oder seines letzten Aufenthalts maßgebenden ordentlichen Tagelohns. - A. G. 1. Die Herrschaft ist nicht verpflichtet, das Mädchen zur Krankenfürsorge anzunehmen. Sie hat aber die Verpflichtung zur Krankenfürsorge, und somit auch zur Bezahlung der Arztkosten, wenn nicht die Krankheit auf Verstoß oder grober Fahrlässigkeit des Mädchens beruht. Die Krankenfürsorge ist bezüglich der Dauer unbeschränkt, wenn die Krankheit durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben zugezogen ist. Für diesen Fall darf auch nichts vom Lohn gekürzt werden. Andernfalls ist die Krankenfürsorge nur bis zur Dauer von sechs Wochen oder falls bei der Erkrankung bereits gekündigt ist, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses zu leisten. Eine nach erfolgter Erkrankung stattgehabte Kündi-

gung bleibt außer Betracht. Die Herrschaft ist aber in solchen Fällen berechtigt, die Kosten auf den während der Krankheitsdauer bezahlten Lohn anzurechnen. - Becker. Vom Bundesstaat Preußen, nicht von einer Anzahl Provinzen. - C. 141. Welchen Beruf Ihr Sohn ergreifen soll, können wir nicht sagen. Das müssen Sie auf Grund der Veranlagungen und Reigungen Ihres Sohnes beurteilen. - O. 3. 47. Ja, aber nur, wenn die Ausschüsse noch Ihren Zweck erfüllen und nicht der Erneuerung bedürftig.

Witterungsbericht vom 7. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. in Grad C.
Emmende.	765.9	4 heiter	15	15	Hagerstadt	759.5	2 wolkenl.	10	10
Darmstadt	765.9	2 wolkenl.	17	17	Lehrsbürg.	765.9	3 heiter	14	14
Berlin	763.9	3 heiter	22	22	Stettin	760.0	3 heiter	13	13
Frankfurt	761.9	2 halb bb.	20	20	Hildesheim	772.9	2 wolkenl.	12	12
München	761.9	4 wolkenl.	17	17	Paris	762.9	1 bedeckt	16	16
Wien	759.5	1 wolkenl.	19	19					

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Juni 1910.
Vorwiegend heiter, am Tage sehr warm bei mäßigen nordöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 8. Juni
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Don Juan.
Königl. Schauspielhaus, Strand-
linder.
Anfang 8 Uhr.
Lesung, Kaffeehaus.
Deutsches. Ueber unsere Kraft.
Kammerspiele. Jafas und
Kistner.
Romische Oper. Die verkaufte Braut.
Königl. Schauspielhaus. Der
Flegel.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner. Tullus.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Glück bei Frauen.
Fiedel. Dem gehört Gelene?
Kasernenluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Schiller - Theater.)
Die zärtlichen Verwandten. In
Zwei.
Schiller Charlottenburg. Die
Liebe wacht.
Friedrich. Wilhelmshäufchen.
Sherlock Holmes.
Volksoper. Staatsanwalt Alexander.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rosa. Die Schmutzler.
Zustellhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Gaiety II - Die große
Revue.
Folies Caprice. Das Gespenst.
Der Koffer. Das verlorene Kind.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vorfage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tausendfüßler 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zug-
spitze zum Watzmann.
Sternwarte. Novaldenstr. 57-52.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum
Watzmann.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schnitz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Schiller-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Aufspiel in 3 Akten von R. Bendig.
Hieraus: In Zivil.
Schwan in 1 Akt v. Gustav Adelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Aufspiel in 4 Akten v. G. H. de Calvade
und Robert de Biers.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mit Hobbs.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: Große Militär-Konzerte.
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Folies Caprice
8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Vier heitere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue Variete-Programm.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 20 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberloaf:
Künstler-Konzert.
Entrée 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Städtebau-Ausstellung
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze,
Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme,
Innonstadt, Vororte, Gartensiedle,
Arbeitswohnungen. Groß-Berlin.
8. Juni: Prof. Högg, Direktor
des Gewerbemuseums, Bremen:
„Park und Friedhof“ (Licht-
bilder).

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder:
unter zehn Jahren die Hälfte.

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Holzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Margarit Gilton, Hest. Raffelaud,
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Miniat. Duo und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Bochent. 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Babür. 8. Behm- u. Bismarckstraße.
Täglich: Konzert-, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das Reien-
programm. Für Aufführung gelangt:
Der liegende Berliner.
Bollwühl in 5 Bildern mit Gefang
und Lang.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Puhlmanns Theater
Schöna. A. 148 - Kastanien-A. 57/59.
Große Extra-Elite-Vorstellung!
Einmalige Aufführung! 7 Uhr:
Ein gesunder Junge.
Näher und näher: Die hervor-
ragenden Juni-Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kaffeehaus 2 Uhr.
Entrée 20-60 Pf. Ball-
Karten auf allen Plätzen die Hälfte.

Karl Haverland
Theater. Prinz 8 II.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erdli. Spezialitäten.
Das wunder- Juni-Program.
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Ball.

Victoria
Brauerei, Uitzowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsvortrage, Theater und
Variete-Vorstellungen.)
Sonntag, Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend: Tanzkränzchen.
Anf. Wochentags 8, Sonntag
7 Uhr. - Alle Bords gültig.
Im Restaurant: Wittgenstr. 75 Pf.
Gr. u. H. Saal zu Festlichkeiten
aller Art. Max Sabor.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Westf.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Grete
die weltberühmte Schimpansin.
Abends 8 Uhr:
Das neue Kolossal-Programm!
Abends 9 1/2 Uhr:

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blädel
Mika Mikun
The Kaytous
Zezelarette
und das große
Variete-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Prinz Atom
der kleinste Mensch, der je gelobt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entrée!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Musik. Ent. von Moyal.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr.
Fest-Soiree u. Benefiz für Herrn
Rudolf Schröder zur Feier seiner
20-jährigen Mitgliedschaft bei den
Stettiner Sängern.
Billets schon jetzt zu haben.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Neu! Schau-Tanzsaal. Neu!
Mon Pläsier - Lachhaus und viele andere
Attraktionen.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung
Sitz für 8000 Personen. - Täglich:
Ob schön! ob Regen: Gr. Konzert. Auftreten der
besten Turmsteilkünstler der Welt Tho Leopold
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in 1 Sekunde: Saltomortale v. 10 Meter Höhe
mit dem Fahrrad in den See.
Sensationell: The O. Gondamite, komischer akrobatisch. Burleske-
akt mit ihren konkurrenzlosen Akrobatenshunden. - 4 Repous, 4
Wenig oder Keine? phänomen. urkomische Affenphantasie. Duert
Krell, Leopold Rosser, Original-Quomort mit ihren wunder-
baren affen-pollitisch-satirischen Schlegeln und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt
Berlin N., Müllerstr. 143.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten! Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: Die beliebten Apollo-Sänger.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Hagenbeck
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Juni-Sensationsprogramm
Mit Ruth Radhjah in ihren indisch. Im Raubtierkäfig sowie 5 neue
Original-Tänzen Debuts.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.

Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarsprinzessin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Sherlock Holmes.

Detektivromane in 4 Akten von
Herb. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Volksoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten von R. Dinter.
Morgen: Einjährig-Abschließung.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
60 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 M.

Die freiligrath- Gedenk- Nummer

der Buchhandlung Vorwärts ist soeben erschienen.

Aus dem Inhalt erwähnen wir: **Ferdinand Freiligrath. Von Karl Korn. — Der Dichter in den Revolutionen. Von Kurt Eisner. — Freiligraths Charakter. — Von Freiligraths Beziehungen zu Marx-Engels. Von Eduard Bernstein. — Freiligrath und die Sozialdemokratie. Von Wilhelm Bloß. — Reichhaltiges Bildermaterial.**
Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch die Expedition des Vorwärts sowie durch alle Parteipeditionen. Preis 20 Pfennig.



Charakteristisch für **JOSETTI VERA** Cigaretten sind milder, weicher Geschmack verbunden mit vollem, blumigen Aroma. Richtige Combination dieser Eigenschaften heißt die Formel, die sie zur erstklassigen Marke machten.

Josetti-Vera-Cigaretten
m. u. o. M.
10 St. 30 Pfg.

persil

lässt Spitzen, Gardinen, Batist, Waschseide, o o o Stickeren etc., überhaupt o o o

alle zarten Stoffe beim Waschen

wieder wie neu werden! Denkbar gründlichste Reinigung bei grösster Schonung und Erhaltung des Gewebes. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,**
o o o auch der seit 34 Jahren weltbekannten o o o

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin 4, Tieckstr. 11

Große Firma

bergriff durch Selbsthand

Teppiche, Gardinen, Stores Tisch- und Diwan-Decken ohne Anzahlung bei kleinen Besten, keine Kaffeezer.

Buchstaben unter **U. W. 100** Vorwärts-Expedition, Auguststr. 50.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umhüllung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. tadellosen Glycerin.)

Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-Apothek, Dammstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

26. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 7. Juni, vormittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

151 30 217 40 71 324 95 424 50 590 892 897 917 99
[6000] 1201 482 588 790 2093 198 79 300 624 3180 209
[1000] 755 79 4304 [500] 67 489 655 5184 328 307 800
830 961 6042 93 150 432 311 677 7018 [5000] 807 77
8040 [1000] 443 [1000] 395 500 6121 472 264 653 840 [1000]
10183 201 219 487 [5000] 758 882 [5000] 902 35 11232
900 748 848 29 12011 [5000] 354 79 208 786 404 32 423
[5000] 780 812 [5000] 816 13185 674 [5000] 823 14132 252
206 87 430 653 62 [10000] 878 747 812 45 66 901 15010 209
604 714 947 16184 790 [1000] 864 951 17103 735 543 854
719 18229 132 47 89 201 419 52 653 703 [1000] 821
13954 69 69 32 883 [1000] 907
20006 100 436 877 [5000] 21088 404 [5000] 546 [5000]
823 [10000] 738 84 912 22082 57 183 245 [5000] 850 66
23106 390 303 423 [5000] 605 24098 181 784 405 514
660 889 2519 89 305 23 444 851 [5000] 914 94 [5000] 26183
110 13 819 [5000] 89 490 550 41 57 66 82 412 708 27081
285 000 28088 [5000] 53 240 325 50 605 11 82 35 74
28081 647 89 792
30948 68 817 912 31064 94 805 915 84 32024 48 150
45 80 366 583 829 43 [5000] 803 33019 56 317 480 89 242
[5000] 60 911 34089 129 618 79 809 81 35003 100 403
642 683 87 835 36006 883 546 658 74 37033 189 41 232
87 434 840 95 808 [5000] 47 328 [5000] 38296 785 [5000] 89
39119 89 473 501 [5000] 740 907
40044 [5000] 119 421 717 894 954 41036 83 118 52
329 29 80 351 353 93 612 734 878 [1000] 972 89 42953 85
65 79 807 18 889 43008 285 480 44224 481 305 45906
434 246 848 81 46315 47033 85 219 48 334 83 406 67 775
981 48082 149 214 737 902 43032 940 80
50154 895 623 842 987 51016 139 91 429 59 620 748
52088 280 841 53077 329 475 88 54081 [5000] 296 451
508 787 55119 800 644 36811 502 32 701 29 40 78 824 937
43 57033 83 327 743 833 927 58023 301 51 65 701 89
810 [10000] 59060 180 40 218 303 627 [5000] 764 950 30
60123 43 63 870 439 76 819 92 61177 436 94 615 [5000]
832 90 62127 807 832 844 72 63089 182 245 161 218 964
64143 663 77 787 810 706 19 [10000] 21 34 86 65383 475
[10000] 85 584 681 89 120 66144 47 252 55 415 708 6712
389 641 990 68088 139 560 89 91 144 878 69072 80 137
600 748 58 90 946 51
70455 568 804 9 [5000] 705 889 71170 209 15 348 49
[5000] 607 888 615 [5000] 72128 32 276 881 84 485 89 849
81 73014 170 479 582 724 74169 84 280 807 317 50 75082
239 82 719 [10000] 817 76455 85 312 806 986 82 77555 81
808 89 208 78022 182 81 99 773 [5000] 434 43 653 80 763
813 23 79029 278 378 484 73 305 82 90 [5000] 841 83 858
80103 [5000] 47 53 297 347 409 735 [5000] 67 827
81114 215 653 68 [5000] 89 [10000] 743 58 91 96 888 514
82046 61 368 743 949 83170 325 63 425 560 811 29 915
84013 81 195 435 559 83 88 789 739 71 500 [10000] 57
845 85209 899 [5000] 216 79 88053 183 [5000] 49 888 317
[5000] 623 791 845 87013 44 119 33 [5000] 618 944 28
88054 89 102 381 89 424 812 28 89270 20 29 343 439 841
794 10
90371 529 640 68 775 91026 236 404 48 161 738 838
634 50 [10000] 65 80 92119 364 83 93112 [5000] 410 58
835 92 615 941 [10000] 55 94021 [5000] 291 [5000] 729
95015 252 338 87 499 618 38 88 710 819 [5000] 41 821 99
96278 387 208 85 885 835 97250 37 743 98333 441
810 62 687 719 98 884 90704 234 25 305 416 87 549
71 689 719 [5000] 980
100034 103 363 74 436 647 718 882 [10000] 850 [5000]
101311 24 908 72 120266 31 91 89 [10000] 486 714 62
103221 500 932 104085 126 305 51 89 600 738 [10000]
824 [5000] 910 [5000] 105890 242 35 607 973 30 108987
234 508 679 71 868 [5000] 107023 47 74 525 661 108987
823 408 84 807 744 372 109886 233 84 323 570
110175 81 [5000] 293 811 414 [5000] 908 788 898 823
111172 843 24 78 112045 163 496 710 [5000] 861 [5000]
113257 316 28 410 582 63 818 [50000] 35 215 114161 200
86 823 115347 613 997 116028 186 313 117770 419
[5000] 83 540 617 38 883 118349 99 485 504 888 110140
881 436 805 794
120255 644 748 860 827 29 121100 40 55 853 878
122375 287 344 45 407 715 897 71 123016 71 288 68 878
841 50 519 722 856 815 124082 451 511 22 740 854 45 85
125105 [10000] 302 474 653 719 24 323 89 126063 823 797
127190 235 879 29 482 62 831 829 832 93 128011
129130 [5000] 90 339 38 478 90 749 832 63 81 [5000]
129130 800 [5000] 80 676 716 [5000] 801 550
130170 [5000] 307 [10000] 690 [5000] 743 [5000] 889
131417 48 721 [5000] 806 79 132064 111 778 827
133084 107 364 83 [10000] 134131 61 543 789 381 135070
118 438 519 70 [10000] 381 818 309 343 329 982 47 71 138128
774 848 [5000] 43 137109 343 72 329 982 47 71 138128
232 [10000] 49 426 799 139153 287 452 89 578 690 320 58
130084 315 850 89 788 287 823 141218 98 301 241
619 [10000] 471 912 91 142025 282 807 607 857 143906
328 246 232 544 144287 302 481 317 43 845 145084 254
62 [5000] 487 88 [5000] 722 21 872 [10000] 146042 371
988 83 440 709 25 [5000] 982 148366 85 687 988 149181
643 610 772 635 58 69

26. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 7. Juni, nachmittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150137 76 87 381 420 [10000] 890 833 87 151148
81 217 [5000] 49 71 152136 [5000] 238 291 89 448 830 86
720 153335 49 881 882 964 154119 [50000] 248 596 842
155035 303 514 [5000] 640 755 156018 858 [5000] 634
811 157115 390 617 748 627 158019 189 [5000] 216 33
890 456 688 792 842 159027 98 140 484 84 89 624 81 938 41
160143 329 583 [5000] 623 798 161106 28 215 301
882 162115 57 80 812 23 [5000] 47 728 163257 367
642 164084 214 51 881 833 95 936 [5000] 28 89 165076
171 436 354 96 640 830 38 78 82 87 [10000] 982 166110
230 27 478 89 888 [10000] 816 738 858 952 167051 287
284 92 304 887 168088 173 [5000] 88 294 213 [5000] 423
861 [5000] 169086 381 878 88 [5000] 93 774 980
170286 93 827 96 61 727 68 915 171385 408 378
97 953 96 172027 120 376 884 821 847 173068 798
89 845 631 789 904 89 [5000] 174000 [5000] 227 853 732
213 175036 359 618 176089 [5000] 156 538 409 78
413 968 70 178032 285 282 875 629 63 83 86 830 23
170714 84 328 [10000] 79 308 448 514 878 900
180021 933 85 181184 584 829 182023 70 78
888 96 811 86 710 [5000] 811 17 40 902 183063 494 830
51 829 89 184008 84 [10000] 162 48 301 882 78 79 [5000]
676 84 632 72 185285 438 541 186044 140 54 238
800 861 828 187052 87 811 877 935 188332 458 741
77 896 [5000] 189086 430 796 52 20101 897 67 652
190087 [5000] 108 328 892 492 811 885 191816
806 [10000] 45 81 730 963 192165 [5000] 207 505 425
783 95 912 81 63 193001 101 18 408 580 758 78 194154
625 [5000] 627 84 195179 290 319 466 [10000] 730
196083 471 488 961 [10000] 70 197485 [5000] 815
641 [5000] 721 33 41 845 915 90 [10000] 199047 67 652
89 902 199106 878 876 647 914
200046 729 252 438 693 800 201081 821 83 89
488 636 763 808 908 10 202365 582 81 454 744 900
[10000] 86 203088 212 406 204273 317 47 842 [50000]
73 600 718 205017 109 384 400 880 628 [50000] 54 701
206028 198 587 706 708 81 606 207188 85 413 447
86 711 208000 178 411 871 209122 78 78 287 90 887
94 779 907
210016 86 508 25 619 761 860 881 211071 817
[10000] 417 561 81 613 212106 381 [5000] 85 91 505 679
[10000] 184 [10000] 926 213481 875 89 214080 116 234
88 [5000] 643 [5000] 62 814 31 90 245 216127 201 8
[5000] 38 41 89 254 481 584 601 218269 311 29 88
494 39 [5000] 628 217909 317 540 [10000] 987 218103
[10000] 305 90 [5000] 501 81 87 219120 205 509 65 768
220044 495 837 892 812 221007 182 350 434 [10000]
68 508 603 784 222164 304 398 615 828 940 223007
230 [5000] 36 315 462 224015 81 78 321 435 519
734 [50000] 922 225221 202 [5000] 429 628 89 769 838
308 55 226082 113 92 531 61 711 31 [10000] 817 964 56
227017 775 624 890 228160 308 584 [50000] 849
229187 358
230083 121 68 73 80 345 435 71 690 708 803
231042 [5000] 88 229 98 384 801 5 15 723 47 109 20 44
907 232127 78 217 [5000] 51 680 233015 93 417 507
601 [5000] 82 [5000] 773 847 234343 610 48 740 48 77
886 235128 44 403 236168 288 218 [5000] 81 747 844 943
237001 282 270 753 89 238150 60 89 240 498 29 85
709 904 8 239022 80
240009 288 20 78 808 241884 783 828 81 242088
214 85 449 627 718 942 243053 263 432 47 631 898
244217 314 84 489 623 245267 87 [5000] 718 844
246488 821 [5000] 247450 374 81 668 720 604 53 934
248107 348 308 324 881 708 249250 18 308 81 487 741
250015 21 49 313 48 807 [5000] 251066 [10000] 384
87 302 [5000] 35 89 438 56 975 252120 666 65 772 808
253880 614 [50000] 741 87 526 64 254022 219 320 484
558 88 739 255009 [10000] 51 173 388 695 [5000] 716
827 45 256069 25 386 45 482 257378 454 25800 89
[5000] 317 544 668 703 878 259001 154 80 [10000] 89
821 469 834 927
260069 [5000] 150 [10000] 222 78 404 802 940 261217
60 875 787 262089 67 125 [5000] 707 [10000] 85 814
263388 420 [10000] 61 585 823 928 45 264081 312
614 845 804 265083 89 899 289 266024 44 438 [5000]
64 505 [5000] 639 267130 267 574 427 85 268081
407 [10000] 36 264 [5000] 81 687 648 681 269109 13
66 219 358 427 844 51 957
270113 21 22 592 [10000] 751 877 271084 100 88
274 781 805 272066 272 319 72 88 592 689 805 273197
[10000] 817 788 [5000] 202 274170 271 [50000] 374 [5000]
400 518 31 63 602 763 94 880 275038 155 297 418
31 35 50 302 855 [5000] 949 38 92 276371 99 433 814 789
848 277916 25 [5000] 119 329 79 400 40 484 784 58
954 95 278006 25 89 278 422 87 92 [5000] 524 40 870
279129 246 306 487 948
280128 448 281127 308 84 610 716 971 282068
214 476 848 89 283107 710 41 610 284099 123 212
409 708 837 285016 779 849 41 850 87 286053 658 72
287008 718 290 448 847 288086 586 327 650 783 81
807 289104 43 351 712 [5000]
289073 240 513 37 621 874 291000 29 119
804 15 484 627 788 85 [10000] 801 292082 [10000] 42 43
62 209 430 77 [5000] 681 708 920 [10000] 293015 212
79 823 [5000] 808 294189 476 43 782 839 890 295012
210 71 118 227 609 [5000] 719 899 897 296086 183 404
35 824 23 84 944 297180 280 827 840 27 298315 564
625 [10000] 858 299083 139 71 801 29 62 818 78 883
300227 823 81 747 301151 86 883 [5000] 74 481
825 11 29 884 965 [10000] 302092 [10000] 486 289 908
303108 841 48 681 748 804 72 74 980

26. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 7. Juni, nachmittags.

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

151 30 217 40 71 324 95 424 50 590 892 897 917 99
[6000] 1201 482 588 790 2093 198 79 300 624 3180 209
[1000] 755 79 4304 [500] 67 489 655 5184 328 307 800
830 961 6042 93 150 432 311 677 7018 [5000] 807 77
8040 [1000] 443 [1000] 395 500 6121 472 264 653 840 [1000]
10183 201 219 487 [5000] 758 882 [5000] 902 35 11232
900 748 848 29 12011 [5000] 354 79 208 786 404 32 423
[5000] 780 812 [5000] 816 13185 674 [5000] 823 14132 252
206 87 430 653 62 [10000] 878 747 812 45 66 901 15010 209
604 714 947 16184 790 [1000] 864 951 17103 735 543 854
719 18229 132 47 89 201 419 52 653 703 [1000] 821
13954 69 69 32 883 [1000] 907
20006 100 436 877 [5000] 21088 404 [5000] 546 [5000]
823 [10000] 738 84 912 22082 57 183 245 [5000] 850 66
23106 390 303 423 [5000] 605 24098 181 784 405 514
660 889 2519 89 305 23 444 851 [5000] 914 94 [5000] 26183
110 13 819 [5000] 89 490 550 41 57 66 82 412 708 27081
285 000 28088 [5000] 53 240 325 50 605 11 82 35 74
28081 647 89 792
30948 68 817 912 31064 94 805 915 84 32024 48 150
45 80 366 583 829 43 [5000] 803 33019 56 317 480 89 242
[5000] 60 911 34089 129 618 79 809 81 35003 100 403
642 683 87 835